

D7426E

AIB

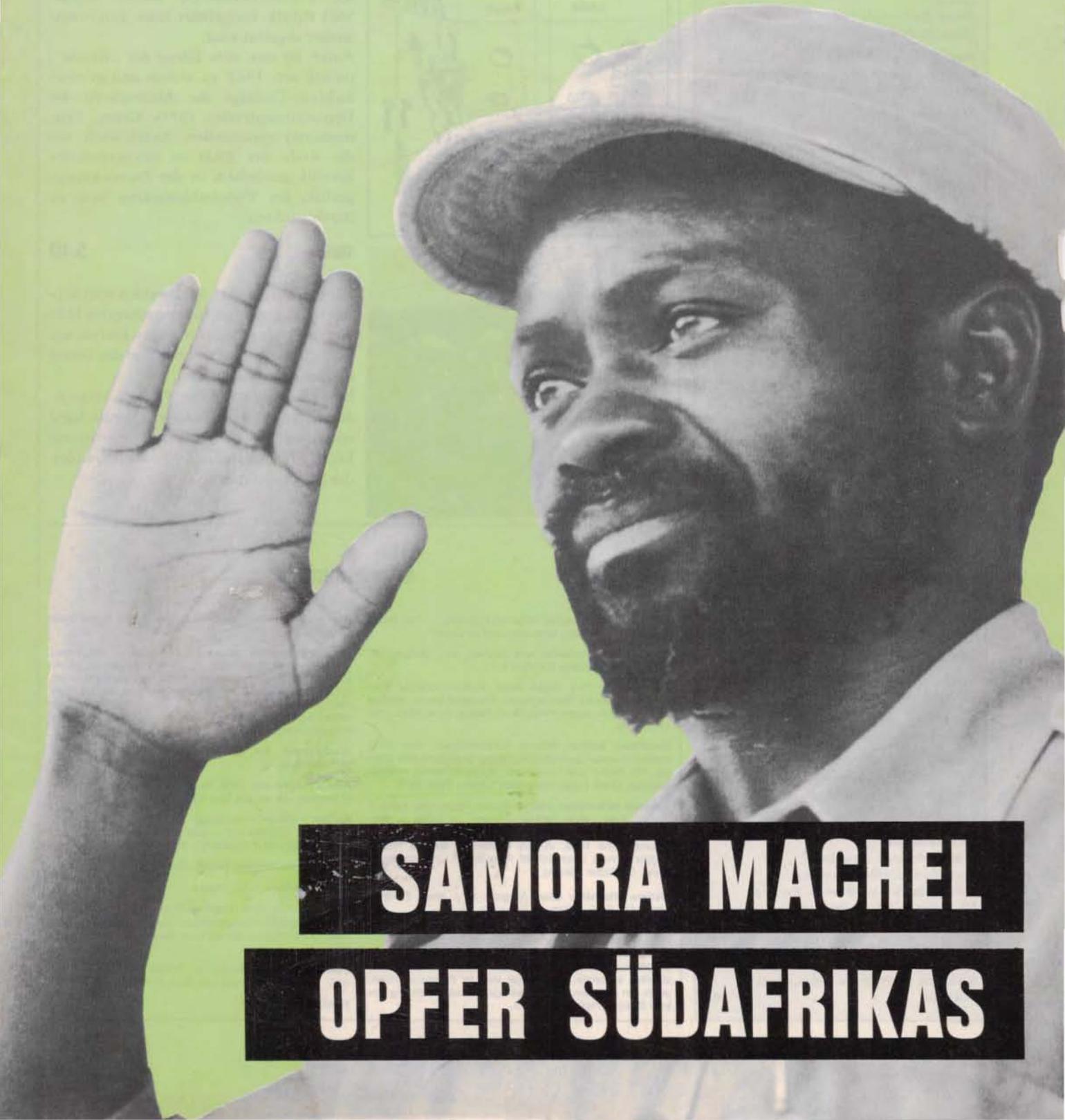
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Sonderteil:
Dritte-Welt-
Politik der BRD

Nr.12/Dezember

17. Jahrgang

3 DM



SAMORA MACHEL

OPFER SÜDAFRIKAS

Inhalt

Kommentar: Was zeigt der Fall Hasenfuß?	3
Moçambique Nach Machels Tod – Südafrika unter Anklage Alltag in der Manica-Provinz	4 5
Südafrika Gespräch mit Joe Slovo (ANC) zum bewaffneten Widerstand	8
Türkei Hinter der Fassade der „Demokratisierung“	10
Peru Regierung Garcia zwischen zwei Feuern	12
El Salvador FMLN/FDR: Duarte blockiert Hilfe für Erdbebenopfer	15
SONDERTEIL: DRITTE-WELT-POLITIK DER BRD	
„Weiter so Deutschland!“ Weltpolitik à la Kohl	16 17
Bonn und Nicaragua	18
Bonn und Südliches Afrika	21
Anti-Apart- heid-Bewegung	22
Die Entwicklungspolitik seit der Wende	24
Wirtschaftsexpansion der BRD und ihr Anteil an der Verschuldungskrise	28
Alternativen zur BRD-Position in der Schuldenfrage	38
Entwicklungshilfe: Einstellen oder umstellen?	40
Umfrage bei Oppositionsparteien anlässlich der Bundestagswahl 1987	44
Aktions- und Materialspiegel	48
El Salvador Duarte blockiert Nothilfe	51
Chile Der Fall Beatriz Brinkmann	53
Sowjetunion und Dritte Welt Weltordnung von der UdSSR reproduziert?	54
Sport 10. Asienspiele in Südkorea	56
Rezension Fidels Religionsgespräche	57
Kultur Wole Soyinka – Afrikas erster Literatur-Nobelpreisträger	58
Lesermeinungen	60
BRD-Infodienst Friedensdemo in Hasselbach, Grenada-Solidarität, Broschüre: Hunger durch Agrarexporte, Buchtips: US-Außenpolitik, Kalender zu Nikaragua, Burkina Faso	61
Kurzinformationen Friedens-Nobelpreis, Philippinen, Südkorea, Argentinien, Syrien, Haiti, Südafrika	62



Moçambique

S.4

Der Tod Samora Machels, des Präsidenten Moçambiques und der Befreiungsfront FRELIMO, hat weltweit Erschütterung ausgelöst. Flugzeugabschuß oder Unfall? Jedenfalls spielte Südafrikas Apartheidregime dabei eine höchst zwielichtige Rolle.

Was hat das Ereignis zu tun mit der inneren Zerrüttung des Landes am Sambesi? Was folgt daraus für die Frontstaaten?



BRD-Dritte-Welt-Politik

S.17

Die im Januar 1987 anstehenden Bundestagswahlen entscheiden u.a. darüber, ob die konservativliberale Bonner Dritte-Welt-Politik fortgeführt oder durch eine andere abgelöst wird.

Anlaß für uns, eine Bilanz der „Wende“-politik seit 1982 zu ziehen und in einer Exklusiv-Umfrage die Alternativen der Oppositionsparteien (SPD, Grüne, Friedensliste) vorzustellen. Anlaß auch, um die Rolle der BRD im internationalen Konfliktgeschehen, in der Entwicklungspolitik, der Verschuldungskrise usw. zu durchleuchten.



Türkei

S.10

Mit den Parlaments-Nachwahlen vom September d.J. wollten die herrschenden Militärs der Welt erneut vor Augen führen, wie weit die „Demokratisierung“ in der Türkei mittlerweile gediehen sei.

Ein Blick hinter diese Fassade zeigt jedoch, daß es damit nicht weit her ist. Ideal entwickelt sich hingegen das „Investitionsklima“ für ausländische – auch bundesdeutsche – Konzerne...

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiazza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, E. Hildebrand, Ch. Pauli, I. Rein, G. Schucher

Redaktionsschluß: 6. November 1986

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9860

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Issa, atom, Brasilien-Nachrichten, Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, Blätter des 123w, Plambeck & Co, Gerd J. Holtzmeyer Verlag, Team Reisen, Weltkreis Verlag, links

Fotonachweis: AIB-Archiv, tz, Friedensliste, Die Grünen, BMZ, AAB, E. Hildebrand, Ch. Pauli, El Pais, AIM, AfricaAsia

Titel: Samora Machel

Kommentar: Was zeigt der Fall Hasenfus?



Am 5. Oktober d.J. holte der Soldat der Sandinistischen Volksarmee Fernando Coarales mit einer Luftabwehrrakete ein Flugzeug vom nikaraguanischen Himmel, das sich als politischer Sprengsatz für El Salvador, Honduras, Kostarika und vor allem für die Reagan-Administration entpuppen sollte. Beladen war die Maschine vom Typ C-123 K mit Waffen und Munition für die Contras. Geflogen wurde sie von drei US-Amerikanern und einem Nikaraguaner, von denen der 45jährige Eugene Hasenfus den Absturz überlebte.

Dank der Auskunftfreudigkeit von Hasenfus weiß man jetzt, daß der CIA und das Weiße Haus – trotz Verbot durch den Kongreß im Jahr 1984 – direkt an der Contra-Versorgung mitwirken. Hasenfus erklärte, daß er an insgesamt 10 Versorgungsflügen teilgenommen habe – sechs von der salvadorianischen Militärbasis Illopango und vier von der Flugpiste Aguacate in Honduras aus, die dort von US-Truppen angelegt wurde. Im Flugzeug selbst wurden Aufzeichnungen über insgesamt 400 Flüge gefunden, die meist ihren Ausgangspunkt in den USA nahmen.

Auf Verbindungen zu CIA und Weißem Haus deutet nicht nur hin, daß die Southern Air Transport, eine Firma die bis 1973 dem US-Geheimdienst gehörte, die Flüge organisiert. Hasenfus plauderte auch aus, daß die Operationen in Illopango von zwei Exilkubanern, die dem CIA angehören, geleitet werden.

Bei ihnen handelt es sich um Felix Rodriguez alias Max Gomez und um Luis Posada alias Ramon Medina. Beide waren bereits 1961 im Auftrag des CIA bei der Invasion in der Schweinebucht gegen Kuba dabei. Gomez nahm 1967 an den Verhören von Ernesto Che Guevara in Bolivien teil, kurz bevor dieser ermordet wurde. Bei Posada handelt es sich um einen Terroristen, der 1976 an der Sprengung eines kubanischen Zivilflugzeugs beteiligt war, bei der 70 Menschen ums Leben kamen. Anfang 1968 konnte er aus einem venezuelanischen Gefängnis fliehen.

Hasenfus sagte Gomez enge Verbindun-

gen zu US-Vizepräsident und Ex-CIA-Chef Bush nach. Dessen Nationaler Sicherheitsberater und ehemalige CIA-Mann, Donald Gregg, hatte nach Angaben der US-Presse Gomez für die Durchführung der Contra-Versorgungsflüge angeheuert. Visitenkarten und Telefonrechnungen deuteten schließlich noch auf einen anderen Verbindungsmann hin, den stellvertretenden Direktor für politisch-militärische Angelegenheiten des Nationalen Sicherheitsrates (NSC), Oliver North, der die gesamte Privathilfe für die Contras koordinieren soll.

Die Enthüllungen von Hasenfus lösten in der US-Öffentlichkeit und vor allem im US-Kongreß einigen Wirbel aus. Die Abgeordneten und Senatoren stört bei der ganzen Angelegenheit vor allem, daß das Weiße Haus sich über ihre Beschlüsse hinwegsetzte, die seit 1984 Waffenlieferungen an die Contras verboten. Denn gegen die Waffenhilfe an die Contras hatte die Kongreßmehrheit im Sommer d.J. nichts mehr einzuwenden. Sie bewilligte gleich 100 Mio Dollar, die seit Ende Oktober an die Contras ausgezahlt werden. Die Unterstützung der Contras beinhaltet auch mittlerweile wieder ihre ganz legale Ausbildung in den USA oder durch CIA-Berater in den Anrainerstaaten Nikaraguas.

Mein Name ist Hase...

Da die Reagan-Administration sich der Gefahr bewußt ist, daß die knappe Mehrheit für die Contra-Hilfe in Senat und Repräsentantenhaus zukünftig in Frage gestellt ist – und das erst recht nach den Erfolgen der Demokraten bei den Kongreßwahlen – übte sie sich eifrig im Dementieren.

Außenminister George Shultz ließ ebenso wie eine CIA-Sprecherin erklären, daß es sich bei den Waffenflügen um Privataktionen handele, die nichts mit dem CIA oder irgendwelchen offiziellen Stellen zu tun hätten.

Ronald Reagan, auf das mangelnde Geschichtsbewußtsein seiner Landsleute spekulierend, verglich „diese unternehmungslustigen Privatleute“ mit der Abraham-Lincoln-Brigade im Spanischen Bürgerkrieg. Womit er gleich in mehrfacher Hinsicht falsch lag, denn diese kämpften auf seiten einer Regierung, die der nikaraguanischen nicht unähnlich war, und forderten damals vergeblich die Unterstützung der US-Regierung für die republikanische Seite. Ihre Veteranen ziehen heute einen treffenden Vergleich zwischen der faschistischen Intervention gegen das republikanische Spanien und der US-amerikanischen ge-

gen Nikaragua.

Zu den Dementierern gehörten aber auch jene, die so laut von Regierungsseite gelobt wurden: Etwa General Singlaub, bis September d.J. Chef der Antikommunistischen Weltliga (WACL), der gleich fünf Organisationen leitet, die Hilfe für die Contras organisieren, sowie die Civilian Military Assistance (CMA), die im gleichen Geschäft tätig ist. „Wenn wir es gemacht hätten“, so Singlaub, „hätten wir das professioneller gemacht.“

Auch in El Salvador und Honduras versuchte man die Hände in Unschuld zu waschen, ist doch mit dem Fall Hasenfus die ewige Litanei von den nikaraguanischen Destabilisierungsversuchen und der eigenen Nichteinmischung in den Contra-Krieg, wie sie auch von Washington und Bonn immer vor- bzw. nachgeplappert wird, vor aller Welt widerlegt worden.

Da aber die vorliegenden Fakten die Dementis nicht gerade glaubwürdig machen, mühen sich die US-Regierung und Teile der Medien den Sandinisten den Schwarzen Peter zuzuschieben, indem sie sie beschuldigen, Hasenfus nicht vor ein ordentliches Gericht gestellt zu haben.

In der Tat sind die Antisozialistischen Volkstribunale (TPA) keine ordentlichen Gerichte, sondern Ausnahmegerichte, die auch im Völkerrecht vorgesehen sind. Sie wurden 1983 speziell geschaffen um Contras abzuurteilen, um der Ausnahmesituation des US-Krieges zu begegnen.

Da auch die Bundesregierung mit ihrer Nikaragua-Politik durch den Fall Hasenfus in Legitimierungsschwierigkeiten gerät, müht sich die hiesige Presse um Entlastung. Die Süddeutsche Zeitung dürfte mit Helmut Kohl um den schiefsten Vergleich des Jahres wetteifern, indem sie die TPA auf eine Stufe mit dem Volksgerichtshof der Nazis stellte.

Ob die Enthüllungen über die US-Intervention dazu beitragen diese zu bremsen oder gar zum Stillstand zu bringen, wird zuallererst vom aktiven Widerstand der Interventionsgegner in den USA aber auch in unserem Land abhängen. In den USA hat bereits ein Führer der Demokraten erklärt, die neue Kongreßmehrheit werde weiteren Krediten für die Contras nicht mehr zustimmen. Doch hat die Reagan-Administration bereits oft genug bewiesen, daß sie sich über eigenes und Völkerrecht hinwegsetzen kann. Daß in den USA bereits in Militärmanövern eine Nikaragua-Invasion geprobt wird, deutet daraufhin, daß man im Weißen Haus nicht klein begeben will. Nico Biver

Joachim Becker

Nach Machels Tod – Südafrika unter Anklage



„Südafrika steht unter Anklage bis zum Beweis des Gegenteils – ich beschuldige es vor aller Welt.“¹ So reagierte Kenneth Kaunda, Staatspräsident Sambias, auf den Absturz der Maschine des moçambikanischen Präsidenten Samora Machel auf dem Flug von Lusaka nach Maputo am Abend des 19. Oktober d.J.

Hierbei kamen 34 Passagiere ums Leben, darunter Samora Machel, Moçambiques Transportminister Luís Alcántara Santos, der Präsidentenberater und Leiter der Auslandsnachrichtendienste, Fernando Honwana, der brillante Intellektuelle und Leiter des Zentrums für Afrikanische Studien der Universität in Maputo, Aquino de Bragança und der Vize-Außenminister José Carlos Lobo. 10 Personen überlebten.

Die bundesdeutsche Presse (mit wenigen Ausnahmen) beeilte sich, die südafrikanische Version der Absturzursache zu verbreiten. Danach hat der Pilot die Flughäfen von Maputo und Komatipoort verwechselt und ist bei extrem schlechtem Wetter in den Bergen abgestürzt. Inzwischen mehren sich jedoch die Hinweise auf Sabotage.

Dorfbewohner in Mbuzini nahe dem Absturzort sagten gegenüber der zulusprachigen Zeitung Ilanga aus, Samora Machel sei mehr als 4 Stunden nach dem Absturz noch am Leben gewesen. Eine Krankenschwester, die den Unfallort als erste erreichte, bestätigte diese Berichte. Ihr zufolge erkannten die Dorfbewohner Machel an seiner blutüberströmten Uniform. Samora Machel habe noch geatmet, als sie von der Polizei zum Verlassen des Absturzortes gezwungen worden seien.²

Bei einer Pressekonferenz in Maputo berichtete ein Überlebender, die südafrikanische Polizei habe sich nicht um die Verletzten gekümmert. „Sie haben jenen, die schrien, nicht geholfen. Sie suchten nur Dokumente. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen“, sagte Almeida Pedro, offizieller Fotograf.³

Hinzu kommen weitere Merkwürdigkeiten. Warum z.B. kam der Pilot vom Kurs ab?

Schließlich handelte es sich um einen erfahrenen, mit der Strecke vertrauten Piloten. Es ist möglich, so die moçambi-

kanische Tageszeitung Notícias, „die Route eines Flugzeugs durch technische Manipulation oder Sabotage des Radars zu verändern“.⁴ Auch über elektronische Störmanöver wird spekuliert. Befremdlicherweise hatte Südafrika zunächst bekanntgegeben, das Flugzeug sei in Natal, also südlich von Maputo abgestürzt, was erst später in Transvaal, wo die wirkliche Absturzstelle ist, abgeändert wurde.

Pretoria am Pranger

Der südafrikanischen Luftüberwachung mit ihrem ausgedehnten Radarsystem muß das „Verschwinden“ des Flugzeugs über Transvaal aufgefallen sein. Der Absturz erfolgte um 21.30 Uhr. Um Mitternacht informierte ein Überlebender die Polizei in Komatipoort telefonisch und bat, Maputo sofort zu informieren. Tatsächlich wurde Moçambique aber erst um 6.30 Uhr am folgenden Tag, also mit neunstündiger Verspätung, in Kenntnis gesetzt.

Auch die südafrikanische Behauptung, schlechtes Wetter sei die Absturzursache gewesen, erwies sich bald als haltlos. Anhand von Satellitenfotos wies das meteorologische Amt in Moçambique nach, daß an der Absturzstelle normale Wetterbedingungen geherrscht haben. Der sowjetische Bordingenieur Wladimir

Novosselov äußerte direkt nach dem Absturz, er sei abgeschossen worden; er steht in einem Militärkrankenhaus in Pretoria de facto unter Arrest.⁵ Die Nachrichtenagentur Moçambiques AIM zitierte Fernando Joao, einen anderen Überlebenden, mit den Worten: „Wir hörten das Flugzeug kreischen, es schien, daß es beschossen wurde.“⁶ Zwei andere Überlebende widersprachen hingegen in Maputo der Version, es habe vor dem Absturz eine Explosion gegeben.⁷

In seiner Gedenkrede für den in der Bevölkerung äußerst beliebten Präsidenten schloß sich Marcelino dos Santos, Politbüromitglied der regierenden Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO), vor einer unübersehbaren Menschenmenge am 28. Oktober d.J. implizit den Anschuldigungen der anderen Frontstaaten gegen Südafrika an. „Als unermüdlicher Kämpfer bist Du im Kampf gegen die Apartheid gefallen“, sagte er an den toten Machel gerichtet.⁸

Genug Fragen für die angekündigte internationale Untersuchung. Genug Gründe auch für starken Verdacht einer südafrikanischen Urheberschaft des Absturzes, wie ihn der Afrikanische Nationalkongreß (ANC), die Vereinigte Demokratische Front (UDF) sowie die Völker und Regierungen der Frontstaaten hegen.

Der Sarg mit dem Leichnam Samora Machels wird vom Absturzort weggetragen



Der Verdacht gegen Südafrika wird auch durch die jüngste Eskalation des unerklärten Krieges Pretorias gegen Moçambique genährt. Moçambique ist eines der Hauptangriffsziele des Apartheidregimes in dessen Destabilisierungspolitik gegen die unabhängigen Staaten der Region. Es setzt im Rahmen dieser Politik ein Bündel militärischer, wirtschaftlicher, politischer und propagandistischer Mittel ein.

Seine unmittelbaren Ziele sind hierbei eine Beendigung der Unterstützung der Staaten in der Region für den ANC und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und ein Durchkreuzen der Bemühungen der Mitglieder der Entwicklungskordinierenden Konferenz des Südlichen Afrika (SADCC), die Abhängigkeit von Südafrika zu vermindern. Das Botha-Regime will außerdem sozial-ökonomische Veränderungsprozesse in den Frontstaaten, insbesondere Moçambique und Angola, verhindern oder möglichst umkehren.

Für seine Destabilisierungspolitik fand Südafrika in wichtigen westlichen Ländern, insbesondere in der Regierung Reagan und der bundesdeutschen Rechtskoalition, diskrete Partner.

Gezielte Destabilisierung der Frontstaaten

Sie stützen seine Destabilisierungspolitik arbeitsteilig auf politisch-diplomatischem und wirtschaftlichem Gebiet ab. Sie hoffen hierbei auch, für eine verbesserte „Reformpolitik“ in Südafrika unter Kontrolle des gegenwärtigen militärisch-politischen Establishments, die auch bei bestimmten Sektoren der unterdrückten Klassen Unterstützung fände, Zeit kaufen zu können.

Nachdem mit dem Wahlsieg der Afrikanischen Nationalunion Zimbabwes/Patriotische Front (ZANU/PF) in Zimbabwe und der Gründung von SADCC im Jahr 1980 Südafrikas Traum von einer „Staatenkonstellation“, die südafrikanisch wäre, ausgeträumt war, verfolgte der Apartheidstaat von Mitte 1980 bis etwa Ende 1981 eine Destabilisierungspolitik „in ziemlich generalisierter und unterschiedsloser Weise“.⁹

Anfang 1982 ging er zu einer selektiveren, dafür aber intensivierten Destabilisierung über. Die Hauptangriffsziele waren jetzt Lesotho, Angola und Moçambique.

Angola und Moçambique kamen gleich aus einer Mehrzahl von Gründen ins südafrikanische Visier: Sie ließen den Befreiungsbewegungen ein besonders hohes Maß an Unterstützung zukommen. Sie haben als Küstenländer für die Bemühungen der SADCC, die verkehrsmäßige Abhängigkeit von Südafrika ab-



Alltag in der Manica-Provinz

„Wir mußten wieder von vorne anfangen“, sagt Isaac, Vorsitzender des „Gemeinschaftsdorfes“ (aldeia comunal) Cuatro Congresso in einem Distrikt der Manica-Provinz, nahe der Grenze zu Zimbabwe.

Die Manica-Provinz war bereits Ende der 70er Jahre durch Angriffe rhodesischer Truppen und der damals von Rhodesien gesponsorten Banden des Moçambikanischen Nationalen Widerstands (RNM) Kriegsgebiet. Wegen des fortgesetzten Krieges flohen viele Moçambikaner ins benachbarte Zimbabwe.

1983 und 1984 wurden einige „Gemeinschaftsdörfer“ in diesem Distrikt mit aus Zimbabwe zurückkehrenden Flüchtlingen geschaffen. Heute hat Cuatro Congresso fast 800 Einwohner.

Zunächst sei das Zusammenleben in einem Dorf doch recht schwierig gewesen, berichtet Isaac, seien sie doch daran gewöhnt gewesen auf verstreuten Einzelgehöften zu leben. Inzwischen hätten sie sich jedoch ans Dorfleben gewöhnt.

Gemeinschaftsdorf Cuatro Congresso

An Gemeinschaftseinrichtungen weist Cuatro Congresso beispielsweise eine strohgedeckte Dorfschule und einen Fußballplatz auf. Es gibt auch – so berichtet Isaac – einige Genossenschaften in der handwerklichen Produktion. Eine Genossenschaftsgruppe baut Erdnüsse an und verarbeitet diese auch zu Kochöl. Im allgemeinen ist der landwirtschaftliche Anbau, vor allem Getreide und Erdnüsse, jedoch individuell.

Zugtiere gibt es fast keine. So muß der Anbau mit Handgeräten vorgenommen werden. Die Felder von Cuatro Congresso sind durch ihre Hanglage außerdem stark erosionsgefährdet. Eine Verlegung wäre aber wegen der Sicherheitslage nicht möglich.

Trotz relativ guter natürlicher Bedingungen sind die Erntevorräte im Dorf nicht ausreichend. Einige Familien haben zudem bei zwei kurz hintereinander und unkoordiniert abgehaltenen Getreidebörsen einen zu großen Teil ihrer Vorräte verkauft, um an begehrte Konsumgüter zu kommen.

In der etwa 8 km entfernten Distrikthauptstadt mit ihren weißgetünchten Verwaltungshäusern, ihrem Versammlungsplatz, Praça, aber fast ohne jede handwerkliche oder kleinindustrielle Produktion gibt es nämlich normalerweise kaum etwas zu kaufen. In den Regalen der Geschäfte sind Stoffe und Kleidung, altertümliche Bügeleisen, Gewürzflaschen und in einem Fall Fotoalben zu kaufen. Seife oder ähnliches gibt es nicht. Manche Produkte sind gelegentlich unter der Hand erhältlich, zu weit höheren als den

offiziellen Preisen. Das Problem ist denn auch weniger der Preis, als überhaupt etwas zu bekommen.

Die Beamten der Distrikthauptstadt verfügen zwar oft über dicke Bündel an Meticaïs (Moçambiques Währung ist der Metical, Plural Meticaïs), können sich dafür aber praktisch kaum etwas kaufen. In Meticaïs könne man praktisch jeden Preis verlangen, wurde mir berichtet. Das moçambikanische Geld ist praktisch wertlos.

Bezeichnenderweise werden im Gespräch bei Geldangaben Zimbabwe-Dollar und britische Pfund(!) verwendet. Hier macht sich auch die nahe Grenze bemerkbar, über die ein reger Fußgängerverkehr besteht. Der Wunsch, ein paar Zimbabwe-Dollar zu verdienen, ist sehr ausgeprägt. Denn im Gegensatz zum Metical hat der Zimbabwe-Dollar Kaufkraft.

Eine Straßenverbindung zur Provinzhauptstadt Chimoio und zum Hafen Beira besteht nur via Zimbabwe, so daß die Händler beispielsweise ihre Produkte über den Umweg über Zimbabwe heranschaffen müssen. Einen Hinweis auf eine früher einmal intakt gewesene Piste nach Chimoio, jetzt unter dichtem Grasbewuchs kaum noch zu entdecken, gibt ein alter verwitterter Holzwegweiser – er lautet jedoch noch auf Vila Pery.

Dies ist ein Hinweis darauf, daß diese Piste kriegsbedingt schon seit Jahren nicht mehr befahren werden kann – Vila Pery wurde bereits vor einem Jahrzehnt in Chimoio umgenannt. Auch die Postverbindungen laufen über Zimbabwe.

Keine Verbindung nach Maputo

In der Distrikthauptstadt und den Gemeinschaftsdörfern existieren und arbeiten die Organe der Poder Popular (Volksmacht).

Im dortigen Frühling (hiesiger Frühherbst) gab es auch Wahlveranstaltungen für die stufenweisen Wahlen für die Lokal- bis zur Nationalversammlung, die nach dem Tod Samora Machel's ausgesetzt wurden. In einem Teil des Distrikts besteht hingegen die staatliche Verwaltung kriegsbedingt nicht mehr. Durch diese Gebiete marschiert höchstens die Armee (FPLM) einmal durch. Zum Schutz gegen die RNM-Banditen ist die Bevölkerung außerdem in – allerdings schlecht ausgerüsteten – Milizen organisiert. Bei meinem Besuch im August d.J. lagen die letzten schweren Kämpfe in dem Gebiet etwa 9 Monate zurück.

Aber auch ohne direkte Kampfhandlungen prägt der Krieg dem Alltag seinen Stempel auf.

Joachim Becker

Solidaritätsarbeit zu Moçambique

Die zentrale Anlaufstelle für die Solidaritätsarbeit mit Moçambique in der BRD ist der Koordinierungskreis Mosambik. Er wurde 1977 von 10 Organisationen, welche die FRELIMO schon während des Befreiungskampfes unterstützt hatten, ins Leben gerufen. Ihm gehören z.B. der Weltfriedensdienst, Dienste in Übersee, die Informationsstelle Südliches Afrika und die Schulpartnerschaftsgruppe Lennestadt-M'Kondedze sowie Einzelpersonen an. Zu seinen Aufgaben gehören Information- und Öffentlichkeitsarbeit in der BRD und materielle Solidarität. Adresse: Koordinierungskreis Mosambik, Luisenstr. 17, 4600 Dortmund 1

zubauen, zentrale Bedeutung. Und sie verfolgen die radikalsten Wege sozial-ökonomischer Veränderung.

1982 formulierte Deon Geldenhuys, Südafrikas führender „Destabilisierungstheoretiker“, die Ziele und Mittel Pretorias gegenüber Moçambique so:

„Erstens und vor allem, würde Südafrika wünschen, daß die FRELIMO ihre aktive Unterstützung für den ANC aufgibt, d.h. ihm Unterschlupf verweigert. Ein ambitionierteres Ziel wäre, Moçambique zu beeinflussen, seine engen Verbindungen, insbesondere auf militärischem Gebiet, mit kommunistischen Mächten zu lockern, wenn nicht zu kappen... Was Pretoria hauptsächlich wünscht, ist ein freundlicher kooperativer Nachbar statt eines marxistischen Staats, der seine Sicherheit bedroht.

Um diese Ziele zu erreichen, sind die Unterstützung des RNM (Moçambikanischer Nationaler Widerstand; J.B.) und die schwerwiegende Manipulation wirtschaftlicher Verbindungen die beiden

augenfälligen anzuwendenden Mittel. Davon zu sprechen, daß der RNM die FRELIMO stürzt oder auch in einen Kompromiß zwingt, scheint höchst verfrüht und tatsächlich höchst unrealistisch.

Südafrika hätte daher seine Ziele auf eine Veränderung politischen Verhaltens, nicht politischer Strukturen zu beschränken.¹⁰

Tatsächlich ergänzte Südafrika 1980 seine wirtschaftliche Sanktionspolitik (Verminderung der Zahl der Wanderarbeiter aus Moçambique, Kündigung der „Goldklausel“, Reduzierung der Nutzung des Hafens von Maputo) gegen das während der Kolonialzeit zu einer Dienstleistungsökonomie für Südafrika und Rhodesien unterentwickelte Moçambique durch eine systematische militärische Destabilisierung. Hauptinstrument war und ist hierbei der RNM, dessen Sponsorenschaft das Apartheidregime 1980 vom rhodesischen Geheimdienst übernommen hatte.

Der RNM wurde gezielt auf die Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur und auf eine Terrorisierung der Landbevölkerung angesetzt; besonders prioritäre Angriffsziele waren und sind die Transitwege nach Zimbabwe, um so die Frontstaaten zur Nutzung der Transitrouten durch Südafrika zu nötigen. Gelegentlich wurden auch eigene südafrikanische Kommandos eingesetzt.

Mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer Hungersnot konfrontiert, die ihre Wurzeln im Krieg, aber auch in Dürre, katastrophalem kolonialen Erbe und gravierenden wirtschaftspolitischen Fehlern hatten, und unter dem Druck der westlichen Länder, un-

terzeichnete Moçambique im März 1984 in Nkomati einen Nichtangriffsvertrag mit Südafrika (siehe: AIB 4 und 5/1984).

Südafrika und die Westmächte feierten dies als diplomatischen Sieg. Moçambique stellte allerdings seine politische und diplomatische Unterstützung für den ANC nicht ein. Und es war trotz einer verstärkten Öffnung für Auslandskapital und größeren Spielräumen für moçambikanisches Privatkapital den westlichen Wünschen gegenüber nicht willfährig.

Moçambiques Hoffnung auf ein merkliches Nachlassen der Kriegsintensität sollte sich nicht erfüllen. Südafrika hielt sich nicht an den Vertrag, vielmehr spann es ein internationales Unterstützungsnetz für die Contra und versuchte, den Anschein einer operationellen Unabhängigkeit des RNM zu erwecken.

Dieser Anschein wurde mit der Eroberung des RNM-„Hauptquartiers“ im Gorongosa-Massiv durch zimbabwische und moçambikanische Truppen im August 1985 restlos zerstört: Zahlreiche Dokumente, die die massive Unterstützung Südafrikas für den RNM auch nach Vertragsabschluß belegten, fielen Moçambique in die Hände.

Ans Licht der Öffentlichkeit kamen bei dieser Gelegenheit auch tiefe Zerwürfnisse innerhalb der südafrikanischen Staatsspitze über das Vorgehen gegen Moçambique, die auch die Zielsetzung des Krieges zu beinhalten scheinen.¹¹

Während über das Prinzip der fortgesetzten RNM-Unterstützung noch Konsens bestanden zu haben scheint, so nicht über das Ausmaß.

Teile des Monopolkapitals und innerhalb der Regierung, namentlich das Außenministerium, waren eher für eine Unterstützung auf Sparflamme, während wesentliche Teile des Militärs und der militärische Geheimdienst für eine massive Unterstützung des RNM plädierten.¹² Letztere, die anscheinend einen Regierungswechsel in Maputo anstreben (was völlig unrealistisch ist), scheinen momentan die Oberhand zu haben.

Das von Sanktionen jetzt stärker bedrohte Südafrika eskalierte in den letzten Wochen seinen unerklärten Krieg: Mitte Oktober d.J. kündigte das Regime an, die Verträge der etwa 70.000 Wanderarbeiter aus Moçambique nicht zu verlängern; im gleichen Atemzug drohte Südafrikas Kriegsminister Malan Moçambique lautstark mit weiteren Überfällen.¹³

Moçambique hatte allerdings bereits im September d.J. Soldaten des 32. Bataillons Südafrikas in der Provinz Zambézia entdeckt.¹⁴ Südafrikanische Truppen sind an der Grenze zu Moçambique und Zimbabwe konzentriert.

Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und dem RNM sind in den letzten

Trauer um Samora Machel

Samora Moisés Machel wurde 1933 in der Gaza-Provinz geboren. Bevor er 1962 nach Tansania ging, um sich der Befreiungsfront von Moçambique (FRELIMO) anzuschließen, arbeitete er als Krankenpfleger, was während des portugiesischen Kolonialismus für Schwarze eine Spitzenstellung war. Samora Machel gehörte zur ersten Gruppe, die nach Algerien zur militärischen Ausbildung geschickt wurde. Er spielte eine zentrale Rolle im bewaffneten Kampf und wurde 1966 Verteidigungssekretär der FRELIMO.

Nach der Ermordung des Gründungspräsidenten der FRELIMO, Eduardo Mondlane, wurde er 1969 Mitglied des dreiköpfigen Führungsgremiums der Befreiungsbewegung. Die Wahl Samora Machels zum Präsidenten und Marcelino dos Santos' zum Vizepräsidenten der FRELIMO bedeuteten den Sieg der revolutionärendemokratischen Kräfte, die auf eine tiefgreifende Veränderung der moçambikanischen Gesellschaft zielten, über ihre innerorganisatorischen Widersacher, die mit rassistischen und tribalisti-



Samora Machel (l.) mit dem 1969 ermordeten FRELIMO-Führer Eduardo Mondlane

schen Untertönen nur die Portugiesen als Ausbeuter ablösen wollten.

Als FRELIMO-Präsident wurde Samora Machel mit der Unabhängigkeit im Jahr 1975 auch Präsident der Volksrepublik Moçambique. Auch als Präsident hatte er eine enge Verbindung zur Bevölkerung. Mit Samora Machel hat Moçambique einen großen Revolutionär und Staatsmann verloren.

Monaten in den an Malawi angrenzenden nördlichen Provinzen Zambézia, Niassa und Tete eskaliert. Südafrika hat nämlich RNM-Basen in das mit ihm auf das engste verbundene und jährlich mit umgerechnet gut 400 Mio DM subventionierte Malawi verlegt.¹⁵

Am 11. September d.J. konfrontierte Samora Machel, unterstützt vom sambischen Präsidenten Kenneth Kaunda und Zimbabwes Premier Robert Muga-



Der neue Präsident der FRELIMO Joaquim Chissano

be, die Regierung Malawis mit detaillierten Dokumenten über deren Kollaboration mit dem RNM und forderte ein Ende dieser Unterstützung.

Zurück in Maputo sagte er, Moçambique „wird seine Grenzen für malawischen Verkehr von und nach Zimbabwe und Südafrika schließen“, falls Malawi die Unterstützung des RNM nicht einstelle. Die anderen Nachbarn würden dann den gleichen Schritt vollziehen. Moçambique werde auch Raketen an der Grenze aufbauen.¹⁶

Daraufhin hat Malawi in gewisser Weise sein Einlenken signalisiert. Dennoch ist die moçambikanische Armee in den genannten Provinzen anscheinend in arger Bedrängnis.

Hingegen konnte die Regierung die Sicherheitslage im südlichen Moçambique, in den Provinzen Inhambane, Gaza, Manica und selbst Sofala, bis zum Sommer 1986 teilweise erheblich verbessern. Seit dem Sommer 1985 gehen die zimbabwischen Truppen in den Provinzen entlang des Beira-Korridors auch offensiv gegen den RNM vor.

In den drei am stärksten vom Krieg betroffenen Provinzen sind die Menschen besonders hart von einer Hungersnot bedroht. In ganz Moçambique gilt dies für 3,9 Mio Menschen, also für 1/3 der Bevölkerung.

Überhaupt leidet vor allem die Landwirtschaft unter dem Krieg.

Viele Bauern sind in die Städte geflohen, die Verkehrswege sind unsicher, der Austausch Stadt-Land ist weitgehend zusammengebrochen. Die vermarktete Landwirtschaftsproduktion lag 1985 bei den meisten Produkten 50-90% niedriger als 1981.¹⁷

Da kriegsbedingt sowohl die inländischen Rohstofflieferungen wie wegen des Devisenmangels (der Importwert lag 1985 58% niedriger als 1982) auch die Importe von Vorprodukten für die Industrie zurückgegangen sind, arbeitet diese nur mit einem Bruchteil ihrer Kapazität. Das Bruttosozialprodukt fiel von 1982-85 um 33%.¹⁸

Die monatlichen Rationen wurden gerade erst drastisch gekürzt, die Preise auf dem „freien“ und Schwarzmarkt sind astronomisch hoch. Trotz all dieser Schwierigkeiten hat die Regierung dennoch einige Projekte und Sozialprogramme vorantreiben können. Diese sind jetzt noch zusätzlich durch die Forderungen des Internationalen Währungsfonds gefährdet.

Der Nachfolger Machels, der ehemalige Außenminister und Mitbegründer der FRELIMO, Joaquim Chissano (47), tritt kein leichtes Amt an. „Wir werden stärker durch die Wut, die wir gegen diejenigen empfinden, die uns Machel gestohlen haben. Mehr als je zuvor sind wir stark, vereinigt und entschlossen, den entscheidenden Kampf gegen unsere Feinde zu kämpfen“, sagt Marcelino dos Santos in seiner Gedenkrede für Samora Machel.¹⁹

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.10.1986
- 2) Vgl. die tageszeitung (taz), 31.10.1986
- 3) Financial Times (FT), London, 28.10.1986
- 4) Zit. nach: International Herald Tribune, Paris/Zürich, 25./26.10.1986
- 5) Vgl. FAZ, 23.10.1986
- 6) Weekly Mail, Johannesburg, 24.10.1986
- 7) FT, 28.10.1986
- 8) taz, 30.10.1986
- 9) R. Davies, South African strategy towards Mozambique in the post-Nkomati period, Uppsala 1985, S.12
- 10) D. Geldenhuys, The destabilisation controversy: An analysis of a high-risk foreign policy option for South Africa, in: Politikon, Johannesburg, Jg. 9, 1982, Nr. 2, S. 16-31, hier: S.29
- 11) Dokumente auszugsweise in: cadernos do terceiro mundo, Lissabon, Nr. 84, Dezember 1985
- 12) Vgl. Gorongosa-Dokumente und Davies 1985, S. 22ff.
- 13) Siehe: FAZ, 10.10.1986
- 14) Vgl. The Herald (H), Harare, 20.9.1986
- 15) Vgl. Globe and Mail, Toronto, 16.9.1986
- 16) H, 12.9.1986
- 17) Vgl. Mozambique News Review, London, 24.8., 5.9.1986 und Tempo, Maputo, 10.8.1986
- 18) Vgl. Tempo, 10.8.1986
- 19) taz, 30.10.1986

edition südliches afrika SACHBUCH



Julie Frederikse
VON SOWETO NACH PRETORIA
Der Krieg um die Macht in Südafrika
Bonn 1986, 196 Seiten, DM 29,80
edition südliches afrika 22

Die amerikanische Journalistin Julie Frederikse hat den Widerstand des südafrikanischen Volkes seit den Schülerunruhen von Soweto 1976 aufgezeichnet. Ihr Buch ist im besten Sinne 'Geschichte von unten': In den entscheidenden Phasen des Kampfes war sie dabei und sprach mit Parteien, mit Schwarz und Weiß, Revolutionären, Reformern und Reaktionären. Faszinierend und facettenreich dokumentiert ihr Buch die Entwicklung des Widerstands.

«Fabrikarbeiter, Religionsführer, Bauern und Akademiker, alle haben dazu beigetragen, daß es lohnt, das Buch zu lesen.»

(Weekly Mail, Juni 1986)

**Bezug: über den Buchhandel
oder direkt bei:
issa, Blücherstr. 14
5300 Bonn 1**

Gespräch mit Joe Slovo

Der Umkhonto fußt auf dem Massenkampf

Joe Slovo ist der Stabschef des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), des bewaffneten Armes des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Das folgende Gespräch führte David Coetzee.

In letzter Zeit gab es eine Fülle von Angriffen auf die Kommunisten im Afrikanischen Nationalkongress (ANC). Dazu zählt auch der offenkundige Versuch des südafrikanischen Präsidenten P.W. Botha und von US-Präsident Reagan, die Befreiungsbewegung zu spalten.

Tatsächlich ist die Südafrikanische Kommunistische Partei (SACP) zu einem Gespenst geworden, von dem sich die herrschende Klasse des Apartheidstaates verfolgt fühlt. Wenn dieses Gespenst, das die Herrschenden in Südafrika verfolgt, ein Gesicht hat, dann ist es das von Joe Slovo.

Und doch macht er den Eindruck eines bescheidenen, freundlichen Menschen — begegnete man ihm in der Wartehalle eines Flughafens, würde man ihn für einen ganz normalen Geschäftsmann halten —, den es ein wenig zu überraschen scheint, daß sein Name heute in revolutionären, in ganz Südafrika gesungenen Liedern aufgegriffen wird.

Die Jugendlichen wüßten oft nicht, wer er ist oder welche Hautfarbe er überhaupt hat, sagte er, als wir uns in London bei einer Tasse Kaffee unterhielten. Doch der Refrain eines Liedes über den Kommunismus lautet: „Wenn es gut genug für Slovo ist, ist es gut genug für mich.“

Slovo wurde vor kurzem zum Vorsitzenden der SACP gewählt. Er ist Mitglied der nationalen Exekutive des ANC und außerdem Stabschef des bewaffneten Arms des ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation). Und in seiner Eigenschaft als Guerillakriegsstrategie ist er auch im Ausland am besten bekannt.

Er beeilte sich, den im Vergleich mit den Erfahrungen anderer afrikanischer Länder „einzigartigen“ Charakter des militärischen Kampfes in Südafrika hervorzuheben. Und zweifellos war er stolz auf dessen Erfolg.

„Wir hatten nie Nachhutstützpunkte wie die anderen Bewegungen in Afrika“, er-

klärte er. Zudem seien schwarze Südafrikaner stets vom Erlernen der „Kunst der Kriegführung“ ausgeschlossen gewesen, und „außer ein paar Gangstertypen“ habe keiner jemals eine Waffe in der Hand gehabt oder mit Sprengstoff umgehen können.

„Aber wir verfügen in unserer Situation über Gegebenheiten, die die anderen nie hatten, nämlich politische, soziale Kräfte wie eine erfahrene Arbeiterklasse, eine fortschrittliche Jugend. Diese Kräfte, und nicht die militärische Seite, halte ich für die wesentliche Stärke unserer Revolution. Und wir sind immer davon ausgegangen, daß der Hauptinhalt unseres Kampfes der politische Massenkampf ist, in dem revolutionäre Gewalt eine Rolle spielen muß.“

Von der revolutionären Gewalt ging die anfeuernde Wirkung aus, die wir beabsichtigt hatten, und durch sie erreichte der ANC seine jetzige Stellung.

Nur in einem einzigen Punkt unterschied sich der ANC von allen anderen Bewegungen: in der Tatsache nämlich, daß er während dieser ganzen Zeit unter Beweis stellte, daß er nicht zur Kapitulation bereit ist, und weiterhin Leib und Leben riskierte. Die Kampftätigkeit des ANC machte den Unterschied.

Gefühl der Ohnmacht verloren

Noch wesentlicher ist, daß es uns durch die Aktionen revolutionärer Gewalt, die Bestandteil unserer Arbeit sind, gelungen ist, eine der grundlegendsten psychologischen Schranken zu durchbrechen: Wir haben es geschafft, den Menschen ein Gefühl ihrer Macht zu geben; sie haben das Gefühl der Ohnmacht, das sie Jahrhunderte lang lähmte, verloren. Ohne diese Voraussetzung kann man keinen wirklichen Kampf führen.

Wenn ein Volk erst einmal daran glaubt, daß auch die andere Seite bluten kann, kann es siegen, wie lang es auch immer dauern mag. Sobald es daran zu glauben beginnt, ist der Kampf bereits zu 75% gewonnen.

Wenn man ihm diesen Glauben nimmt, dann tritt man dem Feind auf keiner



Ebene mehr zu seinen eigenen Bedingungen entgegen. Er hat dann, in psychologischer Hinsicht, ein Gewalt- und Machtmonopol, und in der Tat nimmt man damit den Menschen die Entschlossenheit, den Antrieb auf das Selbstvertrauen.“

Wie steht es mit der erklärten Veränderung der Strategie in Hinblick auf das Konzept des Volkskrieges? Werden sich die Angriffe gegen weiche Ziele richten, wie behauptet wurde?

Nicht Zivilisten sind das Ziel

„In dieser Hinsicht hat sich unsere Strategie nicht verändert — und ganz gewiß nicht in die Richtung, die die Medien von Zeit zu Zeit andeuten. Wir richten unser Feuer weder gegen weiße noch gegen andere Zivilisten. Es fand eine Akzentverschiebung im Hinblick auf die Art der Ziele statt, die wir jetzt auswählen.“

Es gab eine Zeit, da zögerten wir, ein militärisches Ziel anzugreifen, wenn es dabei zivile Opfer geben konnte; in dieser Hinsicht haben wir uns verändert. Unsere Ziele bleiben weiterhin militärische und halb-militärische Ziele. Aber wir werden nicht mehr so viel Sorgfalt wie früher darauf verwenden, zivile Opfer zu vermeiden.

Anders ausgedrückt, wenn ein militärisches Hauptquartier mitten in einem zivilen Gebiet liegt, kann uns dies nicht davon abhalten, dieses Hauptquartier zum Angriffsziel in unserem Krieg zu machen. Das gleiche gilt für eine Polizeiwache.

In dieser Hinsicht haben wir also die Einschränkungen gelockert, die wir uns selbst auferlegt hatten und die unsere Aktivitäten auf diesem Gebiet wesentlich erschwert haben. Bezüglich der ländlichen Gebiete haben wir, so denke ich, eine klare Entscheidung getroffen: Dort lebt eine Klasse weißer Farmer, die sämtlich Teil des Militärapparates sind, und deshalb sind sie alle Ziele. Das ist klar.“

In letzter Zeit wurden in Farmgebieten an der nördlichen Grenze des Landes gelegentlich Landminen gelegt. Slovo

machte jedoch klar, daß nun nicht mehr nur dort, sondern „überall im Land“ Farmer als legitime Ziele betrachtet würden. Es handele sich keineswegs um einen ausschließlich militärischen Kampf.

Trotz der unter dem Ausnahmezustand herrschenden Repression lebe und funktioniere der Untergrund, erklärte Slovo. Tatsächlich dienten die demokratischen Strukturen an der Basis nicht nur der Verteidigung gegen Polizeiübergriffe, sondern bildeten die Grundlage für die zukünftige fortgeschrittene Demokratie. „Es besteht ein Riesenunterschied zwischen dem, was in der Zeit nach Sharpeville (Massaker an 69 Demonstranten im Jahr 1960; d. Red.) passierte, als der Ausnahmezustand verhängt wurde, und heute.

Es gibt kein Komitee mehr, das irgendwo tagt und alle Fäden in der Hand hält. Es hat sich vielmehr eine Reihe von Basisorganisationen herausgebildet, die von der Führung der breiten nationalen Bewegung inspiriert werden, gleichzeitig aber in der Lage sind, selbst die Initiative zu ergreifen.

Aufgrund dieser Entwicklung geht der Kampf weiter, obwohl der Feind Tausende von Führungskadern der mittleren und höchsten Ebene verhaftet hat. Die Existenz dieses neuen Elementes ist von grundlegender Bedeutung, und zwar nicht nur vom organisatorischen Standpunkt aus, sondern auch in Hinblick auf künftige Organe der Volksmacht.

Die Art der Strukturen, die sich in der Zukunft herausbilden und institutionalisiert werden, werden ihre Wurzeln in dem haben, was sich an der Basis entwickelt. In gewisser Hinsicht unsere Version der Sowjets.“

Alle diese Entwicklungen vollziehen sich auf der Seite des Volkes. Im Lager des Regimes sieht Slovo Verwirrung und Durcheinander.

Er räumt dessen Bemühungen, einen Teil der schwarzen Bourgeoisie auf seine Seite zu ziehen, um einen lebensfähigen neuen sozialen und politischen Block zu bilden, wenig Erfolgchancen ein.

„Diejenigen, die von einer Spaltung in der Befreiungsbewegung zwischen, sagen wir, Nationalisten und Kommunisten sprechen, haben nicht erkannt, daß die vorhandene sehr, sehr enge Einheit gerade deshalb besteht, weil Botha nicht imstande ist, etwas anzubieten, das zumindest der durchschnittliche, der Mittelschicht angehörende, Nationalist akzeptieren kann. Die Stimmung im Volk ist einfach zu gewaltig.

Es ist sehr aufschlußreich, daß sie trotz einer krampfhaften Suche über so viele Jahre hinweg nicht in der Lage waren, einen Muzorewa (schwarzer Politiker, der mit dem weißen Minderheitsregime im früheren Rhodesien kollaborierte; d. Red.) zu finden.

Sie versuchten zwar, Buthelezi in diese Richtung aufzubauen, aber meiner Meinung nach hat er seine Glaubwürdigkeit als nationale Persönlichkeit völlig eingebüßt.“

Sprung in den Sozialismus?

Die Einschätzung des ANC bezüglich der schwarzen Mittelschichten und ihres möglichen Bündnisverhaltens beruhe auf einer objektiven Beurteilung ihrer elementaren Interessen, sagte Slovo, der ihre Rolle in der „Übergangswirtschaft“ (nach dem Sturz des Apartheidregimes; d. Red.) hervorhob.

Zuvor hatte er darauf hingewiesen, nur „ein einheimischer Verfechter der verhängnisvollen Philosophie Pol Pots könne planen, am Tag nach der Beendigung der weißen Herrschaft mit einem einzigen gewaltigen Sprung in einer sozialistischen oder kommunistischen

Gesellschaft zu landen“.

Nun sagte er: „Wir bezweifeln nicht im geringsten, daß es der schwarzen Bourgeoisie unter einer ANC-geführten Regierung besser ginge als jetzt, und sie weiß das auch. Sie wird in der Tat florieren“, erklärte er. „Die kleine schwarze Bourgeoisie und die kleine schwarze Mittelschicht werden unter einer Volksregierung, an der wir alle beteiligt sind, aufblühen. Sie werden zu ihrem Recht kommen, und sie können eine sehr positive Rolle spielen, indem sie mithelfen, die Wirtschaft in einer Phase, die für uns recht schwierig werden wird, in Gang zu halten.“

Ein Aufstand ist möglich

Gibt es Anzeichen, daß sich die weiße Arbeiterklasse von der Apartheid entfernt? Slovo sieht, wie er es nannte, einige Lichtblicke, erste, sehr, sehr kleine Ansätze, mehr aber auch nicht.

Besteht die Möglichkeit zu einem schnellen Sturz des Regimes durch einen Aufstand?

Diesen Punkt hatte er einige Tage zuvor fast ganz nebenbei in einer öffentlichen Rede angesprochen.

„Wenn alle Faktoren, die die Krise, in der sich die andere Seite befindet, verursacht haben, im ganzen Land eskalieren und es zu einer massenhaften Nichtbefolgung grundlegender Gesetze, umfassendem Widerstand und zunehmendem zivilen Ungehorsam in allen möglichen Bereichen käme, und diese Entwicklung einherginge mit einem Anwachsen der Macht der organisierten Arbeiter, einem mit verstärkten Aktionen der Kampfseinheiten verbundenen Generalstreik und Sanktionen von außen ... dann könnte es möglicherweise einen Augenblick geben — denn ein Aufstand ist ein historischer Augenblick —, in dem die Situation verändert wird.

Mit Aufstand meine ich nicht, daß wir in naher Zukunft ein Aufeinandertreffen der Befreiungskräfte und des Militärs auf der anderen Seite auf frontaler Ebene erleben werden, aus dem erstere siegreich hervorgehen werden. Es wird vielmehr die Kombination politischer Massenaktivitäten in einem solchen Ausmaß sein, daß das Regime nicht überleben kann.

Wir sind in der gleichen Situation wie Lenin, als er 2 Wochen vor dem Februar-aufstand in Genf saß und Kaffee trank. Er sagte, er sei überzeugt, daß es noch zu seinen Lebzeiten stattfinden würde. 2 Wochen später begann es, und nach gut 6 Monaten war der Sieg errungen.“

Slovo weiter: „Der Grund, warum es mir schwer fällt, Fragen dieser Art zu beantworten, liegt darin, daß ich nun einmal nicht glaube, daß es die Aufgabe eines

Protestaktion in Südafrika: „Tötet Apartheid, nicht die Gefangenen!“



Revolutionärs ist, die Revolution zu machen – im Sinne etwa des Konzepts von Guevara, daß man hinausgehen, sich in irgendeiner dramatischen Aktivität engagieren und irgendwo einen Focus (Brennpunkt) schaffen muß, und dann stellen sich die Menschen automatisch auf deine Seite.

Meiner Ansicht nach ist es die Aufgabe eines Revolutionärs, die Revolution zu führen, denn die Bestandteile, die eine revolutionäre Situation ausmachen, hängen nicht von der revolutionären Bewegung ab, von dem, was wir in unserer Agitation leisten, von unserer Vorbereitung.

Sie wird vielmehr vom Zusammentreffen einer ganzen Reihe von Faktoren beeinflusst, von denen nur einige subjektiv sind ... viele, ja, die meisten, sind in der Tat objektiver Natur – die Wirtschaftskrise, die Reaktion der anderen Seite auf die Entwicklungen an der Basis."

Rassisten ohne Strategie

Es sei ein Maßstab für die Krise, wenn es für das Regime keinen Ausweg mehr gibt. „Es existiert keine Strategie“, erklärte er.

„Wenn man sich ansieht, was, sagen wir, vor 3 Jahren los war, dann hat man das Gefühl, daß das Regime damals eine Strategie hatte – die Staatenkonstellation, die ganze Sache mit den Bantustans, Nkomati, verschiedene Reformen. Heute hat es jegliches Strategiegefühl verloren.

Wenn man Bothas Politik betrachtet, sieht man, daß sie aus einer Art von ad-hoc-Reaktionen besteht, die vom Druck von innen, von außen, vom Volk abhängig sind – und sie ist widerspruchsvoll."

Wie bald wird dann die Apartheid gestürzt werden? Slovo lachte: „Als die gegenwärtige Clique 1948 an die Macht kam, fragte man mich, wie lange sie sich halten könnte. Ich antwortete 5 Jahre – und diese Meinung verrete ich auch heute.

Aber ich glaube, daß sich diesmal meine Vorhersage vielleicht als richtig erweisen wird, oder wenigstens nicht ganz so weit daneben liegt... Offen gesagt, ich glaube nicht, daß diese Leute sich noch länger als 5 Jahre halten können. Wahrscheinlich nicht einmal mehr so lange."

Ihre Einschätzung hinsichtlich der Angriffe auf die Frontstaaten und insbesondere auf den ANC in diesen Ländern? „Wir haben mit Sicherheit noch viel bösartigere und heimtückischere Angriffe als bisher zu erwarten, mit denen wir außerhalb des Landes vernichtet werden sollen – davon gehen wir aus."

(Quelle: *AfricAsia*, Paris, Nr. 33/September 1986, S. 15/16)

Türkei

Charles Paoli

Hinter der Fassade der „Demokratisierung“

Am 28. September d.J. fanden in der Türkei Nachwahlen zum Parlament statt. 11 freigewordene Sitze mußten neu besetzt werden. Diese Wahlen wurden im Ausland als weiterer Demokratisierungsschritt gewertet, da erstmals auch Parteien zum Parlament kandidieren konnten, die bei den allgemeinen Wahlen 1983 noch nicht zugelassen waren.

Tatsächlich machte der laufende Wahlkampf auf einen ausländischen Beobachter den Eindruck wiedergewonnener demokratischer Parteienfreiheit. Die verschiedenen Parteien unterhielten in den Stadtteilen eigens angemietete Wahlkampfbüros, traten mit Wahlzeitungen und Lautsprecherdurchsagen auf, kamen im Fernsehen und in der Presse zu Wort. In der „heißen Phase“ des Wahlkampfes fanden Großkundgebungen mit bis zu 20.000 Zuhörer statt, auf denen auch Politiker wie Bülent Ecevit und Süleyman Demirel sprachen, die eigentlich mit Politikverbot belegt worden waren.

Die Mutterlandspartei (AnaP des Ministerpräsidenten Turgut Özal führte den Wahlkampf im wesentlichen unter der Parole der politischen Stabilität und versuchte Angst vor der Rückkehr zu den

„Zuständen“ von vor 1980 zu erzeugen. Die Partei des Rechten Weges (DYP), die Nachfolgerin der 1980 verbotenen Heilspartei von Demirel, konnte auf Kosten der AnaP Boden gutmachen. Sie forderte eine neue Verfassung und eine „Türkei ohne Verbote“, womit sie allerdings in erster Linie das Politikverbot für Demirel meinte, keineswegs aber die Verbote linker Organisationen.

Nachwahlen-Spektakel

Als Parteien, die sich nach eigenem Bekunden an der europäischen Sozialdemokratie orientieren, traten die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) unter İnönü und die Partei der demokratischen Linken (DSP) unter dem Ehepaar Ecevit an. Bei der Abstimmung schnitt vor allem die größere SHP, die vorher als die Hauptkonkurrentin von Özals AnaP betrachtet wurde, unerwartet schlecht ab.

Beide Parteien führten untereinander einen heftigen Streit über die Frage, wer Schuld sei an der Spaltung der Sozialdemokratie. Und sie forderten sowohl



Ex-Premier Demirel nimmt trotz „Politik-Verbot“ am Wahlkampf teil

eine Änderung der Verfassung, als auch eine neue Wirtschaftspolitik.

Zu den Parolen und dem Auftreten der einzelnen Parteien gäbe es selbstverständlich noch mehr zu sagen. Ebenso zum Ausgang dieser Wahlen mit dem überraschendem Comeback Demirels.

Doch soll eine weitere derartige Betrachtung hier ganz bewußt unterbleiben – denn man säße einem Irrtum auf, wenn man die Politik der Parteien und die Auseinandersetzungen dieser Zwischenwahlen ins Zentrum einer Betrachtung der derzeitigen politischen Situation in der Türkei stellen würde.

Fakt ist, daß das politische Gesicht der Türkei heute im Wesentlichen nicht von Parteien, Parlament und Wahlen geprägt wird. Der Eindruck von frei agierenden Parteien spiegelt ein falsches Bild der türkischen Wirklichkeit wider.

In der Türkei wurde der Staatsapparat bereits vor, aber in besonderer Massivität nach dem Putsch vom 12. September 1980 auf eine Art und Weise ausgerichtet, daß eine vom Militär eingesetzte und kontrollierte Verwaltung, einschließlich der Militärgerichtsbarkeit und des gesamten Militärs selbst, die Macht in Form des offenen Terrors ausübt.

Das Ziel dieser Machtausübung war und ist die Zerschlagung und Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung und der antiimperialistischen Volksbewegung, die im Lauf der 70er Jahre in der Türkei eine bemerkenswerte Stärke erlangt hatten. Was dieser allgegenwärtige Staatsapparat tut, der unverändert von Generälen unter der Führung von Kenan Evren gelenkt wird, zeigt die Türkei in einem völlig anderen Licht als die bunten Wahlveranstaltungen der Parteien.

Während dieser Veranstaltungen saßen schätzungsweise 6.000-8.000 politische Häftlinge in den Gefängnissen. Sowohl Folterungen als auch Massenprozesse gehen unverändert weiter. Täglich finden sich in türkischen Zeitungen Berichte wie die folgenden:

Gegen die 374 Angeklagten im Prozeß gegen Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) in Istanbul wurde 30 mal die Todesstrafe beantragt (Cumhuriyet, 8.2.1986). Ebenso gegen 14 Mitglieder der Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) in einem anderen Massenprozeß mit 54 Angeklagten (Milliyet, 18.1.1986). Bei einer Großfahndung in Adana nahm die Polizei 30 Personen unter dem Vorwurf fest, einer linksextremen Organisation anzugehören. Die Verhandlungen gegen insgesamt 1.477 Mitglieder und Funktionäre des Verbandes Revolutionärer Gewerkschaften (DISK) gehen weiter.

Allein im Juli und August d.J., also 2 Monate nachdem Bundespräsident von Weizsäcker bei seinem Türkei-Besuch Zufriedenheit über die Fortschritte bei

der „Demokratisierung“ geäußert hatte, verurteilten Militärgerichte 35 politische Gefangene zum Tode. Insgesamt wurde seit dem Putsch bei solchen Prozessen 6.500 mal die Todesstrafe beantragt und bisher in rund 6.000 Fällen auch ausgesprochen.

All das läuft auf dem Boden der Verfassung von 1982, einer Verfassung der Unterdrückung und Abschaffung demokratischer Rechte, die in den letzten Jahren mit zusätzlichen Polizei-, Gewerkschafts- und andersweitigen Gesetzen flankiert wurde.

Trotz dieser fortgesetzten Verfolgung beginnt die türkische Arbeiterbewegung wieder zu kämpfen und sich von unten her vorsichtig zu formieren.

Innerhalb der einzigen nach dem Putsch nicht verbotenen, regimetreuen Gewerkschaft Türk-İş, bildete sich unter dem Einfluß ehemaliger DISK-Mitglieder und gegen den Widerstand der Funktionäre eine Protestbewegung heraus. Seit 1985 kommt es wieder zu vereinzelt Aktionen auf der Straße, oft bei den Kundgebungen zugelassener Parteien.

Flugblätter als Bönbonpapier

Ähnlich wie in Südafrika werden auch Beerdigungen, wie beispielsweise im März d.J. die Beisetzung des Rechtsanwalts und Journalisten O. Apaydin, zu politischen Manifestationen umfunktioniert. Am 22.2.1986 schließlich mußte der Türk-İş-Vorstand aufgrund des Druckes der Mitglieder die erste Gewerkschaftsdemonstration seit dem Putsch durchführen.

Wie wenig auch diese Demonstration in Izmir ein Hinweis auf „Demokratisierung“ ist, zeigen ihr Ablauf und ihr Nachspiel. Milliyet vom 4.3.1986 berichtet:

„Eine verbotene Organisation, die vor der Izmir-Demonstration verhaftet wurde, hatte Vorbereitungen in der Art getroffen, daß sie Flugblätter wie Bonbons aufwickeln wollte. Sie wurde bei einer Operation vor der Demonstration verhaftet. In ihrem Haus wurde Zucker und Gelatine, 10.000 fertige Flugblätter und 5.000 Aufkleber gefunden.“ Flugblätter als Bonbonpapier – so etwas müssen sich Linke in der Türkei also einfallen lassen, wenn sie ihre Meinung verbreiten wollen!

Während der Abschlußkundgebung der Demonstration konnten sich die offiziellen Türk-İş-Redner nur mit Mühe verständlich machen. Der Türk-İş-Vorsitzende Yılmaz wurde zum Rücktritt aufgefordert, Sprechchöre wie „Freiheit für die DISK“ waren zu hören.

Nach der Demonstration, an der rund 100.000 Menschen teilnahmen, wurden 350 Personen festgenommen.



Daimler-Benz-Niederlassung in Istanbul

Gegen 77 von ihnen laufen bereits Prozesse, in denen ihnen vorgeworfen wird, mit nicht genehmigten und nicht der Polizei vorgelegten Parolen gegen das Versammlungsgesetz verstoßen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte Strafen zwischen 1 1/2 und 3 Jahren Gefängnis (Cumhuriyet, 14. und 15.3.1986). Zusätzlich wurden alle weiteren geplanten Demonstrationen verboten.

Zusammenfassend dokumentiert sich die Rechtlosigkeit der türkischen Arbeiter am deutlichsten im Gewerkschaftsgesetz von 1983. Danach dürfen Gewerkschaften nicht von Arbeitern gegründet werden, die schon einmal an einem Streik teilgenommen haben. Sie dürfen sich nicht politisch betätigen, ihre Finanzen werden von der Staatsbank kontrolliert. Streiks können von den Provinzgouverneuren beliebig untersagt werden. Die Türk-İş paßt in diesen Rahmen.

Nach dem Putsch war sie faktisch zur Monopolgewerkschaft von Juntas Gnaden geworden, die zur Kontrolle der Arbeiter eingesetzt wurde. Wes Geistes Kind die Führer der Türk-İş sind, zeigt ein Zitat ihres Generalsekretärs Side: „Es gibt keine andere Gewerkschaft auf der Welt, die so patriotisch ist wie wir... Wegen der Tugenden des Türkentums und des Islam sind wir humanistischer. Wir reden nicht nur von den Arbeitern. Unser Kampf ist kein Klassenkampf, sondern national. Das ist der Unterschied zwischen der DISK und uns.“ (Cumhuriyet, 14.5.1986)

Höchstprofite durch Niedriglöhne

In der Türkei ist heute ein Punkt erreicht, wo Teile der Bevölkerung gar nicht mehr stillhalten können.

Denn unter dem Regime der Generäle und des Vertauensmanns des westlichen Kapitals, Turgut Özal, setzte für die Arbeiter und kleineren Bauern ein Verarmungsprozeß ein, der zu Ruin und Hunger führt. Die Löhne sind seit 1980 um die Hälfte gesunken. Der Ruf nach

„Brot“ auf der Demonstration in Izmir wird so verständlich.

Parallel dazu haben staatliche und auch private Unternehmen rigoros rationalisiert und entlassen. Im Stahlwerk Isken-derun (staatlich) wurde die Belegschaft von 20.000 auf 14.000 Arbeiter abgebaut. AEG in Gebze bei Istanbul setzte im Juli 1986 ein Drittel der Belegschaft vor die Tür.

Daß gerade die Auslandskonzerne verfahren können, wie es ihnen paßt, daß sie jetzt noch niedrigere Löhne ausnutzen und überdies Milliardensubventionen aus der türkischen Staatskasse entnehmen können, ist ein wesentliches Ergebnis des Putsches von 1980.

Seit damals haben die 500 größten Industrieunternehmen der Türkei, darunter Siemens, AEG, Mannesmann, Daimler-Benz, Hoechst, Bayer und viele andere uns wohlbekannte Namen, eine Gewinnsteigerung von durchschnittlich 530% erzielt. (Hürriyet, 5.7.1986, nach einer Untersuchung der Industriekammer)

Multigerechtes „Investitionsklima“

Ein Konzern wie Daimler-Benz, der derzeit rund 23 Mio DM in der Türkei investiert hat, transferierte allein von 1981-84 25 Mio DM Gewinn nach Stuttgart. (Daimler Jahresberichte 1983 und 1984)

Ein zweites wesentliches Ergebnis des Putsches ist, daß seit 1980 wieder Zinsen auf die Auslandsschulden gezahlt werden.

Die letzten Jahre flossen meist 1,5-1,8 Mrd Dollar jährlich an die westlichen Großbanken und Regierungen. Das türkische Volk bezahlt das mit Steuererhöhungen, die vor allem die Armen treffen, mit der Streichung staatlicher Leistungen und mit den Folgen einer Exportpolitik, die das, was die Bevölkerung selber dringend bräuchte, ins Ausland verschleudert, um Devisen zur Schuldendienstzahlung zu bekommen. Diese Wirtschaftspolitik geht auf Forderungen zurück, die die Großbanken und vor allem die westdeutsche Regierung schon vor 1980 an Ankara gestellt hatten.

Die BRD ist Haupthandelspartner, Investor Nummer 1 und zusammen mit den USA Hauptkreditgeber der Türkei. Vor diesem Hintergrund setzte der Putsch vom 12. September lediglich die Rahmenbedingungen, die nötig waren, um das „Investitionsklima“ zu verbessern und um wieder regelmäßig Zinsen aufbringen zu können.

Ist es also sehr gewagt, zu behaupten, daß der Faschismus in der Türkei wesentlich von hiesigen Bank-Konzern- und Regierungszentralen hervorgerufen wurde?

Peru

Peter Garcia

Regierung Garcia zwischen zwei Feuern



Präsident Alan Garcia

Etwas über 1 Jahr ist es her, daß in Peru die sozialdemokratische APRA-Partei die Regierungsgeschäfte übernahm.

Ist das Land heute auf dem Weg in den Kommunismus, wie aus Washington zu hören ist? Oder stimmt die Einschätzung der Guerilleros vom „Leuchtenden Pfad“ (Sendero Luminoso), die in Präsident Alan García einen verkappten Faschisten sehen?

Weder die USA noch die Senderistas beließen es bei einer theoretischen Diskussion.

Im Januar d.J. strich Washington Perus Zuckereinfuhrquote von jährlich 76.000 t. Das traf den Devisenetat des Andenlandes mit 20 Mio Einwohnern. Etwas später wurde auch die US-Entwicklungshilfe für Peru ausgesetzt, die 1985 noch 77 Mio Dollar (\$) betragen hatte.

Was hatte die Reagan-Administration so verärgert? Den ersten Schock erhielt man in Washington, als Alan García gleich nach seiner Amtseinführung verkündete, er werde den Schuldendienst von über 40% auf nur noch 10% der Exporterlöse reduzieren.

Als nächstes verstaatlichte Peru im Dezember 1985 entschädigungslos die US-Erdölgesellschaft Belco Petroleum Corp., da sie sich geweigert hatte, den ungerechten Vertrag mit der Regierung von 1959 zugunsten Perus abzuändern. Mit Maschinenpistolen bewaffnete Poli-

zisten umstellten das Verwaltungsgebäude, das zusammen mit den Ölförderanlagen der Belco an die staatliche Gesellschaft Petroperu übergeben wurde.

Ein zweiter US-Erdölkonzern, die Occidental Petroleum Corp., zog es daraufhin vor, die Bedingungen Perus zu akzeptieren, die u.a. hohe Neuinvestitionen vorsahen.¹

Im August d.J. verbot die Regierung Perus den Privatfirmen des Landes, für die Dauer von 2 Jahren Zahlungen auf ihre mittel- oder langfristigen Auslandsschulden zu leisten. Diese Maßnahme betrifft etwa 10% der Auslandsverschuldung Perus in Höhe von 14 Mrd \$.²

Begrenzung des Schuldendienstes

Auch in anderer Hinsicht versucht die Regierung in Lima, den Abfluß von Devisen soweit wie möglich zu begrenzen. Im Juli 1986 stornierte Peru den Vertrag über den Kauf von 14 Mirage-Kampfflugzeugen, die noch von der Regierung Belaúnde Terry bestellt worden waren, um 500 Mio \$ zu sparen.

Ein paar Tage später erklärte Präsident Alan García Peru zu einer „Volkswirtschaft des Widerstands gegen den Imperialismus“ und verfügte eine strikte Kontrolle der Überweisungen ins Ausland sowie eine Aussetzung des Gewinntrans-

fers für ausländische Firmen in Peru für die Dauer von 2 Jahren, damit „Peru nicht Netto-Kapitalexporteur wird“.¹ Auch mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) ging Lima auf Kollisionskurs.

Als das Land seine Zahlungsverpflichtungen nicht in der vereinbarten Höhe erfüllte, setzte der IMF Peru für die Überweisung von 70 Mio \$ eine Frist bis zum 14.4.1986. Noch vor Ablauf dieser Frist schloß die peruanische Regierung das IMF-Büro in Lima.

Nach mehreren vergeblichen Versuchen der IMF-Unterhändler, Peru zu einem Einlenken in seiner Politik gegenüber dem Fonds zu bewegen, erklärte der IMF das Andenland im August für kreditunwürdig. Dabei hatte Peru immer im Rahmen seiner Möglichkeiten Teilbeträge gezahlt, gleichzeitig aber die Erfüllung irgendwelcher IMF-Auflagen kompromißlos abgelehnt.³

Hinauswurf des IMF

Wo der IMF vorgeht, folgen in der Regel die Privatbanken. Ende September d.J. drohte die New Yorker Citibank mit der Auflösung des Konsortiums der Gläubigerbanken und der Eröffnung von Gerichtsverfahren gegen die peruanische Regierung, wenn das Land „nicht eine größere Summe bezahlt“.

Das Problem ist jedoch, daß Peru nicht zahlen kann. Die Außenverschuldung des Andenlandes entspricht 80% seines Bruttoinlandsprodukts bzw. dem Sechsfachen seiner jährlichen Exportsumme. Alleine durch den Erdölpreisverfall wird das Land in diesem Jahr 500 Mio \$ weniger an Deviseneinnahmen haben. Ähnlich ungünstig sieht die Situation bei den anderen Hauptexportgütern Perus (Fischmehl, Kupfer, Silber) aus.

Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 828 \$ auf das Niveau von 1966 abgesunken, was in dieser krassen Weise in keinem anderen Land Lateinamerikas der Fall ist. Damit steht Peru in der Liste der 25 wichtigsten Staaten Lateinamerikas und der Karibik gerade noch auf dem 19. Platz.

Durch eine jährliche Inflation von etwa 158% (1985) ist der monatliche Mindestlohn nur noch umgerechnet 40 \$ wert. Die Kindersterblichkeit liegt im Schnitt bei 10% der Neugeborenen.⁴

Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der peruanischen Regierung werden von der Notwendigkeit diktiert, einen Ausweg aus dieser wirtschaftlichen und sozialen Misere zu finden. Das wird auch an den Worten des Wirtschafts- und Finanzministers Luis Alva Castro deutlich, der im August d.J. erklärte, „der Staatshaushalt 1987 soll die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Landes sicherstellen,

und nicht die Bezahlung der Auslandsschuld“.

Allerdings beabsichtigt Alan García nicht zur Lösung der Krise die Grundpfeiler der unterentwickelten kapitalistischen Wirtschaftsstruktur Perus anzugreifen. Ebenso betont die peruanische Regierung immer wieder, daß sie ihren internationalen Zahlungsverpflichtungen gerne nachkommen möchte (wobei sie im ersten Jahr ihrer Amtszeit sogar das Doppelte der angekündigten 10% überwiesen hat), es aber einfach nicht kann.

Ausgrenzung der Linken

Diese Zusammenhänge werden in Washington offensichtlich mißverstanden, sonst wäre es nicht zu solchen Überreaktionen gekommen. Allerdings mag auch Perus antiimperialistische Außenpolitik zur US-amerikanischen Haltung beitragen.

Bereits im Mai d.J. hatte Alan García angekündigt, die diplomatischen Beziehungen zu jedem Land abzubrechen, das Nicaragua angreift. Peru ist Hauptarchitekt der Contadora-Unterstützungsgruppe, tritt für Abrüstung, Nichtpaktgebundenheit und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung ein. Im September d.J. forderte der peruanische Außenminister Allan Wagner vor der UN-Vollversammlung die USA auf, sofort ihre militärischen und paramilitärischen Aktionen gegen Nicaragua einzustellen.⁵

Die Bilanz der Regierungspolitik Alan Garcías ist jedoch nicht vollständig, wenn man nur die positiven Aspekte berücksichtigt. Allein die Tatsache, daß sich seine Regierung nicht an die 10%-Grenze bei der Schuldenbedienung gehalten hat, läßt Zweifel über die Absicht entstehen, die als notwendig erkannte Wirtschaftspolitik ohne faule Kompromisse durchzuhalten.

Obwohl die APRA mit 50% der Stimmen bei den Wahlen von 1985 die absolute Mehrheit erzielen konnte, ist eine konsequent antiimperialistische Politik nicht ohne das revolutionäre Parteienbündnis Vereinigte Linke (IU) denkbar, das aus den Wahlen mit 27% als zweite Kraft hervorging. Nur dann sind Verfassungsänderungen und die Unterstützung durch die Gewerkschaften möglich.

Aber obwohl sich die IU hinter jede positive Maßnahme der APRA-Regierung stellt, lehnt Alan García eine Zusammenarbeit kategorisch ab. Abgeordnete der IU werden auch von Regierungsvertretern als „Subversive“ bezeichnet, was der reaktionären Armee- und Polizeiführung direkt in die Hände spielt.

Liegt das vielleicht daran, daß die Kommunistische Partei Perus (PCP) eine zentrale Rolle in der IU spielt? Dann näm-

lich würde die Haltung Alan Garcías gegenüber der IU in den Rahmen der Politik der Sozialistischen Internationale (SI) passen, die – wo immer möglich – eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnt.

Wie wichtig der erst 37jährige Alan García der SI ist, zeigte die Tatsache, daß ihre letzte Tagung in Lima abgehalten wurde. Wenn aber die politische und – kaum überwältigende – finanzielle Unterstützung der SI davon abhängt, daß die APRA der Linkskoalition IU die kalte Schulter zeigt, wäre das ein sehr hoher Preis für Perus Zukunft.

Weiter wird Alan García vorgeworfen, bis heute weder Polizei noch Militär unter seine Kontrolle gebracht zu haben. In der Tat führen sich die Uniformierten in Peru auf, als sei der Präsident nur von ihnen geduldet. Bei Streiks und Demonstrationen wird wie in alten Zeiten drauflos geknuppelt und geschossen.

Die Regierung schweigt zu diesen Vorgängen, zumal die Gewerkschaften den Parteien der IU nahestehen und die APRA dort kaum verankert ist (Ausnahme: Zuckerrohrarbeiter). Es kommt nicht selten vor, daß Gewerkschafter oder Politiker der IU unter dem Vorwand verhaftet oder umgebracht werden, sie seien Senderistas.



In Ayacucho ist das Militär allgegenwärtig

Etwa 100 Häftlinge, die sich nach schweren Kämpfen ergeben hatten, wurden nachträglich durch Schüsse in Kopf und Mund ermordet. Anschließend erklärten die Streitkräfte die Gefängnisse zu militärischen Sperrgebieten, in die auch Regierungsbeamte nicht hinein durften. Ähnlich verhalten sich die Militärs in den Gebieten, die sie zum Zweck der Guerillabekämpfung von der Außenwelt abschneiden, und in denen sie ganze Dörfer auslöschen.

Zwar mußten nach der Gefängnisrevolte der Justizminister, der Polizeichef Limas



AUS DEM INHALT :

Neue Erkenntnisse über Supergau

Ausstieg - aus den AKW's oder dem Staat?

Widerstandsperspektiven

- Debatte um die „offenen Briefe“
- Perspektiven der „neuen Bewegung“ - Interview -
- Demonstration in Hanau
- Blockaden in Stade
- Brokdorf-Nachlese
- Volksentscheid

SPD: Mehr Ausstieg wagen

Kriminalisierung (radikal-Verlautbarung)

Wackersdorf

- Chronik
- Situationseinschätzung
- Polizeiaufrüstung
- radi - aktiv angeklagt

Herzschläge

Standorte

- Cattenom, Kalkar, Hamin, Stade

Jeder Mann ein potentieller Vergewaltiger?

Libyen: Vorschlag zum Tag X

Atom

setzt sich kritisch mit der Friedensbewegung und den Grünen auseinander

Atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, ein Abo kostet 25 DM (5 Ausgaben); diese Doppelnummer Okt./Nov. 86 kostet 5 DM (88 Seiten) und kann bestellt werden bei:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158

und der Oberbefehlshaber der Republikanischen Garde zurücktreten. Zwar wurden sogar 95 Polizisten dieser kasernierten Einheit verhaftet. Die für den Einsatz verantwortlichen Armee-Offiziere jedoch blieben ungeschoren.⁶ Ebenso wurde bis heute nicht ein einziger von den zum Teil namentlich bekannten Armeemoffizieren vor Gericht gestellt, die für Massaker, Morde und Folter in den Indianergebieten der Anden verantwortlich sind.

Die meisten der höheren Offiziere haben übrigens ihre „demokratische“ Gesinnung in US-Ausbildungsstätten erhalten. Nicht von ungefähr wird das Hauptquartier der peruanischen Streitkräfte im Volksmund „Pentagonito“ – kleines Pentagon – genannt.

Wie schon erwähnt, beschuldigen die Militärs die Mitglieder der IU der Zusammenarbeit mit dem Leuchtenden Pfad. Das ist mehr als absurd. Die Senderistas haben z.B. wiederholt Bürgermeister der Linkskoalition umgebracht. Die Propagandaspezialisten der Streitkräfte nutzen hier die Verwirrung, die dadurch entstanden ist, daß die Senderistas ihre Organisation offiziell ebenfalls als „Kommunistische Partei Perus“ bezeichnen.

„Beispielhafte Revolution“?

Wie wenig sie allerdings mit der PCP gemein haben, zeigt folgender Sendero-Originalton:

„(Unser) Vorsitzender Gonzalo ist der größte lebende Marxist-Leninist... Wir sind die einzige marxistisch-leninistisch-maoistische Partei der Welt, die sich bewaffnet erhoben hat. Unsere Revolution ist beispielhaft.

Wir rufen in alle Himmelsrichtungen: Wir sind Maoisten und wir sind die Anführer einer strategischen Offensive der Weltrevolution. Dies ist ein Prozeß, der zwischen 50 und 100 Jahre dauern wird und an dessen Ende alle Imperialisten und ihre Lakaien hinweggefegt sind.“⁷ Gonzalo ist der Deckname des Philosophieprofessors Abimael Guzman, der die Senderistas seit ihrem ersten öffentlichen Auftreten 1980 in der Provinz Ayacucho anführt.

Zu der Frage, warum diese Bewegung gerade in Ayacucho ihren Anfang nahm, meinte Jorge del Prado, Vorsitzender der PCP: „Man darf nicht außer acht lassen, daß in Peru das Nationalitätenproblem der Quechua und Aymara besteht... Insbesondere jene Siedlungsgebiete mit geringer wirtschaftlicher Bedeutung ... blieben isoliert, wie z.B. die Region von Ayacucho. Das Volk von Ayacucho denkt als Quechua-Volk... Es besteht also eine uralte, eigenständige Tradition. Das hat sich Sendero zunutze gemacht, und die Stärke von Sendero resultiert

hier aus der Schwäche der Linken, denn nicht einmal wir haben diesen Faktoren die nötige Aufmerksamkeit geschenkt.“ Die jahrhundertelange Unterdrückung der Indios macht es den Senderistas leicht, sie zum Kampf gegen Weiße und Mestizen (der Mehrzahl der Bevölkerung Perus) aufzurufen. Dazu kommen die elenden Lebensbedingungen, die in den Indiogebieten der Anden noch unter dem ohnehin schon niedrigen peruanischen Durchschnitt liegen.

In der Andenregion beträgt die Lebenserwartung im Schnitt nur 45 Jahre. Die Kindersterblichkeit liegt hier sogar bei 240 per 1.000. Und was der Boden hergibt, reicht kaum zum Überleben.

Militärputsch provozieren!

Trotz dieser Bedingungen ist die Unterstützung der Indiobauern für die Senderistas nicht ungeteilt. Z.B. verbietet Sendero Luminoso den Bauern der „befreiten“ Gebiete, Nahrungsmittel über die Dorfgrenze hinaus zu liefern, damit jede Gemeinde absolut autark wird. Nach der Einnahme eines Dorfes werden erst einmal alle Beamte, Polizisten und Soldaten „hingerichtet“. Das gleiche Schicksal erwartet Bauern, die nicht mit den Senderistas zusammenarbeiten wollen.

Dazu wieder ein Sendero-Zitat: „Morde (an der Zivilbevölkerung)? Nein, davon kann keine Rede sein. Das Volk kämpft nicht gegen das Volk. Wohl aber gibt es Hinrichtungen. Denn es gibt die, die für die Unterdrücker, und die, die für den Volkskrieg sind. Man muß sich entscheiden, ob man sich auf die Seite des Volkes oder auf die seiner Feinde stellt.“⁸

Es erstaunt deshalb nicht, daß nach Ansicht der Senderistas „die Regierung Alan García nichts weiter als die Fortsetzung der Herrschaft der Reaktion“ ist.⁹ Woraus der Sendero Luminoso nach seiner ihm eigenen Logik folgerichtig schließt, daß man alles tun muß, um einen Putsch faschistischer Militärs zu provozieren und somit „dem Regime die Maske zu entreißen“.

Die Zeche für den Krieg zwischen Senderistas und Militärs mußte allerdings bis jetzt das peruanische Volk zahlen – mit 10.000 Toten.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Newsweek, New York, 13.1.1986
- 2) Angaben nach: Nachrichten für den Außenhandel, 19.9.1986 und El Pais (EP), Madrid, 12.8.1986
- 3) Vgl. Financial Times, London, 25.6.1986; EP, 30.7.1986; Le Monde, Paris, 4.4.1986 und EP, 23.8.1986
- 4) Angaben nach: EP, 29.9.1986, 23.8.1986 und 16.8.1986
- 5) Vgl. EP, 23.5.1986, 23.9.1986
- 6) Vgl. EP, 26.6.1986
- 7) Que Hacer, Lima, Februar-März 1985
- 8) Ebenda
- 9) Ebenda

AIB

Sonderheft 4/86

2,50 DM

EXKLUSIV:

Interviews mit
A. Borgmann
(Die Grünen)
K. H. Hansen
(Friedensliste)

Dritte-Welt-Politik der BRD



Bilanz der Wende-Regierung • Alternativen der Opposition

Inhalt

<i>Peter Wahl</i> „Weiter so Deutschland!“	II
<i>Wolfram Brönner</i> Weltpolitik à la Kohl Bonn und Nikaragua Bonn und Südliches Afrika Anti-Apartheid-Bewegung	III IV VII VIII
<i>Michael Mohnke</i> Warnkes „Neuorientierung“: Die Entwicklungspolitik seit der „Wende“ J. Warnke zu den neuen „Grundlinien der Entwicklungspolitik“	X XIII
<i>Dieter Boris/ Jörg Goldberg</i> Wirtschaftsexpansion der BRD und ihr Anteil an der Verschuldungskrise	XIV
<i>Dieter Boris/ Jörg Goldberg/ Nico Biver</i> Alternativen zur BRD-Position in der Schuldenfrage	XXIV
<i>Rainer Falk</i> Entwicklungspolitik: Einstellen oder umstellen? AIB-Umfrage bei Oppositionsparteien Alternativen zur Bonner Dritte-Welt-Politik	XXVI XXX
<i>Aktions- und Materialspiegel</i> Neuere Bücher zur Dritte-Welt-Politik. Informations- und Aktionshinweise	XXXIV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/246 72

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebe-
háj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas
Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter: Rainer Falk

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main.,
Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank,
Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto);
Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM
(zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft:
3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr
Exemplaren 33% Ermäßigung.
Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst
in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme
von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Redaktionsschluss: 6. November 1986

Anzeigen: Plambeck & Co, Gerd J. Holtzmeier Verlag, Welt-
kreis Verlag, links

Titel: Karikatur von Stefan Siegart

Fotonachweis: AIB-Archiv, Iz. Friedensliste, Die Grünen,
BMZ, AAB



Spätestens seit der Asyldebatte des letzten Sommers ist bis zu den Stammischen der Republik die Erkenntnis durchgedrungen: Das, was in der sog. Dritten Welt geschieht, hat unmittelbare Auswirkungen auf uns.

Die Zeiten, in denen Goethe einen Spießer im „Faust“ über die Völker „hinten weit in der Türkei“ sagen lassen konnte, „sie mögen sich die Köpfe spalten, mag alles durcheinandergehen; doch nur zu Hause bleib's beim alten“, sind vorbei. Die gigantischen Probleme der Dritten Welt – und das sind die Probleme von 3 Mrd Menschen! – greifen zunehmend auf unsere Innenpolitik über und reichen bis in unseren Alltag.

Dritte Welt heute „in“

Die etablierten politischen Kräfte haben das begriffen und reagieren darauf – natürlich auf ihre Weise.

Da macht Geißler einen CDU-Kongreß über Menschenrechte in Lateinamerika, der Bundespräsident setzt sich für die Erhaltung der tropischen Regenwälder ein, Willy Brandt gründet eine Stiftung zur Erforschung des Zusammenhangs von Rüstung und Unterentwicklung, und alle machen sie mit beim „Tag für Afrika“.

So mancher altgediente Solidaritätsbewegte kann es gar nicht fassen, daß „sein“ Thema nicht länger exklusives Revier exotischen Spezialistentums ist. Stattdessen ist das Thema Dritte Welt zum fest etablierten Feld der Innenpolitik geworden. Das ist neu, aber kein Grund für die Solidaritätsbewegung, sich jetzt vornehm aus dem Getümmel rauszuhalten.

Vielmehr kommt es darauf an, die Chancen, die in der gestiegenen Popularität des Themas liegen, zu ergreifen und kräftig mitzumischen. Das gilt auch für die Bundestagswahl, zumal es hier auch für unsere Sache zwar nicht um alles oder

nichts, aber doch schon um einiges geht. Zuerst natürlich um die Frage Frieden und Abrüstung. Das ist ureigenes Thema der Solidaritätsbewegung. Die militärische Konfrontationspolitik des Imperialismus, der Hochrüstungskurs der NATO, die Linie der sozialen Revanche haben in der Dritten Welt schon viel Unheil angerichtet, und es droht noch schlimmeres.

Und Bonn, in Treue fest, ist immer mit dabei; kein Wort der Kritik, keine Distanzierung. Siehe Grenada und Libyen und Angola und Malwinen und Nikaragua und Chile und Südafrika und, und, und...

Und dann SDI! Selbst wenn kein Schuß fällt: Gesundheitskampagnen, solidarische Entwicklungshilfe, Lösung der Schuldenkrise, Reform der internationalen Wirtschaftsbeziehungen – das wird man erst einmal alles vergessen können. Allein durch seine ökonomischen Effekte wird das Sternenkriegsprogramm für Millionen Menschen zur Hölle auf Erden.

Wie lange wird es dann noch dauern, bis Armut und Elend in der Dritten Welt, kombiniert mit Bevölkerungsexplosion und Ressourcenverknappung, zu sozialen und politischen Katastrophen führen, von denen man sich heute keine Vorstellung machen kann?

Wie lange wird es noch dauern, bis ökologische Probleme – Vormarsch der Wüsten, Wasserknappheit, Abholzung usw. zu einem globalen Kollaps der Ökosphäre führen?

Dem Kanzler und seinen Ministern sind diese Probleme weitgehend egal. Mit ebenso selbstgefälliger Ignoranz wie biederemännlicher Skrupellosigkeit verfolgen sie weiter ihre Geschäfte – business as usual.

Und das ist wörtlich zu verstehen. „Entwicklungsminister“ Warnke, durchaus nicht scherzhaft auch als Siemensminister bezeichnet, versteht Entwicklungspolitik hauptsächlich als Exportförderung für die Industrie – mit Vorliebe für die Firma Siemens. Details sind in diesem Heft nachzulesen.

Plattform links von der CDU

Ausgerechnet in einer Zeit also, in der sich die Zukunft der Dritten Welt „ver-zweifelt und düster abzeichnet“ (Fidel Castro), haben wir eine Regierung, die gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer gleichgültig ist und ihre Dritte-Welt-Politik ausschließlich an den Interessen der großen Konzerne, des militärisch-industriellen Komplexes und

den Weltherrschaftsplänen der USA ausgerichtet.

Und die Alternative?

Zur Wahl haben alle oppositionellen Kräfte programmatische Aussagen für eine neue Dritte-Welt-Politik vorgelegt. Die Vorschläge von SPD, Grünen und Friedensliste weisen in den Grundzügen eine erstaunliche Übereinstimmung auf. Alle erkennen die Bedeutung des Zusammenhangs von Frieden und Entwicklung, haben unsere Verantwortung für die Lösung der globalen Probleme erkannt, fordern einen Bruch mit der imperialistischen Konfrontationspolitik. Alle machen sich die Grundforderungen der Dritten Welt zur Umgestaltung der Weltwirtschaft zu eigen und ergreifen eindeutig Partei zu Brennpunkten des antiimperialistischen Kampfes, wie Nicaragua und Südafrika.

Natürlich gibt es auch Differenzen, hier und dort Inkonsequenz, Halbheiten und Fehleinschätzungen. Auf alle Fälle aber ist für den Dritte-Welt-Bereich die Übereinstimmung so groß, daß eine Plattform für eine Mehrheit links von der CDU leicht zu erreichen wäre (die Betonung liegt nicht nur auf „Mehrheit“, sondern auch auf „links“!).

Sehr viel bewegt hat sich dabei zumindest programmatisch in der SPD. Die Grünen, in vielen Fragen der Dritte-Welt-Politik der SPD ohnehin immer schon voraus, haben ihre Positionen weiter konkretisiert und dabei antiimperialistische Konturen deutlicher herausgearbeitet. Für die Friedensliste gilt dies ohnehin.

Viele Forderungen, die die Solidaritätsbewegung aufgestellt hat, finden sich also heute in den Wahlprogrammen der Oppositionsparteien. Das ist wichtig über den Wahltag hinaus. Denn unabhängig davon, wie es am 25. Januar 1987 ausgeht, die Solidaritätsbewegung hat hier die Chance – unter Wahrung ihrer parteipolitischen Autonomie – an Einfluß und Breite zu gewinnen.

Sie kann dazu beitragen, die verschiedenen oppositionellen Strömungen zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen. Sie kann dabei helfen, einen demokratischen Block der Veränderung zu formieren. Einen solchen Block der Veränderung brauchen wir, wenn sich in diesem Land entscheidendes ändern soll – auch in der Dritte-Welt-Politik.

Das ist nicht nur eine wahltaktische Überlegung, z.B. über rosa-grüne Koalitionen u.ä., sondern eine langfristige strategische Orientierung. Denn eines ist sicher: Bloß nicht weiter so – *Bundesrepublik Deutschland!* Peter Wahl



Wolfram Bröner

Weltpolitik à la Kohl

Die BRD als Komplize und „Partner“

Inzwischen gehört es fast schon zum Alltagsgeschäft, wenn die konservativ-liberale Regierung Kohl in weltpolitischen Fragen für Zündstoff sorgt. So jüngst gesehen, da sie sich als Bremsklotz gegen mögliche Abrüstungsschritte und gegen durchschlagende Anti-Apartheid-Sanktionen betätigte.

„Amerikas Versicherungspolice“

Nach dem Gipfeltreffen USA-UdSSR von Reykjavik im Oktober 1986, wo Abrüstungsvereinbarungen greifbar nahegerückt und nur am Beharren Ronald Reagans auf ihrem Weltraumwaffenprogramm SDI gescheitert waren, taten sich die Bonner Unionsführer als vom Wettrennen „Besessene“ hervor.

Bundeskanzler Helmut Kohl klopfte in seiner Regierungserklärung vom 6. November den US-Kurs fest, das von Reagan als „Amerikas Versicherungspolice“ verharmloste SDI dürfe nicht zum Verhandlungsgegenstand gemacht werden. Nicht unterstützenswert befand er die Forderung nach einem Atomteststopp, d.h. den Anschluß Washingtons an das einseitige sowjetische Moratorium.

Gegen die in Reykjavik erwogene Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles und SS-20) fand die CDU/CSU zusätzliche

Vorwände: Sie müsse an eine Regelung zu Kurzstreckenraketen und zum konventionellen Bereich gekoppelt werden.¹

Im Vorjahr hatte der Bundeskanzler, ähnlich seinem Außenminister Genscher (FDP), noch Vorbehalte gegenüber SDI angedeutet und einen Atomteststopp gutgeheißen. Nach dem Bonner Entscheid für eine bundesdeutsche SDI-Beteiligung aber schickte er sich an, gemeinsam mit der CDU/CSU-„Stahlhelmfraktion“ (Strauß, Dregger, Wörner) die republikanischen Ultras in Washington rechts zu überholen.

Mit ihrem Festklammern an die Weltraummilitarisierung wie an die Stationierung atomarer Erstschlagswaffen in Westeuropa demonstrierte die Regierung Kohl, daß ihr soeben von Genscher auf der UN-Vollversammlung in New York wieder einmal beschworener Friedens- und Abrüstungswille bloße Täuschung ist. Mit ihrem Sabotagekurs gegen faßbare Abrüstungsschritte im Genfer Verhandlungsprozeß begab sie sich in Gegensatz auch zur Dritten Welt, deren Votum gegen die Konfrontation und für Abrüstung sich im Rahmen der Vereinten Nationen und der Nichtpaktgebundenen (siehe Kurs des Harare-Gipfels, in AIB 11/1986, S. 4ff.) heute eindeutiger denn je widerspiegelt.

Bundeskanzler Kohl suchte während

Bonn und Nikaragua

Die Beteuerungen der Regierung Kohl, sie lehne es grundsätzlich ab, „die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen“, wurden bisher am augenscheinlichsten durch die Bonner Mittelamerikapolitik widerlegt.

Hilfszusagen in Höhe von 40 Mio DM an Nikaragua aus den Jahren 1981 und 1982, deren Auszahlung bereits unter der sozial-liberalen Koalition verzögert worden war, wurden 1984 de facto gestrichen. Hatte die Bundesregierung 1983 die Nichtauszahlung noch mit technischen Argumenten begründet, so machte sie Anfang 1984 die Fortsetzung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit von politischen Kriterien abhängig. Hierzu gehört, laut Entwicklungshilfeminister Warnke (CSU), daß „die Sandinisten ihren Revolutionsexport einstellen und ein Mindestmaß an Pluralismus verwirklichen“.

Diese Forderungen verdecken nur schlecht das Einschwenken der Bundesregierung auf die Reagan'sche Mittelamerikapolitik, zumal gleichzeitig die Entwicklungshilfe an das Regime in El Salvador wiederaufgenommen und dieses Land von ihr zum demokratischen Modell für Mittelamerika hochstilisiert wurde.

1984 flossen 50,6 Mio DM an das Duarte-Regime und 1985 weitere 48 Mio DM, obwohl Morde und Folterungen an Oppositionellen weitergehen und El Salvador sich durch Versorgungsflüge für die Contras an der Destabilisierung Nikaraguas beteiligt.

Genausowenig Skrupel bringt man auch dem Regime in Guatemala entgegen, für das die finanzielle und technische Hilfe 1986 um 38 Mio DM auf 58,84 Mio DM erhöht wurde. Unter diese Entwicklungshilfe fallen u.a. 10,6 Mio DM als Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe für die Polizei, die nachweislich weiterhin am Verschwindenlassen von Regimegegnern beteiligt ist. Ein Teil der Gelder an beide Länder wird zudem für Projekte verwandt, die Teil der Programme zur Aufstandsbekämpfung sind.

Neben der Einstellung der finanziellen Zusammenarbeit mit Nikaragua wurden auch andere Bereiche der Entwicklungshilfe eingeschränkt. Neue Projekte der technischen Zusammenarbeit wurden nicht mehr bewilligt und bestehende nur in Ausnahmefällen verlängert.

Auf den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) übt die Bundesregierung massiven Druck aus. Die Zahl der DED-Mitarbeiter wurde auf 25 reduziert, die nur noch mit privaten Trägern zusammenarbeiten dürfen. Nichtregierungsorganisationen wurden Zuschüsse verweigert, sofern sie in Nikaragua mit staatlichen Stellen zusammenarbeiten. Mit der Streichung der Entwicklungshilfe leistet die Bundesregierung einen gewichtigen Beitrag zum US-Destabilisierungskurs gegen Nikaragua. Aktiven Anteil daran hat das BMZ zudem, indem es über die Konrad-Adenauer- und die Friedrich-Naumann-Stiftung zivile Contra-Organisationen wie die Christlich-Soziale Partei, den Unternehmerverband COSEP, die Zeitung La Prensa und die sog. Menschenrechtskommission CPDH finanziert.

Obwohl die Bundesregierung und die Koalitionsparteien immer wieder betonen, daß sie



Außenminister Genscher (FDP), 1983 in Nikaragua, verlor in der Rechtskoalition ständig an Boden gegenüber den Ultrakonservativen

eine militärische Lösung der Konflikte in Mittelamerika ablehnen, ist bisher eine Verurteilung des Kontrarkrieges Washingtons ausgeblieben. Noch 1983 ließ die Regierung Kohl erklären, sie wisse nichts von einer Unterstützung der Contras durch die USA.

Wie auch bei anderen weltpolitischen Fragen bleibt Kritik aus, da – so die CDU/CSU in einer Erklärung nach der Verhängung des Wirtschaftsembargos seitens der Reagan-Administration im Mai 1985 – die Priorität des Bündnisses mit den USA „für jeden klar sein müßte“.

Dies ist auch der Grund dafür, daß die Bundesregierung den Bemühungen der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Venezuela, Kolumbien), eine friedliche Beilegung des Mittelamerikakonflikts zu erreichen, eine ähnlich wirksame Unterstützung zukommen läßt wie die USA selbst. In Worten spricht sie sich für eipe Verhandlungslösung aus, stellt sich aber auf die Seite El Salvadors, Honduras' und Kostarikas, die bisher auf Anraten Washingtons jede Übereinkunft torpediert haben.

Den Contadora-Friedensbemühungen zuwider läuft zudem das Drängen der Unionsparteien, Nikaragua von der Mittelamerika-Hilfe der EG auszuschließen. In der Bundesrepublik versuchen sie durch die Diskreditierung Nikaraguas und der Solidaritätsbewegung den Boden für eine Ausweitung der US-Intervention zu bereiten.

Dem dienen vor allem eine Menschenrechtskampagne von CDU/CSU und Gruppen aus ihrem Umfeld sowie Bemühungen, die Medien auf antisandinistischen Kurs zu bringen. Einen Höhepunkt hat diese Kampagne anlässlich der Entführung von acht bundesdeutschen Brigadisten und der Ermordung des Aufbauhelfers Berndt Koberstein im Juli 1986 erreicht, als versucht wurde, die Solidaritätsbewegung und die Sandinisten für die Untaten der von Washington ausgehaltenen Contras verantwortlich zu machen.

Ein Dorn im Auge sind der Rechtsregierung vor allem die zunehmende Zahl von Städte- und Länderpartnerschaften und anderen Formen der Zusammenarbeit mit Nikaragua, die mit Unterstützung der Grünen, der DKP und der SPD vereinbart wurden. Ob der Desinformation der Rechtsparteien Erfolg beschieden sein wird, dürfte nicht zuletzt von den Aktivitäten der Solidaritätsbewegung und der Interventionsgegner, sei es innerhalb oder außerhalb der Parteien links von der CDU, abhängen.

N. Biver

und nach seiner Washington-Visite Ende Oktober 1986 von der eigenen Sabotage-rolle (und der Reagans) abzulenken, indem er Schuldzuweisungen ausgerechnet auf Michail Gorbatschow, den Initiator einer Serie radikalster Abrüstungsinitiativen ablad.

Er tat dies in einem Newsweek-Interview, wo er Gorbatschow dreist mit Hitlers Kriegspropagandisten Goebbels, also dem Einpeitscher des Überfalls auf die Sowjetunion (1941), verglich.

Da half es dem CDU-Vorsitzenden auch wenig, daß er an gleicher Stelle befand: „Ich bin kein Dummkopf... Ich bin kein amerikanischer Vasall... Ich bin ein Partner.“ Dies habe er nachgerade mit „seiner für viele Leute in Washington enttäuschenden ... differierenden Position zu Libyen“ untermauert.

Doch „die Amerikaner“ seien im Gegensatz zu Moskau „unsere Freunde“, weil es bei ihnen „keinen Gulag gibt. Die Amerikaner marschieren nicht in Afghanistan ein“.²

In der Tat, Herr Bundeskanzler, und auch (noch) nicht in der UdSSR, Kuba, Nordkorea, Angola oder Nikaragua. Aber im Leitlinien-Dokument der Regierung Reagan für 1984-88³ sind erstere als vorrangige Eroberungsziele der US-Atomkriegsplaner überdeutlich markiert.

„Einmarschiert“ sind übrigens „unsere Freunde“ längst andernorts, so etwa in Korea (weiterhin US-Stationierungsland!), Vietnam, Libanon (1982-84), Grenada (1983) und – auf dem Luftweg – im April 1986 in Libyen. Und gegen die Revolutionsregimes Nikaraguas, Angolas, Moçambiques oder Afghanistans managen sie vorerst „nur“ die Destabilisierung und den Krieg der Contras bzw. des Apartheidregimes, wohlgermerkt ohne eine letztendliche US-Invasion auszuschließen.

Wo in diesem Reagan'schen Weltneuordnungsszenario, so ist zu fragen, steht eigentlich heute, 4 Jahre nach der Inthronisierung der „Wende“regierung, die Bundesrepublik?

Paradefall Libyen

Nehmen wir Kohls Paradefall Libyenkrise.

Vor dem US-Luftangriff vom 15. April 1986 auf Libyen strickte die Bundesregierung mit am zweifelhaften „Terrorismus“-Vorwand gegen Ghaddafi, zog allerdings bei dem von Washington verlangten Wirtschaftsboykott nicht mit.

Nach dem Angriff warb Kohl für „Verständnis“ gegenüber dem Aggressor. Nicht der NATO-Vormacht, sondern den Opfern ihres Kriegsaktes bzw. der libyschen Revolutionsführung wies er die Schuld zu, indem er sie als „Herd

regionaler Destabilisierung", „Zentrum des internationalen Terrorismus" und der „direkten Aggression" (u.a. gegen Ägypten!) in einem bezichtigte.

Der Kanzler tat dies ungeachtet des Tatbestands, daß der sog. „Vergeltungsschlag" von bundesdeutschem Boden aus vom NATO-Oberkommandierenden Rogers geleitet und hier stationierte Pershing II startklar gemacht worden waren. Auch die darin angelegte Gefahr einer überregionalen Kriegeskalation nahm die Rechtskoalition fügsam hin. Die sowjetische Initiative zur Entmilitarisierung des Mittelmeerraumes und einer Verhandlungslösung der Libyenkrise ließ sie links liegen.

Anschließend gab es keine Bonner Verurteilung des US-Staatsterrorismus, wohl aber politische Rückendeckung für ihn. Am 21.4.1986 beschloß man in der EG diplomatische und teilweise wirtschaftliche Sanktionen (Nahrungsmittel) mit, wahrte aber angesichts des Rückzugs des US-Kapitals die BRD-Vorzugsstellung als zweitgrößter Handelspartner und vormals dritt-, jetzt zweitgrößter Auslandsinvestor Libyens.⁴

Fazit des Libyen-„Tests": Im Ernstfall verspricht die Regierung Kohl dem „Partner" USA vorrangige militärisch-politische Gefolgschaft, allerdings gepaart mit dem offenen Anspruch, dies zur Erringung wirtschaftlicher Eigenanteile auszunutzen.⁵

Das lautere Pochen der „Wende"-Regierung auf bundesdeutsche Eigeninteressen hat seine reale Grundlage im wirtschaftlichen Aufstieg, der sich bis Mitte der 80er Jahre im je zweiten oder dritten

Libyenkrise im April 1986: 30000 demonstrierten in Bonn gegen Reagans Neoglobalismus und dessen Förderung durch die Regierung Kohl



Pershing II, seit 1984 in der BRD einsatzbereit, wurden während der Libyenkrise startklar gemacht

Rang als Warenexporteur, Kapitalexporteur, Gläubiger- und Geberland von öffentlicher Entwicklungshilfe gegenüber der Dritten Welt widerspiegelte (siehe Beiträge von Boris/Goldberg und Mohnke). Als neokoloniale Großmacht kommt ihr im Wettstreit mit dem anderen Aufsteiger Japan zugute, daß sie als führender multilateraler Finanzier innerhalb der EG und als nunmehr Zweitplatzierte hinter den USA in den maßgeblichen internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und Weltwährungsfonds deren geballte Macht vermehrt für eigene Terraingewinne mit in die Waagschale werfen kann.

Die für den Zeitraum 1981-85 zu beobachtende Rückläufigkeit der Anteile der Dritten Welt am gesamten BRD-Außenhandel (Exporte von 17,8 auf 12,4%, Importe von über 25% auf 15,5%) und an den weltweiten Direktinvestitionen der bundesdeutschen Konzerne (von 21,2% auf 15% des Bestandes)⁶ heißt im übrigen nicht, daß man in Bonn und den Chefetagen der hiesigen Multis der Wirtschaftsexpansion gen Süden fortan einen geringeren Stellenwert beimißt. Die gebremste Expansion ist vornehmlich ein Reflex auf die tiefe Wirtschaftskrise der Entwicklungsländer (Verschuldungskrise, Rohstoffpreisverfall, Binnenmarktverengung usw.) und vorerst als vorübergehende Erscheinung zu werten. Und in der Strategie von bundesdeutschen Weltkonzernen und Regierungsstellen jedenfalls wird dem weiteren Vormarsch auf Märkten und Anlagensphären in den Niedriglohnländern der Dritten Welt (Auslandsbeschäftigte der BRD-Konzerne 1983 ca. 1,4 Mio, davon über 50% in Entwicklungsländern!) auf absehbare Zeit eine eher erhöhte Bedeutung beigemessen.⁷ Die hier winkenden Kosten- (Extraprofite!) und Standort-

vorteile sollen für den Ausbau der BRD-Position gegenüber der weltwirtschaftlichen Spitzenkonkurrenz ins Feld geführt werden.

Nach Ansicht der Bonner Konservativen gilt es, sie staatlicherseits noch stärker zu fördern mit dem Ziel, sie in einen stetigen weltpolitischen Gewichtszuwachs umzumünzen. Zugleich schalteten sie auf einen ähnlich konfrontativen Kurs wie die Regierungen Reagan und Thatcher gegenüber den weltwirtschaftlichen Reformforderungen der Habenichtse um.

Andererseits zogen sie aus dem hochgradigen Angewiesensein der BRD-Industrie auf Rohstoffzufuhren aus der Dritten Welt sowie aus der verglichen mit den USA, Frankreich, Großbritannien (noch) deutlich geringen dortigen Militärpräsenz den Schluß, daß Bonn eine engere „sicherheitspolitische" Anknüpfung an die globale Interventionsmacht USA und eine erweiterte Rolle innerhalb der NATO-Arbeitsteilung zu betreiben habe.

Nein zu Reformwünschen

Unter diesen Vorzeichen vollzog sich die von Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) schrittweise durchgesetzte sog. „Neuorientierung" der bundesdeutschen Entwicklungspolitik (siehe im Einzelnen M. Mohnke). Dieses in den „Grundlinien" der Regierung Kohl vom März 1986 zur Umpolung gediehene Konzept läuft im Kern darauf hinaus:

- die Entwicklungshilfe vorrangig zur Förderung des privaten Waren- und Kapitalexports (erweiterte Lieferbindung, Mischfinanzierung, Investitionsgarantien usw.) und zur Verpflanzung „marktwirtschaftlicher Elemente" bzw. „Ordnungen" in die Zielländer einzusetzen;
 - die Grundanliegen der Entwicklungsländer nach Wiederaufnahme globaler Verhandlungen („Nord-Süd-Dialog", seit dem Gipfel von Cancun 1981 stillgelegt) über Strukturreformen der Weltwirtschaft oder über Rüstungskürzungen der Weltmächte zugunsten erhöhter Entwicklungshilfe werden strikt abgewiesen;
 - Ländern, deren eigenständiger Entwicklungsweg Warnkes „ordnungspolitische" Grenzen überschreiten (von wegen Selbstbestimmungsrecht!) oder deren Wohlverhalten gegenüber der Weltpolitik der Westmächte zu wünschen übrig läßt, werden mit Mittelstreichung bedroht (derzeit etwa Zimbabwe) oder abgestraft (so Tansania, Nicaragua).
- Das Auftreten der Regierung Kohl auf den weltpolitischen Foren der UNO, der Weltbank, des Internationalen Wäh-



BRD-Konzerne (wie hier Rössing) sind an der völkerrechtswidrigen Ausbeutung der Uran-Vorkommen im okkupierten Namibia beteiligt

rungsfonds (IMF) usw. zeichnet sich folgerichtig durch ein unnachgiebiges Festhalten am neokolonialen Status quo aus. Während sich die sozialliberale Koalition einer gelegentlich kompromißfähigen Hinhaltepolitik befleißigt hatte, wurde von Bonn seit der „Wende“ die wirtschaftliche Gratwanderung der meisten Entwicklungsländer skrupellos ausgeschlachtet und ihre Kernanliegen gemeinsam mit den Hardlinern in Washington und London offen bekämpft: so die Forderungen nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, nach einer Demokratisierung von Weltbank und IMF oder nach einem UN-Verhaltenskodex bzw. der Kontrolle der Multis.

Mehr noch setzte das konservative Gespann auf eine Gegenoffensive, d.h. darauf, Kredit- oder Umschuldungsnot von Entwicklungsländern auszunutzen, um diesen eine „Politik der offenen Tür“ für die Multis (z.B. „Liberalisierungs“gesetze Indiens 1985, Mexikos, der Türkei u.a.), die Streichung von Subventionen für die Armen usw. zu diktieren.

In den Finanzinstitutionen IMF und Weltbankgruppe sorgte die Bonner Regierung ferner mit dafür, daß den auf Reagans „Abschußliste“ stehenden Staaten wie Nikaragua, Grenada (bis 1983), Vietnam oder jüngst dem sozialdemokratisch regierten Schuldenrebell Peru, die gewünschten Kredite versagt, Südafrikas geächtetes Apartheidregime hin-

gegen mit einem Milliardenkredit bedient wurde.

Zur Gegenoffensive im Rahmen der UNO blies das konservative Trio zunächst mit einer konzertierten Aktion gegen die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), wobei sich gegen deren „Politisierung“ und den senegalesischen Generaldirektor M'Bow einschob. Mit den Austritten der USA und Großbritanniens 1986/87 (sie bestritten 29,6% des Budgets) und der Bonner Androhung dessen bezweckt man, mittels einer finanziellen Lähmung auch die antineokolonialistische Ausrichtung (Neue Informationsordnung!) der UNESCO zu Fall bringen zu können.

Vorliebe für Diktaturen

Konfrontativ tritt die BRD heute auch in der Welthandelsorganisation UNCTAD, der Industrie- und Entwicklungsorganisation UNIDO oder gegen den Auftrag des UN-Namibiarates auf, bindende Sanktionen gegen die illegale Besetzung durch Südafrika sowie die Unabhängigkeit Namibias, das „laut UN-Generalsekretär Perez de Cuellar drängendste Problem der Entkolonialisierung“, gemäß der UN-Resolution 435 (1978) durchzusetzen.

Auffällig gestiegen ist seit der „Wende“ auch die Bonner Bereitschaft, erhöhte

wirtschaftlich-militärische Hilfe gerade an solche Staaten zu übernehmen, die im strategischen Kalkül der NATO gegen das sozialistische Lager eine Schlüsselrolle einnehmen, die in Regionalkonflikten als Interventionsbasen zur Verfügung stehen und/oder von revolutionären Aufstandsbewegungen erfaßt sind.

So zu verstehen ist die Konzentrierung von Sonderhilfen und Entwicklungshilfevergaben auf anrühigste Diktaturregimes wie jene Pakistans, der Türkei (1966/67 über 1 Mrd DM!), Südkoreas und Thailands. So erklärt sich die unverdrossene Stützung Israels, Südafrikas, Marokkos (Westsahara!) oder Indonesiens (Ost-Timor!), obgleich diese Musterfälle für krasse Menschenrechtsverletzungen, Angriffskriege oder für die illegale Besetzung fremder Territorien sind. So begründet ist ferner der BRD-Hilfeschub für die „Frontstaaten“ der Mittelamerikakrise (Honduras, El Salvador, Guatemala; siehe Kasten) oder des Südlichen Afrika (Namibia, Südafrika, Zaire). Und so motiviert ist schließlich die teils unverblühte, teils diskrete Förderung der CIA-Söldner und Contras, die gegen Afghanistan, Angola (UNITA), Moçambique (RNM) oder Nikaragua terroristisch zu Felde ziehen. In dieses Bild paßt denn auch die durchgängig destruktive Haltung der Regierung Kohl gegenüber internationalen politischen Verhandlungsinitiativen, sei

es zu Nikaragua (Contadora), zu El Salvador, zu Namibia/Südafrika, zum Golfkrieg, zum Nahostkonflikt, zur Afghanistan- oder Libyenkrise. Und hier fügt sich nahtlos der schon unter der SPD/FDP-Koalition angebahnte und nach der „Wende“ auf die Spitze getriebene BRD-Rüstungsexportboom ein, der sich nicht zufällig in Konfliktregionen massiert.

Eingangs der 80er Jahre hatte sich die BRD mit der weltgrößten Zuwachsrate (1971-80 nach Washingtoner Quellen 983%, Weltdurchschnitt 98%) ohnehin unter den Exporteuren von Groß-Waffen auf Rang 5 (hinter den USA, der UdSSR, Frankreich, Großbritannien), von Waffen- bzw. Munitionsfabriken gar auf Rang 1 hochgearbeitet.

Schrankenloser Rüstungsexport

Seit im April 1982 die Einschränkungsbestimmung, Rüstungslieferungen in „Spannungsgebiete“ seien nicht statthaft, gestrichen wurde, genügt die Feststellung „vitaler Interessen“ der BRD zur Exportfreigabe im Einzelfall. Diese werden von der Regierung Kohl so weit gefaßt, daß allein im Jahr 1983 nach amtlichen Angaben die Ausfuhr von 8,6 Mrd DM genehmigt wurde, d.h. mehr als im Zeitraum 1975-80 zusammengenommen (8,1 Mrd DM). Der seitherige Abschluß neuer Großaufträge für Kriegsschiffe, Kampfhubschrauber, Militär-LKWs, Panzer, Munitionsfabriken (eine z.B. im Mai 1985 mit den Saudis) usw. verweist auf weiter ansteigende Anteile auf dem ansonsten stagnierenden Rüstungsweltmarkt. Auf die Dritte Welt entfallen derweil rund 2/3 aller BRD-Rüstungsgeschäfte.

Apartheid-Präsident Botha (l.) und Sonderverbündeter Kohl im Juni 1985 in Bonn



Bonn und das Südliche Afrika

Politische und wirtschaftliche, auch militärische Beziehungen zu Südafrika, die Namibia als Bestandteil – sozusagen als 5. Provinz – des Apartheidstaates einschließen, waren und sind für die verschiedenen Bundesregierungen feste Größen ihrer Außenpolitik im Süden Afrikas. Auch die sozialliberale Regierungskoalition (1969-82) unterband diese Beziehungen nicht, die derzeitige konservativliberale Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP schon gar nicht.

Spätestens seit 1984 muß die Frage nach der Haltung zu Südafrika jedoch schärfer gestellt werden. Mit dem Beginn der anhaltenden Unruhen in Südafrika im Sommer 1984 wuchs auch die internationale Bereitschaft zur Isolierung des Apartheidregimes in aller Welt. Ein Umdenken unter Bonner Politikern wäre notwendig, um die BRD in die Boykottreihen gegen Südafrika einzubringen.

Einzelne Stimmen in den regierungstragenden Parteien CDU und FDP vertreten denn auch eine Position, die schärfere Sanktionen gegen Südafrika fordern; so etwa der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der FDP, Helmut Schäfer. Sie konnten sich jedoch nicht durchsetzen. So behält die BRD ihre Bremserrolle gegen Sanktionen auf der internationalen Ebene bei (siehe AIB 10/1986, S.3).

Während die Regierung Kohl in der Sanktionsfrage zu den Schlußlichtern gehört, nimmt sie in der Unterstützung der südafrikanischen Namibiapolitik eine Vorreiterrolle ein. Zwar hat das Bonner Außenministerium unter Hans-Dietrich Genscher die Einsetzung der sog. Interimsregierung, einer

Marionette Pretorias zur Verhinderung einer wirklichen Unabhängigkeit Namibias, im Juni 1985 offiziell nicht begrüßt, maßgebliche außenpolitische Vertreter der Regierungsparteien nahmen jedoch an den Einsetzungsfeierlichkeiten teil (siehe AIB 8-9/1985, S. 71).

Auch die Bereitschaft der BRD, an Namibia derzeit – also vor der Unabhängigkeit – Entwicklungshilfe zu leisten, muß als Unterstützung der südafrikanischen Besatzungspolitik gegenüber Namibia gesehen werden. Die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag, SPD und Grüne, haben diese anhaltende Kollaboration mit dem Apartheidstaat wiederholt angegriffen und weitergehende Beschlüsse in der Sanktionsfrage seitens der Regierung gefordert. Die SPD hat sich, zwischenzeitlich zur Forderung selektiver Sanktionen durchgerungen. Dies ist immerhin ein Schritt nach vorne, auch wenn es noch immer nicht den Forderungen des Widerstandes in Südafrika selbst, der mehrheitlich einen umfassenden Boykott für notwendig hält, gerecht wird.

Außer den Grünen hat bisher auch keine der im Bundestag vertretenen Parteien die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika, den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), als legitime Vertreter ihrer Völker anerkannt. Während CDU/CSU jedoch Gesprächskontakte mit Marionetten der Botha-Regierung, z.B. Gatscha Buthelezi, für angebracht hält, bevorzugt die SPD Gespräche mit den Vertretern von ANC und SWAPO. M. Kolter

Tabelle
Wirtschaftsbeziehungen BRD-Südafrika 1980-85
(Angaben jeweils in Mio DM)

	1980	1983	1984	1985
Ausfuhr	4.595	4.982	6.649	4.997
Einfuhr	1.797	2.742	2.973	3.163
– Anteil von Kohle an Gesamteinfuhr	–	26,8%	–	32,5%
– Anteil von Gold an Gesamteinfuhr	5,1%	7,0%	4,4%	9,2%
Ausfuhr „strategischer Güter“	–	350	242	–
Neue Direktinvestitionen	29,9	259,6	171,2	–
Verschuldung Südafrikas bei bundesdeutschen Banken	2.188	2.426	2.487	2.035 ¹⁾

1) Von entscheidender Bedeutung für Südafrika ist dabei, daß der Anteil der unter bundesdeutscher Konsortialführung an allen öffentlichen Anleihen von Juni 1982 bis April 1985 82,7% ausmachte.

(Zusammengestellt nach: Christen für Arbeit und Gerechtigkeit, Die deutsche Wirtschaft und Südafrika: Zur Notwendigkeit von Wirtschaftssanktionen, Heidelberg 1986; AIB-Sonderheft 1/1986. Südafrika. Apartheid und Widerstand; Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 6, Frankfurt, Juni 1986)

Anti-Apartheid-Bewegung Wahlprüfsteine

1. Wie stehen Sie zu umfassenden, bindenden Sanktionen gegen das Apartheidregime?
 2. Wie beurteilen Sie gezielte bundesdeutsche Maßnahmen gegen Südafrika wie z.B. den Importstopp von Kohle, Uran, Obst und Gemüse, Gold aus Südafrika, wie die Aufkündigung des Doppelbesteuerungsvermeidungsabkommens und den Vergabestopp von Hermeskrediten?
 3. Was unternehmen Sie konkret gegen Militärlieferungen nach Südafrika wie z.B. die Lieferung von Hubschraubern von Messerschmitt-Bölkow-Blohm im Juni 1985 an die südafrikanische Polizei, wie die Lieferung von Tausenden von UNIMOG- und Magirus-Deutz-Militärlastwagen während der letzten Jahre u.a.?
 4. Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß von 1983-85 bundesdeutsche Rüstungsgüter (nach Außenwirtschaftsverordnung, Ausfuhrliste Teil 1, Abschnitt A, B und C) an das Apartheidregime im Werte von 722 Mio DM geliefert worden sind?
 5. Welche Meinung vertreten Sie zu der Tatsache, daß die Bundesregierung Informationen zu Rüstungsexporten so gut wie verweigert, während die US-Regierung einer diesbezüglichen gesetzlichen Informationspflicht unterliegt? Was werden Sie in dieser Sache unternehmen?
 6. Wie stehen Sie zu den umfangreichen Lieferungen von Namibia-Uran in die Bundesrepublik? Welche Bedeutung hat für Sie das UNO-Dekret Nr. 1 von 1974 zum Schutze der namibianischen Bodenschätze und natürlichen Reichtümer?
 7. Wie stellen Sie sich zur bundesdeutschen Unterstützung der deutschen Schulen in Südafrika und Namibia?
 8. Welche Position vertreten Sie zur Gewährung bundesdeutscher Entwicklungshilfe für Namibia?
 9. Wie soll Ihrer Meinung nach die Umsetzung der UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 zur Unabhängigkeit Namibias konkret aussehen?
 10. Welche Rolle spielt für Sie die von den USA und Südafrika in die Namibia-Verhandlungen eingebrachte „Linkage“-Frage (Gewährung der Unabhängigkeit Namibias erst nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola)?
 11. Was gedenken Sie zur Umsetzung der Forderung nach Freilassung von Nelson Mandela und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia konkret zu tun?
 12. Wie definieren Sie Ihre Haltung zu den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO und wie sieht gegebenenfalls Ihre Unterstützung für diese beiden Organisationen aus?
 13. Wie stehen Sie zu dem Homelandführer und Inkatha-Vorsitzenden Gatsha Buthelezi?
 14. Wie sollen Ihrer Meinung nach im Rahmen internationaler Sanktionen gegen den Apartheidstaat die Frontstaaten im Südlichen Afrika gegen wirtschaftliche Repressalien Südafrikas unterstützt werden?
 15. Wie sollen die Frontstaaten im Hinblick auf die fortgesetzten kriegerischen Angriffe und subversiven Aktionen Pretorias unterstützt werden?
 16. Was unternehmen Sie konkret zur Umsetzung der Forderung der UNO, „die Konvention „Apartheid: Ein Verbrechen Gegen Die Menschlichkeit“ (1973) von der Bundesregierung ratifizieren zu lassen?
 17. Wie stehen Sie zu Sportkontakten zwischen der Bundesrepublik und Südafrika/Namibia?
 18. Wie soll Ihrer Meinung nach die Bewegung gegen die Apartheid in der Bundesrepublik am wirksamsten gestärkt werden?
- Nachtrag:**
19. Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß die Bundesrepublik zum wichtigsten Bankland für den Apartheidstaat geworden ist?
 20. Welche Haltung nehmen Sie zu der bundesdeutschen Beteiligung an den Umschulungsvereinbarungen für Südafrika ein?

Dabei sind die in den amtlichen und internationalen Statistiken zugrundegelegten Exportwerte der BRD-Rüstungskonzerne noch deutlich untertrieben. Denn sie schlagen die Vielzahl von Gemeinschaftsprodukten mit Unternehmen vor allem Frankreichs (Alpha Jet, Milan, Hot) und Großbritanniens (Tornado) einseitig letzteren zu, die eigentlich zu etwa 50% bundesdeutsch zu verbuchen wären. Und sie lassen die als „zivil“ deklarierten (Unimogs!) und illegalen Rüstungstransfers über Drittländer (Rheinmetall, MBB!) unberücksichtigt. So spiegelt heute die Massenpräsenz solcher Markenzeichen wie G-3-Gewehre von Heckler & Koch oder Militär-LKWs von Magirus-Deutz, Daimler-Benz, MAN auf den Kriegsschauplätzen in Mittelamerika (El Salvador), im Golfkrieg Irak-Iran und im Südlichen Afrika den Aufstieg des BRD-Neokolonialismus zu einem der konfliktrichtigsten Faktoren der Weltpolitik wirklichkeitstreu wider.⁸

Das wohl schwerwiegendste Engagement in einem Regionalkonflikt betreibt die Bonner Rechtskoalition gewiß als treuester Verbündeter des Apartheidregimes im Südlichen Afrika.

Als der Sanktionsbremser in der EG, als Lieferant und Finanzier Nr. 1 trägt sie ein hohes Maß an Mitverantwortung für die Eskalation in und um Südafrika (siehe Kasten).

Dies tut die BRD insbesondere als Spitzenexporteur von Rüstungsgütern (1983-85 in offizieller Höhe von 722 Mio DM) in einer Situation, da sich der „Partner“ Reagan durch die ihm vom US-Kongreß aufgenötigten Teilsanktionen u.a. zu einer strikten Anwendung des UN-Waffenembargos von 1977 gezwungen sieht. Bundesdeutsche Waffen aber werden, so scharenweise Militär-LKWs oder MBB-Hubschrauber (BO 105 und BK 117), sowohl bei der Bekämpfung „innerer Unruhen“ als auch bei Kriegseinsätzen in Namibia, gegen Angola und Moçambique eingesetzt.⁹

Waffenbrüder der Apartheid

Alarmierend ist überdies die kürzlich in einem Memorandum des US-Außenministeriums (25.1.1985) enthüllte Gewißheit, daß das Apartheidregime dank der jahrzehntelangen „westlichen Nuklear-Geschäftsbeziehungen mit Südafrika“ die „Atomwaffenfähigkeit“ besitzt. Pretoria plane ein, „Zuflucht“ zu atomaren Waffen gegen die aufständische schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika wie gegen Angola, Zimbabwe oder Moçambique zu nehmen (Wortlaut in: AIB 11/1986, S.15). Ein Gutteil der nukleartechnischen Hilfe



BRD-Rüstungsexportschlager (v.o.): Lkw von Magirus-Deutz, Hubschrauber BO 105, Jagdbomber Tornado

steuerte bekanntlich die BRD bei, die umgekehrt ca. 40% ihres Urans aus Südafrika und Namibia bezieht. Verarbeitet und wiederaufbereitet in den Atomanlagen von Hanau und Wackersdorf könnte es den Bonner Ambitionisten die Hintertüre zur eigenen bzw. westeuropäischen Atomstreitkraft in den 90er Jahren aufstoßen.

Vorerst jedoch sind weder Frankreich noch Großbritannien geneigt, ihren Status als Atommächte mit der BRD zu teilen. Dies zumal sie ohnehin längst zur stärksten konventionellen Militärmacht Westeuropas und zur rechten Hand Washingtons in der NATO aufgestiegen ist.¹⁰

Die Regierung Kohl fährt auf dem Weg zur erweiterten Stärkeposition zweigleisig: Einerseits erreichte sie 1984, daß die letzten von der Westeuropäischen Union nach dem 2. Weltkrieg bewahrten Aufrüstungsbeschränkungen für die BRD gestrichen wurden. Außerdem forcierte sie die Gemeinschaftsproduktion und Militärkooperation mit Frankreich. Wegen der Vorbehalte Präsident Mitterrands und anderer Westeuropäer gegen Reagans „Sternenkriegs“projekt SDI

begann man eine eigenständige „Sternenkriegs“variante, die Europäische Verteidigungsinitiative (EVI), hinzuzufügen.

Andererseits wurde die BRD als vorgeschobene Basis von US-Streitkräften mit der Stationierung faktisch strategischer US-Atomwaffen Pershing II und Cruise Missiles und mit dem SDI-Einstieg als europäisch-atlantischen Schlüssel-„partner“ im Atomkriegsplan gegen die UdSSR weiter aufgewertet.

Mit den an eine Erstschlagsoption des Pentagon angepaßten neuen Kriegführungsdoktrinen AirLand Battle (ALB) und FOFA (Follow-on-Force-Attack, Rogers-Plan), die frühzeitige auch atomar-chemische Angriffsschläge in die Tiefe des gegnerischen Raumes vorsehen, spielte Bonn eine Wegbereiterrolle in den NATO-Reihen.

Davon, daß sie mit der bilateralen ALB-2000-Übereinkunft dieser Offensivdoktrin in ihrem Rüstungsprogramm 1985-97 bereits voll Rechnung trug und sie in gemeinsamen Manövern hierzulande erprobte, erhofft sich die „Wende“-regierung ebenso wie vom SDI-Ja ihrerseits Gegenleistungen seitens der USA.

Intervent mit Zukunft

Einesteils verspricht sie sich US-Rückendeckung bei ihrem sog. „Offenhalten der deutschen Frage“, d.h. dem mit der militärischen Potenz (inklusive werdende Atommacht BRD) wachsenden revan-chistischen Wunschvorhaben der Ultra-konservativen auf eine großdeutsche Neuordnung Osteuropas.

Andernteils erhofft sie sich davon die spätere Zustimmung der USA, daß ihre gleichlaufend stärkere Einbindung in das NATO-Interventionskonzept an der



„Südflanke“ der Auftakt zu perspektivisch eigenen bzw. westeuropäischen Interventionsstreitkräften und zu noch ausgedehnteren Rüstungsexportchancen der eigenen Multis ist.

Die im Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen (WHNS) 1982 vereinbarte Bonner logistische u.a. Sonderhilfe für Einsätze der US-Eingreiftruppe in der Ölregion Südwestasien/Nordafrika im Krisen- oder Kriegsfall, wollen Vorderker wie Möllemann (FDP), Dregger (CDU) oder Strauß (CSU) als Sprungbrett für das direkte Miteingreifen „deutscher Soldaten“ in der Ölregion verstanden wissen.¹¹

Diese BRD-Option, in „vitalen Interessengebieten“ dereinst massiv (mit) zu intervenieren, hat sich die Regierung Kohl im übrigen in ALB 2000 für den „Nahen und Mittleren Osten“ wie für das an strategischen Rohstoffen reiche „Afrika“ offengehalten. Mit der Deklaration des gesamten Kontinents zur „Interessensphäre der NATO“ ist für den Fall einer akuten Krisenzuspitzung etwa im außerordentlich rohstoffreichen Süden Afri-

kas ein (Mit)Einmarsch von Bundeswehrverbänden nicht auszuschließen.¹² Der unter der Regierung Kohl durchaus erhöhte weltpolitische Einfluß der BRD hat der Dritten Welt, neben einer verschärften Ausbeutung (siehe Boris/Goldberg) vor allem zusätzlichen Konfliktstoff und neue Gefahren beschert. Und sie verheißt im Fall einer Bestätigung der Rechtskoalition bei den Bundestagswahlen 1987 eher Schlimmeres.

Die auf der laufenden UN-Vollversammlung selten scharfe namentliche Verurteilung der Bundesrepublik seitens des UN-Botschafters Josef Garba (Nigeria), sie sabotiere wirksame westliche Südafrika-Sanktionen,¹³ droht so gesehen Schule zu machen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 7.11. und 15.10.1986; Stern, 23.10.1986
- 2) Newsweek, New York, 27.10.1986
- 3) Wortlaut siehe in: AIB-Sonderheft 2/1984 zu AirLand Battle, S. 36-38
- 4) Zit. nach: FR, 16.4.1986
- 5) Siehe Beiträge zur Libyenkrise in: AIB 3 und 6/1986
- 6) Daten nach: FR, 17.7.1985 und 25.4.1986; AIB-Sonderheft 1/1983 zur BRD und Dritte Welt, S.40
- 7) Siehe: W. Olle, Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Bornheim 1986, S. 12ff. und F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, Umbruch in der Weltwirtschaft, Reinbek 1986, S. 211ff.
- 8) Daten nach: Zivilcourage, Nr. 4/1985; Der Spiegel, 14.10.1985; epd-Entwicklungspolitik, Nr. 12/1985; ai-info, Nr. 8/1986 und BUKO (Hrsg.), Rüstungsexporte & politische Verantwortung, Bremen, September 1986, S. 7ff.
- 9) Nach: ebenda; AAB-Pressemitteilung, 18.9.1986
- 10) Siehe im Einzelnen: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 19f.
- 11) Vgl. Zivilcourage, a.a.O. und R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht, Köln 1985, S. 163ff.
- 12) Wortlaut in: AIB-Sonderheft 2/1984, S. 41-44
- 13) Laut: FR, 7.11.1986

James Matthews

James Matthews ist einer der bekanntesten Lyriker und Erzähler des schwarzen Südafrika. Der Eindringlichkeit, mit der er den Überlebenskampf und die Hoffnung der Schwarzen in den Gettos von Kapstadt schildert, wird sich kaum jemand entziehen können.



Die Träume des David Patterson

David Patterson lebt mit seiner Familie in einem der schwarzen Gettos vor Kapstadt. Nachts arbeitet er als Telefonist, aber er lebt nur wirklich, wenn er schreiben kann. Die „liberale“ weiße Bohème ist inzwischen auf das neue Talent aufmerksam geworden.

Weltkreis-Verlags-GmbH
Postfach 789
4600 Dortmund 1

Roman, engl. Broschur, 18,80 DM


Weltkreis

Michael Mohnke

Entwicklungspolitik seit der Wende Warnkes „Neuorientierung“

Er, Julius K. Nyerere, sei überzeugt, daß die Mehrheit der westlichen Regierungen ihre wirtschaftliche Macht gezielt einsetze, um die Dritte Welt zu kontrollieren und auszubeuten.

Der Internationale Währungsfonds (IMF) werde als Instrument zur politischen Kontrolle über die Wirtschaft der armen Nationen benutzt. Und: „Sogar das ursprüngliche Konzept der Hilfe, ebenso wie ihr Umfang, werden unter Beschuß genommen.“

Daß der tansanische Ex-Präsident diese geharnischte Kritik während eines offiziellen Staatsbesuches in Bonn vortrug, ist kein Zufall. Seit das mit Entwicklungspolitik befaßte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Zuge des Regierungswechsels im Herbst 1982 mit Gefolgsleuten von Franz-Josef Strauß besetzt wurde, rangiert auch in Bonn das expansive Selbstinteresse eindeutig vor dem Entwicklungsinteresse der Dritten Welt.

Nein zur „Tributpflicht“

Im letzten, dem sechsten Entwicklungspolitischen Bericht der Regierung Kohl vom März 1985, der erstmals durchgängig von konservativer Diktion gekennzeichnet ist, heißt es sogar, die Bundesregierung „lehnt die Unterstützung eines 'Rechts auf Entwicklung' als ein 'Recht der Völker und Staaten', wie es noch jüngst auf der 39. Generalversammlung der Vereinten Nationen von der Dritten Welt erneut gefordert worden ist, ab. Für die westlichen Industrieländer ist das Individuum Träger und Schutzobjekt der Menschenrechte und nicht ein wie auch immer definiertes Kollektiv“.

Die konservativsten Kräfte im Regierungslager wissen es jedenfalls zu schätzen, daß mit dem CSU-Politiker Jürgen Warnke einer der ihren an der Spitze eines Ministeriums steht, das die außenpolitischen Konturen der Bundesrepublik in einem wichtigen Bereich entscheidend mitbestimmt.

Diesen Anspruch, mit dem Instrumentarium des BMZ eine eigene Außenpolitik betreiben zu wollen, hat die CSU im Juni 1985 mit einem großen „Dritte-Welt-Kongreß“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Hof bekräftigt. Der beherrschende Eindruck: Während das Auswärtige Amt unter Hans-Dietrich Genscher die

„außenpolitische Kontinuität“ der Bundesrepublik zumindest propagandistisch gewahrt sehen möchte, setzen die Konservativen im Bereich der Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik ihr Wende-konzept scheinbar in die Praxis um.

Bei dieser „dringend gebotenen, weltweiten Neuorientierung der Entwicklungspolitik“ (F.J. Strauß) wollen sie den wirtschaftlichen Eigennutzen des BRD-Kapitals und die Systemsicherungsinteressen des „freien Westens“ wieder ganz oben an stellen. Darüber vermögen eingängige Floskeln wie die von einer „Entkrampfung“ und „Entideologisierung“, von einem „neuen Realismus“, der in der Entwicklungspolitik Platz greifen müsse, nur schwer hinwegzutäuschen.

Im neuesten konzeptionellen Dokument, den am 19.3.1986 vom Kabinett verabschiedeten „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ (siehe Kasten), brachte J. Warnke die „entwicklungspolitische Neuorientierung“ so auf den Punkt:

„Wir leisten Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung wie aus politischer und wirtschaftlicher Weitsicht, nicht aber ... als 'Tributpflicht'. Entwicklungspolitik ist keine Politik des schlechten Gewissens.“ Die „Hilfe zur Selbsthilfe“ aber könne nur „wirksam“ werden, sofern die damit bedachten Entwicklungsländer für stabile „marktwirtschaftliche“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen bürgten. Derart ausgeglichene Entwicklungsländer gelte es „besonders“ zu unterstützen.

Entwicklungshilfeminister Warnke im „marktwirtschaftlich“ vorbildlichen Sri Lanka



„Zum zweiten geht es um eine Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe.“ Und hier müsse der „Wahrung deutscher Interessen“ (Wirtschafts-, Außenpolitik) und der „Beschäftigungswirksamkeit für unsere Wirtschaft“, sprich den Exporteigeninteressen des BRD-Kapitals, wieder vorrangig zugeordnet werden. Im Grundlinientext selbst wird die vorrangige Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf partnerschaftlichen „Interessenausgleich“, d.h. die „Respektierung“ der bundesdeutschen Eigeninteressen, hervorgekehrt.

Hinter diesen Worten verbirgt sich der radikale Bruch mit dem vorherigen sozialreformerischen Ansatz von Entwicklungshilfe seit der Ära Eppler 1968-74 (siehe AIB-Sonderheft 1/1983, S. 19-25). Denn die Ablehnung einer „Tributpflicht“ bedeutet nichts anderes als die Aufkündigung jener völkerrechtlichen Verpflichtung zur Wiedergutmachung der wirtschaftlich-sozialen Schäden, die den Entwicklungsländern durch Kolonialismus und Neokolonialismus zugefügt wurden, und für die die Entwicklungshilfe ohnehin nur einen höchst bescheidenen Ersatz darstellen konnte.

Die regierungsdominanten Unionsparteien wollen aufräumen, so Franz-Josef Strauß in Hof, mit der „Lebenslüge“ der Entwicklungshilfe, wonach „der angebliche Reichtum der Industriestaaten die wesentliche Ursache für die wirtschaftliche Schwäche und Armut der Dritten Welt“ sei. Ohne daß es den Reichen gut gehe, könne auch keine Entwicklungshilfe geleistet werden.

„Schulduweisungen“ seien fehl am Platze. Entscheidend für den „Wohlstand“ sei weniger die Hilfe, sondern daß die Entwicklungsländer sich endlich bereitfänden, die notwendigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen herzustellen, „die Freiheit der Investitionen, vor allem auch der privaten Direktinvestitionen“.

Folgerichtig rückt die staatliche Entwicklungshilfe in ihrem Stellenwert gegenüber privaten Kapitalaktivitäten ins zweite Glied.

Kein Wunder, daß die Rechtskoalition gleich nach ihrem Amtsantritt bestrebt war, diese Entwicklungshilfe durch einschneidende Kürzungen im Bereich der Verpflichtungsermächtigungen auf das „rechte Maß“ zurückzustutzen. Die „Ge-

samtleistungen" der BRD an Entwicklungsländer liegen heute sogar unter dem Niveau von Anfang der 80er Jahre.

Während das BMZ für das Jahr 1984 noch eine Nettosteigerung der Gesamtheit der öffentlichen und privaten Leistungen um 612 Mio auf 18,5 Mrd DM auswies, berechnete das angesehene Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) einen Rückgang um 240 Mio DM. Real, d.h. unter Berücksichtigung der Preissteigerungen, bedeutet dies 5% weniger als 1981. Im Jahr 1985 lagen die Gesamtleistungen der Entwicklungshilfe bei 16,9 Mrd DM, wovon der öffentliche Anteil 8,7 Mrd DM (Vorjahr 7,9 Mrd DM) ausmachte.

Nun profitierte das Privatkapital auch bislang schon kräftig an der staatlichen Entwicklungshilfe, die ja in vielen Fällen nichts anderes ist als die Übernahme von Investitionskosten, die ansonsten die Konzerne selber tragen müßten. Jetzt geht es aber um eine noch direktere Unterordnung unter die Bedürfnisse der privaten Kapitalexpansion. So fordert F.J. Strauß, „künftig einen weitaus größeren Anteil der öffentlichen Mittel als bisher zur Förderung privater Investitionen in Entwicklungsländern bereitzustellen“.

men in der Bundesrepublik Deutschland und in Entwicklungsländern zusammenzuführen“.

Auch mit einem Niederlassungs- und Technologieprogramm sollen bundesdeutsche Firmen zum Kapitalexport in die Dritte Welt animiert werden, indem der Bonner Staat bis zu 50% der vorgesehenen Investitionskosten in Form zinsgünstiger Kredite vorschießt.

Seit längerem schon unterstützt die bundeseigene DEG hiesige Privatunternehmen beim Erwerb von Beteiligungen an Industrieunternehmen in Entwicklungsländern. Hinzu kommt das inzwischen schon traditionelle Garantie- und Bürgschaftsinstrumentarium (Kapitalanlagegarantien, Hermes-Bürgschaften usw.), mit dem der Staat einen Teil des exportierten Privatkapitals gegen Verluste, Enteignungen und andere Risiken absichert.

Zu diesem staatlichen (oder besser: staatsmonopolistischen) Flankenschutz der privatkapitalistischen Expansion gehört auch ein Netz von sog. Investitionsförderungsverträgen. In ihnen haben sich inzwischen über 55 Entwicklungsländer verpflichtet, bundesdeutschen Kapitalinvestitionen diverse Vergünstigungen

DM (verglichen mit 2,3 Mrd DM im Jahr 1983).

Der Anteil der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern an den jeweiligen gesamten Auslandsinvestitionen ist im Jahr 1984 auf 16,5% und im Jahr 1985 auf 5,5% (im Vergleich zu etwa 30% in den Vorjahren) gesunken, zugunsten eines Kapitalexportbooms in die USA und Westeuropa. Hauptverantwortlich für dieses „Tief“ bei den Direktinvestitionen in der Dritten Welt können nach konservativer Lesart somit nicht fehlende Fördermaßnahmen von Seiten der Bundesregierung sein, sondern die allgemeinen Verhältnisse in den Entwicklungsländern selbst, aufgrund derer die Konzerne vor politischen und wirtschaftlichen Risiken zurückscheuen.

Floskel „Politik-Dialog“

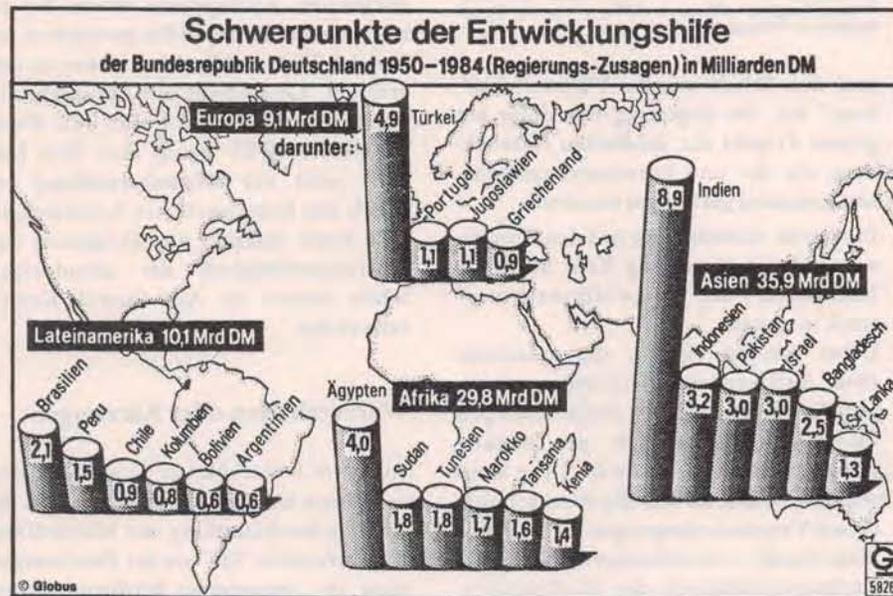
Genau hier besitzt eine weitere Neuerung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik ihre systematische Bedeutung: der sog. Politik-Dialog, d.h. das „systematische Gespräch über die Rahmenbedingungen einer richtigen Politik“ (Warnke).

Seit der „Wende“ koppelt die Bundesregierung die Vergabe von Finanzmitteln im Rahmen der Entwicklungshilfe grundsätzlich an einen solchen „Dialog“. „Wichtige Gesichtspunkte für Projektvorbereitung und Durchführung“, so hebt die Bundesregierung im 6. Entwicklungspolitischen Bericht hervor, „sind u.a.: Berücksichtigung der Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer; Politikdialog und Koordinierung (mit anderen Geberländern; d. Verf.); Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen in Entwicklungsländern.“

Im Grunde genommen handelt es sich hier um die Übernahme des Konditionalitätsprinzips, wie es die Weltbank in die Entwicklungspolitik eingeführt hat. Auch die bilaterale Entwicklungshilfe soll so als Transmissionsriemen zur Durchsetzung einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in den Zielländern genutzt werden, die mit den Idealen der Bonner Politiker im Einklang steht.

Die neue Projektpolitik wird natürlich hinter einem Nebelschleier von Phrasen wie „Effektivierung der Hilfe“ o.ä. getragen. Im Endeffekt geht es jedoch um eine Perfektionierung des Zusammenspiels von staatlicher Entwicklungshilfe und der Interessen der Privatindustrie.

Vor allem zeigt sich dies an der Wiedereinführung des Prinzips der Lieferbindung in die Entwicklungspolitik. Dies hat nicht nur den Aspekt, daß die Emp-



Einiges in diese Richtung hat das Warnke-Ministerium schon bewegt.

Zur „Förderung von Vorhaben der privaten Wirtschaft in Entwicklungsländern“ – wie das BMZ vornehm formuliert – gehört eine breite Palette von Maßnahmen: Neu ins Leben gerufen wurden ein Programm zur Förderung betrieblicher Kooperation und ein Senior-Experten-Service der Wirtschaft. Ihre Aufgabe besteht – wie offiziell formuliert wird – darin, „in den Entwicklungsländern eine möglichst breite Schicht 'mittelständischer' Unternehmen als Fundament eines gesunden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozesses zu bilden“ und „kleinere und mittlere Unterneh-

steuerlicher und sonstiger Art zu gewähren, einen freien Profittransfer zu garantieren und von Enteignungsmaßnahmen abzusehen.

Aller staatlichen Rückendeckung zum Trotz und entgegen der drängenden Appelle der Regierung Kohl zur Verstärkung der privaten Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ist die Bereitschaft der Privatwirtschaft zu Kapitalanlagen in der Dritten Welt gegenwärtig jedoch im Sinken begriffen. Berechnet nach den Angaben der Deutschen Bundesbank investierten die bundesdeutschen Konzerne im Jahr 1984 gerade noch knapp 1,6 Mrd DM in diesen Regionen (ohne Südafrika), im Jahr 1985 nurmehr 624 Mio

Sonderausgabe
Nummer 200

links

Sozialistische Zeitung



- seit 1969
- das Forum der Neuen Linken
- 56 Seiten, Großformat
- DM 6,- (zuzgl. Porto)
- herausgegeben vom Sozialistischen Büro

November '86:
Die alte „Neue Linke“ diskutiert
über „Sozialismus und Reformismus“

Beiträge von:

Agnoli, Altwater, Anders, Becker,
Claussen, Damus, Dirks, Drewitz,
Flechtheim, Haug, Heinrich, Hickel,
Jungk, Klönne, Kofler, Parin, Rabehl,
Schauer, Schmiederer, Seifert,
Voigt u. a.

außerdem in dieser Nummer:
Bayern (H. Bänmer), Bundesversamm-
lung der Grünen (H. Wiesenthal),
Österreich (L. Spira), Terrorismus
in Frankreich (R. Mohr), Industriel-
le Selbstverwaltung in Spanien
(H. Köhler) u. v. a.

erhältlich
im linken Buchhandel

oder über
Verlag 2000
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach

Bestellungen nur gegen Vorauskasse
DM 7,- (incl. DM 1,- Porto)

fängerländer die erhaltenen Kredite und Zuschüsse in vollem Umfang zum Einkauf von Waren und Dienstleistungen bei bundesdeutschen Konzernen ausgeben müssen. Die Privatindustrie wirkt ihrerseits auf die Projektpolitik ein und beeinflusst so entscheidend die Qualität der Bonner „Hilfe“.

So bescheinigte der Vorstandsvorsitzende des Siemenskonzerns dem Warnke-BMZ eine „generelle Aufgeschlossenheit“ bei der Vermittlung hochmoderner Telefentechnik an Pakistan, die „ein wesentliches Element für die Förderung



Warnke-Vorgänger Offergeld (SPD) vor einem Porträt Sandinos in Nicaragua

und den Erhalt unserer Weltmarktstellung“ sei. Im Gegenzug war dafür ein großes Projekt der ländlichen Entwicklung, ein Be- und Entwässerungsvorhaben, ersatzlos gestrichen worden.

In engster Abstimmung mit den Konzernen hat die Regierung Kohl auch das Instrument der „Mischfinanzierung“ stark ausgebaut.

Dabei werden Gelder, die ansonsten ohne Auflagen und zu besonders günstigen Zinssätzen vergeben werden, mit privaten Geschäftskrediten der Banken (Exportkrediten) „gemischt“. Die Konsequenz: Während sich die durchschnittlichen Vergabebedingungen für die Empfängerländer verschlechtern, wird die Konkurrenzfähigkeit der Großindustrie verbessert.

Denn im Verbund der beiden Kredittypen werden die Zinsen der kommerziellen Exportkredite automatisch unter die Marge normaler Exportkredite gedrückt. Und bei der international hart umkämpften Vergabe von Großprojekten an einzelne Konzerne wird – wie der Vorstandsvorsitzende des Siemenskonzerns dankbar an Warnke schrieb – „meist über die Finanzierung entschieden“.

Inzwischen handelt es sich bei fast der Hälfte aller bundesdeutschen Kreditvergaben im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe um derartige Mischfinanzierungen. Im Gefolg dieser Praxis ging nicht nur der Anteil der Projekte im Be-

reich der „ländlichen Entwicklung“ und der „Grundbedürfnisbefriedigung“, die die Bundesregierung gerne als den eigentlichen Schwerpunkt ihrer Entwicklungspolitik ausgibt, einschneidend zurück. Auch regional hat sich das Gewicht einiger weniger Großkunden der Bonner Entwicklungshilfe (z.B. Indien, Ägypten, Pakistan, Indonesien usw.) weiter erhöht, und zwar zuungunsten der ärmsten Entwicklungsländer (LLDC). Wer heute in den „Genuß“ der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik kommt, das entscheidet sich freilich nicht nur an Hand der Prioritäten der hiesigen Exportindustrie. Staaten, die sich „hämisch über amerikanische Sicherheitsprobleme hinwegsetzen“, die sich „zum Bannerträger der sowjetischen Hegemonialstrategie machen“, können – nach Warnke – keinerlei Entwicklungshilfe aus Bonn erwarten. Aus diesem Grund sperrte die Bundesregierung beispielsweise 1984 Zusagen von über 40 Mio DM an das sandinistische Nicaragua (siehe Kasten). Zuverlässige Verbündete werden hingegen auch dann mit Geldmitteln bedacht, wenn sie wegen krasser Menschenrechtsverletzungen und Morde auf der internationalen Anklagebank sitzen. So gehört die Bundesrepublik inzwischen neben den USA und Großbritannien zu den größten Geldgebern des Völkermordregimes in El Salvador. Ein Teil dieser Mittel (1984/85 waren dies 98,6 Mio DM) wird zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Infrastruktur und somit indirekt zur Steigerung der Operationsfähigkeit der salvadorianischen Armee im Anti-Guerilla-Kampf verwendet.

Wohlverhalten oder Kürzungen

Auch im benachbarten Guatemala sind von Bonn mitfinanzierte Projekte in die Aufstandsbekämpfung der Militärdiktatur einverleibt. Ein von der Bundesregierung als „integriertes Ernährungssicherungsprogramm“ angepriesenes „Food-for-Work“-Vorhaben etwa entpuppte sich als ein Projekt, „wo die Armee Zwangsarbeit organisiert und die Bauern mit Lebensmitteln, die von der deutschen Bundesregierung finanziert werden, arbeitsfähig erhält“ (so die guatemaltekeische Nachrichtenagentur ENFO-PRENSA).

Für das Jahr 1986 stellte das BMZ der christdemokratischen Regierung Cerezo 10,6 Mio DM aus dem Entwicklungshilfeeat für Polizeihilfe bereit. Und dies, obgleich Folter und Menschenrechtsverletzungen auch nach der Ablösung der Militärdiktatur (Januar 1986) andauern. Länder, die sich nicht eindeutig prowestlich verhalten, mußten teilweise emp-

findliche Kürzungen ihrer entwicklungs- politischen Zuwendungen aus Bonn hin- nehmen.

Die Entwicklungshilfe-Zusagen für Tan- zania, das Warnke großzügigerweise mit einem Besuch bedachte, wurden gleich nach der „Wende“ von 100 auf 30 Mio DM pro Jahr reduziert. Auf über 70 Mio DM (1984/85) ausgeweitet wurden dage- gen die Zusagen für das mit F.J. Strauß freundschaftlich verbundene Regime Togos, dem die Bundesregierung in ih- rem neuesten Entwicklungspolitischen Bericht eine vorbildliche Befolgung der IMF- und Weltbank-Auflagen beschei-

nigt.

Gekürzt wurden hingegen auch die Ent- wicklungshilfeszusagen für die Konfliktanrainer im Südlichen Afrika wie Zimbabwe, Sambia, Botswana und Lesotho. In einigen dieser Länder enga- giert sich Bonn ohnehin nur deshalb mit eher symbolisch gemeinten Beträgen, weil man (wie im Falle Zimbabwes) ei- nen wichtigen Auslandsmarkt nicht der Konkurrenz überlassen oder (wie im Fal- le Moçambiques) für den Fall weiterer Annäherungen an den Westen schon ei- nen Fuß in der Tür haben will.

Alles dies fügt sich mit anderen Ein-

schnitten in das bisherige System der Bonner Entwicklungspolitik – etwa der kürzlich erfolgten Gleichschaltung des bislang noch relativ eigenständigen Deut- schen Entwicklungsdienstes (DED) – zusammen zu einer reaktionären Aus- formung neokolonialistischer Macht- politik. „Entwicklungshilfe“ fungiert hier ungeschminkt als Abwehrinstru- ment gegen „sowjetische Herausforde- rungen“ (Strauß), im Klartext: gegen sozialrevolutionäre Befreiungsbewegun- gen in der Dritten Welt, als Finanzie- rungsinstrument der bundesdeutschen Kapital- und Warenexporte im Konkur-

Jürgen Warnke Grundlinien der Entwicklungspolitik

Seit rund 30 Jahren wird international Ent- wicklungshilfe geleistet. (...) Das Bundes- kabinett hat am 19. März 1986 neue „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ beschlossen. Sie sind Er- gebnis und Ausdruck der entwicklungs- politischen Neuorientierung in den letzten Jahren. Diese Neuorientierung war notwendig und möglich, weil sich das entwicklungs- politische Umfeld in der ersten Hälfte der 80er Jahre verändert hat durch

- die Verschuldung zahlreicher Entwick- lungsländer;
- die wirtschaftliche Dauerkrise in Afrika südlich der Sahara;
- die internationale Ernüchterung, zuneh- mende Skepsis gegenüber globalen Lösungs- möglichkeiten bei der Bewältigung der Pro- bleme der Entwicklungsländer, aber auch die wachsende Bereitschaft der Entwick- lungsländer zu wirtschaftspolitischen Reformen. Kern der Neuorientierung ist erstens die Klarstellung: Wir leisten Entwicklungshilfe aus moralischer Verantwortung wie aus poli- tischer und wirtschaftlicher Weitsicht, nicht aber – wie dies auch der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für wirt- schaftliche Zusammenarbeit formuliert hat – als „Tributpflicht“. Entwicklungspolitik

ist keine Politik des schlechten Gewissens.

Die Ziele der Entwicklung und des damit verbundenen kulturellen Wandels können nicht von außen vorgegeben werden. Ent- wicklung kann nur durch die Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Menschen in den Entwicklungsländern erfolgen. Entwick- lungshilfe ist deshalb Hilfe zur Selbsthilfe. Diese Hilfe wird auf drei Feldern geleistet: – bei der Sicherung der elementaren Le- bensvoraussetzungen, also Kampf gegen Hunger und Armut; diese Hilfe geht an die ärmsten Bevölkerungsschichten; – beim Aufbau leistungsfähiger Wirtschaf- ten und gesellschaftlicher Vielfalt als Vor- aussetzung für eine Entwicklung aus eigener Kraft; – bei der regionalen Zusammenarbeit von Entwicklungsländern und bei ihrer Integra- tion in die Weltwirtschaft.

Diese Hilfe kann nur wirksam werden, wenn die Entwicklungsländer als Rahmenbedin- gungen Wirtschafts- und Gesellschafts- ordnungen schaffen, die den Menschen die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten zu ent- falten. Die Erfahrung zeigt, daß diese Vor- aussetzungen am ehesten in einer stabilen rechtlichen und institutionellen Ordnung

mit marktwirtschaftlichen Elementen und Leistungsanreizen gegeben sind. (...)

Zum zweiten geht es um eine Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe. Auch in den Grundlinien haben wir herausgestellt: Noch immer wird international zu viel vergeudet. Die Verbesserung der Wirksamkeit erfolgt

- durch den Politikdialog mit dem jewei- ligen Entwicklungsland
- durch eine verbesserte Abstimmung mit anderen Gebern
- durch eine Verstärkung der Erfolgskontrolle.

Eine zentrale, aber in der Vergangenheit nur unzureichend verwirklichte Aufgabe der Entwicklungshilfe ist es, die ärmsten Bevöl- kerungsschichten zu erreichen. Auch diese Hilfe muß Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Bun- desregierung ergreift deshalb in Zusammen- arbeit mit selbsthilfeeffahrenen nichtstaat- lichen Organisationen Maßnahmen, um das Instrumentarium zur Förderung von Selbst- hilfegruppen und Selbsthilfeeinrichtungen zu verbessern und zu erweitern. Sie wird gleichzeitig im Rahmen des Politikdialogs mit den Regierungen der Entwicklungslän- der darauf hinwirken, bessere Rahmenbedin- gungen für die Selbsthilfe zu schaffen.

Die Entwicklungspolitik unterliegt ebenso wie die anderen Politikbereiche dem grund- gesetzlichen Auftrag, dem deutschen Volk zu nutzen und Schaden von ihm abzuwen- den.

Das heißt zum einen: Entwicklungspolitik ist eingeordnet unter das Oberziel aller deut- schen Politik, den Frieden zu erhalten. Sie fördert die Kräfte des Ausgleichs und wider- setzt sich gewaltsamen Lösungen.

Das heißt zum anderen: Das vorrangige Ziel, zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt beizutragen, steht nicht im Widerspruch zur Außenpolitik und zur Wirtschaftspolitik. Die Wahrung deutscher Interessen braucht keineswegs im Gegensatz zu den Interessen der Entwicklungsländer zu stehen. In allen entwicklungs- politisch geeigneten Fällen, in denen Lieferungen aus Industrieländern er- forderlich sind, achtet die Bundesregierung auf Beschäftigungswirksamkeit für unsere Wirtschaft und unsere Arbeitnehmer. Es ge- hört zu unseren legitimen eigenen Interes- sen, daß mit den Mitteln unserer Steuerzah- ler nicht über Entwicklungshilfe Wettbewer- ber aus anderen Industrieländern begünstigt werden.

Die neuen Grundlinien wenden sich gegen den in jüngster Zeit zur Mode gewordenen Hilfedesismus. Sie zeigen Erfolge auf, die in der Vergangenheit erreicht wurden, ohne Fehler bei Gebern und Nehmern zu ver- schweigen. (...)

(Quelle: BMZ (Hrsg.), Grundlinien der Ent- wicklungspolitik der Bundesregierung. Vor- wort, Bonn, April 1986, S. 5-7)



Er gehört zu Warnkes bevorzugten Entwicklungshilfempängern: christdemokratischer Präsident Duarte (r.) des salvado- rianischen Völkermordregimes

renzkampf mit anderen Westmächten sowie als Instrument zur Heranzüchtung einer verlässlichen politischen Klientel in den Zielländern.

Selbstverständlich betonen die Konservativen auch in der Entwicklungspolitik die Notwendigkeit von „weniger Staat“ und „mehr Privatinitiative“. Die Forderung des Altmonetaristen von Hayek, den Regierungen in den Entwicklungsländern keinen Pfennig zu leihen und stattdessen alles zu tun, um privates Investitionskapital in diese Länder zu locken, bleibt freilich eine ideologische Projektion mit wenig Realitätsgehalt.

Schließlich bedarf das Monopolkapital heute zur Realisierung seiner neokolonialen Expansionsziele mehr denn je der staatsmonopolistischen Krücken. Die Übernahme einer Verpflichtung zu echter Hilfe, wie sie international heute auch von Bonn gefordert ist, bleibt damit jedoch weitestgehend unvereinbar. So wird denn auch mit der Dritten Welt, wo Hunger eine Massenerscheinung mit oftmals tödlichen Folgen ist, nach der Devise verfahren: „Jeder ist seines Glückes eigener Schmied!“ Denn, so Warnke: „Wir alle haben in der Vergangenheit über unsere Verhältnisse gelebt, wenn auch auf völlig unterschiedlichem Niveau.“ Und: „Jeder muß zunächst sein eigenes Haus in Ordnung bringen, um wieder ein solides Fundament für Wachstum und Entwicklung zu schaffen.“

So haben sich denn auch die einst von sozialdemokratischen Entwicklungsministern umworbenen „Habenichtse“ mit der neuen Realität abzufinden, die die berühmte Heritage-Foundation jüngst auf die zynische Formel gebracht hat: Wer in der Welt des freien Unternehmertums nicht fähig ist, sein eigenes Überleben zu organisieren, ist eines Lebensrechts nicht wert! Die Bereitschaft zu mildtätigen Caritas-Aktionen in Notzeiten bleibt von alledem selbstverständlich unberührt.



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**



Unsere Autoren auf der Kölner Verschuldungskonferenz

Wirtschaftsexpansion der BRD und Verschuldungskrise

Der Umstand, daß die Bundesrepublik schon seit nunmehr über 20 Jahren zur zweitstärksten Handelsmacht auf dem kapitalistischen Weltmarkt und hier sogar zum größten Exporteur von Industriewaren sowie zum drittgrößten Kapitalexporteur aufgestiegen ist, hat in vielerlei Hinsicht große Bedeutung.

Diese Tatsache hat neben ihrer innenpolitischen und binnenökonomischen Dimension vor allem auch Gewicht für das außenpolitische Auftreten der BRD und ihren Einfluß sowohl gegenüber anderen imperialistischen Ländern wie auch gegenüber Ländern der sog. Dritten Welt. Ein Land, das – wie die BRD – eine so starke außenwirtschaftliche Verflechtung aufweist und ein so hohes Gewicht für den kapitalistischen Weltmarkt hat, muß per se eine erhebliche Bedeutung für die Dritte Welt haben – auch dann, wenn die Schwerpunkte der BRD-Außenwirtschaftsexpansion vor allem bei den entwickelten kapitalistischen Ländern liegen.

Dies ist in letzter Zeit möglicherweise dadurch noch zusätzlich verschleiert worden, daß spätestens seit der Wende mit der Rechtskoalition die Bonner Dritte-Welt-Politik auf eigenständige Profilierungen und Akzentsetzungen fast vollständig verzichtet und sich noch eindeutiger hinter die roll-back eingestellte US-Politik stellt bzw. diese nachdrücklich unterstützt. Deshalb scheint es um so notwendiger zu sein, in Erinnerung zu rufen, wie sehr auch der BRD-Kapitalismus von der beste-

henden Struktur der internationalen Arbeitsteilung, darin eingeschlossen die ungleiche und abhängige wirtschaftliche Stellung der Entwicklungsländer, profitiert.

Zum anderen macht die hohe Sensibilität der Bundesregierung gegenüber verschiedenen Vorschlägen der Veränderung des bestehenden Weltwirtschaftssystems – etwa im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise der Dritten Welt – deutlich, daß im außenwirtschaftlichen Bereich zu Recht einerseits zusätzliche Profitquellen gesehen, andererseits diese als besonders gefährdet und prekär eingestuft werden.

Haupthandelspartner sind die Schwellenländer

Im Unterschied zu Frankreich und Großbritannien war für die BRD (und schon für das Deutsche Reich) der Außenhandel mit der Dritten Welt eindeutig weniger bedeutsam als der mit den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern. Dies hängt zweifellos mit dem frühen Verlust der deutschen Kolonien und der stark auf Investitionsgüter ausgerichteten Produktionsstruktur des deutschen Imperialismus zusammen.

Gleichwohl kann konstatiert werden, daß der Anteil der Exporte in außer-europäische Entwicklungsländer am gesamten westdeutschen Warenexport, der in den 60er Jahren beständig gefal-

len war, seit Beginn der 70er Jahre deutlich zugenommen hatte. Er stieg von knapp 12% im Jahre 1973 auf gut 17% in den Jahren 1981/82 an. Seither ist allerdings der Anteil der Exporte in die Entwicklungsländer nicht nur relativ gesunken, sondern er hat sogar auch absolute Rückgänge zu verzeichnen. Sicherlich ist diese Tendenz auf die drastischen Importreduktionen wichtiger Abnehmerländer im Gefolge der Verschuldungskrise zurückzuführen.

Dabei ist zu beachten, daß der Handelsaustausch der BRD sich auf einige relativ fortgeschrittene Entwicklungsländer (sog. Schwellenländer) konzentriert. Fast 80% des Warenaustausches mit der Dritten Welt werden mit etwa 20 Ländern abgewickelt. Gerade mit diesen realisieren sich schon bestimmte Elemente einer neuen internationalen Arbeitsteilung, bei der die BRD technologieintensive Konsumgüter und Investitionsgüter gegen relativ arbeits- und rohstoffintensive sowie mit großer Umweltverschmutzung produzierte industrielle Fertigwaren tauscht.

So ist es in diesem Zusammenhang zweifellos interessant festzustellen, daß schon 1981 über 50% der Warenimporte der BRD aus außereuropäischen Entwicklungsländern aus industriellen Fertigwaren (hauptsächlich Bekleidungs-, Nahrungs-, Genuß- und Textilprodukte) bestanden, wobei auch hier große regionale Differenzierungen vorkamen. Die Tatsache, daß der entsprechende Wert (Prozentanteil der industriellen Importe an den gesamten Importen aus der Dritten Welt) bei Asien ca. 75% war, bei Afrika und Lateinamerika bei 26 bzw. 22% lag, verweist darauf, daß die sog. ostasiatischen Schwellenländer (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) am stärksten diese neue internationale Arbeitsteilung vollzogen haben.

Bleibt noch hinzuzufügen, daß dies zu einem erheblichen Teil unter der Regie transnationaler Konzerne geschah und ein beträchtlicher Teil der industriellen Importe aus Entwicklungsländern aus Importen der Auslagerungsindustrien bzw. konzerninternem Warenaustausch besteht.

Unabhängig von diesen Tendenzen steht die hochgradige Angewiesenheit der BRD, Rohstoffe zu importieren.

Anfang der 80er Jahre kamen rund 64% dieser Rohstoffeinfuhren aus der Dritten Welt. Besonders hoch ist der Dritte-Welt-Anteil bei Erdöl (wenn auch infolge des britischen und norwegischen Nordsee-Öls mit sinkender Tendenz), bei verschiedenen Mineralien (Kupfererze, Rohzinn, Eisenerz, Wolfram, Bauxit — zu ca. 58 bis 90% aus der Dritten Welt) und natürlich bei allen tropischen Genußmitteln.

Tabelle 1
Direktinvestitionen neokolonialer Hauptmächte
Geschätzter Bestand an Direktinvestitionen in Entwicklungsländern nach den wichtigsten Ursprungsländern, 1970 und 1981

Land	in Mio Dollar		in % des Gesamtbestandes	
	1970	1981	1970	1981
USA	22.300	63.118	52	48
Großbritannien	5.912	14.713	14	11
BRD	1.942	11.590	4	9
Japan	1.218	11.022 ¹	3	8
Frankreich	3.832	8.674	9	7
Niederlande	2.247	5.089	4	4
Italien	1.245	3.584	3	3
Kanada	1.659	4.693	4	3
Alle DAC-Länder	42.712	131.252 ¹	100	100

1) Exklusive öffentliche Unterstützungszahlungen für private Investoren (ca. 6 Mrd Dollar)

Allerdings wird diese Rohstoffabhängigkeit dadurch konterkariert, daß die Rohstofflieferanten aus der Dritten Welt eine strukturell unterlegene Position einnehmen: Angewiesen sein auf den Export eines oder zweier Rohstoffe, der Zwang zur Exportsteigerung, der langfristige Verfall der meisten Rohstoffpreise (worin sich strukturelle Produktionsbedingungen und Unterschiede in der Marktvermachtung reflektieren) haben dazu geführt, daß die BRD langfristig (sieht man von einigen Jahreschwankungen wie z.B. 1973/74 ab) von der allgemeinen Entwicklung der terms of trade, dem Verhältnis der Einfuhr- zu den Ausfuhrpreisen, erheblich profitiert hat. Das gilt z.B. auch für die Periode 1980-86, in der die Ausfuhrpreise um ca. 10% schneller als die Einfuhrpreise gestiegen sind.¹

Das bedeutet, daß — bei gleicher Zu-

sammensetzung des Import- und Exportsortiments — die BRD-Importeure für die gleichen Güter weniger Devisen erzielen konnten. Bei einer Berechnung der speziellen terms of trade im Außenhandel zwischen BRD und Ländern der Dritten Welt ließe sich zweifellos eine strukturelle Benachteiligung der Länder der Dritten Welt nachweisen und wahrscheinlich zeigen, daß sich die entsprechenden Verluste der Dritte-Welt-Länder auf ein Vielfaches der öffentlichen Entwicklungshilfe belaufen.

Die ausländischen Direktinvestitionen (siehe Tabellen 1 und 2) der Bundesrepublik Deutschland sind ein weiteres Feld der Außenwirtschaftsexpansion. Ihr jeweils zu bestimmten Zeitpunkten sprunghafter Anstieg deutet auf krisenhafte Überakkumulationstendenzen hin. „Nachdem sich die Direktinvestitionen bis Mitte der 60er Jahre auf re-

Tabelle 2
BRD-Direktinvestitionen
Direktinvestitionen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, in Mio DM

	Bestand	v.H.	Zunahme		Bestand
	1983 ¹		1971-1983	1983	
Insgesamt	101.585,0	100,0	80.471,8	7.837,6	145.445
Kap. Industrieländer	75.530,8	74,4	60.630,1	5.502,7	113.916
Entwicklungsländer	25.989,8	25,6	19.777,5	2.331,4	20.749
Nach ausgewählten Branchen					
Chemische Industrie	13.864,9	13,6	8.654,8	906,2	23.453
Elektrotechn. Ind.	9.456,3	9,3	6.977,7	648,7	10.548
Straßenfahrzeugbau	8.839,8	8,7	6.938,7	1.368,6	9.079
Maschinenbau	8.290,6	8,2	6.803,9	1.048,6	5.746
Mineralölverarbeitung und -absatz	6.178,3	6,1	5.227,9	359,8	—
Eisen- und Stahlind.	5.850,7	5,8	4.704,6	-671,9	1.948
Banken u. Versicher.	15.678,5	15,4	14.364,7	2.067,5	8.021

1) Kumulierte jährliche Transaktionswerte seit 1952

(Quelle: R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, Köln 1985, S.91 und 84 und Beilage zu Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik, Nr. 2, Februar 1986, S.23)

- Anzeige -

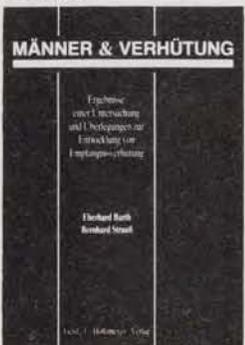


Wolfgang Friederich, Dieter Schnack,
Melitta Walter

Schwangerer Mann - was nun?

136 Seiten

DM 17,50



Eberhard Barth, Bernhard Strauß

Männer & Verhütung

104 Seiten

DM 24,80



Jürgen Heinrichs (Hrsg.)

Vergewaltigung - die Opfer und die Täter

220 Seiten

DM 29,50



Theo Sandfort

Pädophile Erlebnisse

136 Seiten

DM 26,80

Gerd J. Holtzmeier Verlag

lativ niedrigem Niveau von rund 1 Mrd DM pro Jahr bewegt hatten, stiegen sie im Gefolge der ersten spürbaren Nachkriegsrezession 1966/77 stark an. Zwischen 1967 und 1972 wurden jährlich zwischen 2 und 2,5 Mrd DM an Direktinvestitionen im Ausland getätigt, während sich dieses Niveau zwischen 1973/74 nochmals auf jährlich 5 Mrd DM steigert. In der Wirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre erreichen die Direktinvestitionen dann mit rund 10 Mrd DM pro Jahr ihren bisherigen Höchststand."²

Insgesamt dürfte der Bestand an Auslandskapital mittlerweile bei ca. 140-150 Mrd DM liegen, wovon ca. 25-20% in den Entwicklungsländern angelegt worden ist. In den letzten Jahren läßt sich eine Anteilsverringering der Entwicklungsländer als Anlagefeld konstatieren.

Bemerkenswert ist außerdem, daß insbesondere in den letzten Jahren seit 1981 die langfristige Kapitalanlage in ausländischen Wertpapieren die Summe der Direktinvestitionen mittlerweile erheblich übersteigt. So z.B. betrug 1985 der Teil des langfristigen Kapitalexports, der in ausländische Wertpapiere floß, ca. 31 Mrd DM, während die Direktinvestitionen knapp 11 Mrd DM ausmachten.³

Anschwellen der Kapitalrückflüsse

Allerdings sind in mancher Hinsicht die Auslandsanlagen in der Dritten Welt bedeutsamer, als ihr Anteil an den gesamten Kapitalanlagen vermuten läßt. Anfang der 80er Jahre waren in bundesdeutschen Auslandsunternehmen der Dritten Welt ca. 1/3 aller im Ausland Beschäftigten konzentriert, obwohl der Anteil der Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern wesentlich geringer war.

Dies verweist darauf, daß in der Tat die Arbeits- und Fertigungsprozesse von Tochtergesellschaften westdeutscher Konzerne in der Dritten Welt im Durchschnitt arbeitsintensiver als in den Industrieländern sind. Diese Disproportion in bezug von Beschäftigten und Kapitalanlagebestand ist bei einzelnen Großkonzernen (VW, Siemens usw.) besonders auffallend.

Neben der Lohnkostensparnis bei Beschäftigung billiger Arbeitskräfte in der Dritten Welt sind andere Motive der Außenexpansion des westdeutschen Großkapitals gelegentlich nicht weniger wichtig: Sicherung von Auslandsmärkten, Umgehung von Umweltschutzaufgaben, Sicherung von Rohstoffquellen, Ersparung von Transportkosten usw. Charakteristisch für die westdeutschen Auslandsinvestitionen in der Dritten

Siemens in Indien, dem asiatischen Hauptanlageland des weltweit umsatzstärksten BRD-Konzerns. 54 seiner Weltfabriken stehen in der Dritten Welt



Welt ist ferner ihre hohe Konzentration auf einige wenige Branchen und die hohe Konzentration auf die führenden westdeutschen Monopole, von denen die 40 Erstplazierten ca. 70-80% aller Auslandsaktivitäten bestreiten.

In bezug auf die Beurteilung der Auswirkungen der Direktinvestitionen auf die unterentwickelten Länder ist selbst bei bürgerlichen Institutionen oder Autoren, teilweise auch bei der Regierungspropaganda, ein vorsichtiger Tenor - gegenüber früheren Lesarten von „privater Hilfe“, „dem besten Beitrag zur Entwicklung“ usw. - zu verspüren. Zwar läßt sich bei den meisten Direktinvestitionen nicht leugnen, daß (sofern es sich nicht bloß um Aufkauf vorhandener Betriebe handelt) durch sie eine Produktionserweiterung und eine gewisse Produktivkraftsteigerung eintritt.

Doch stehen diese an sich positiven Elemente in keinem Verhältnis zu den negativen und ausbeuterischen Momenten der ausländischen Direktinvestitionen, die sich letztlich aus der untergeordneten Stellung der Entwicklungsländer und den dortigen ungünstigen Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche, auf einen inneren Massenmarkt hin orientierte Kapitalakkumulation herleiten lassen.

Allgemein läßt sich wohl behaupten, daß auch die westdeutschen Investitionen nur zu einer einseitigen Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsstruktur beitragen, die an den grundlegenden Massenbedürfnissen und Produktionsmöglichkeiten der jeweiligen Zielländer vorbeigeht.

Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

AIB-Sonderheft 1/1987

Nicaragua

Anfang Januar 1987 erscheint ein AIB-Sonderheft zu Nicaragua (32 S., 2,50 DM).

Dieses Heft gibt einen Überblick über die gesamte Nicaragua-Problematik. Es ist auch wegen seines niedrigen Preises gut geeignet für den Verkauf bei Veranstaltungen und an Büchertischen.



Themen:

- Die vielen Gleise der US-Intervention
- Die strategische Niederlage der Contra
- Damoklesschwert Wirtschaftskrise
- Die sozialen Errungenschaften der Revolution
- Die Contra in der Kirche
- Verfassungsgebung und Demokratie
- Wer verletzt die Menschenrechte?
- Der Selbstmord von La Prensa
- Interview mit Sergio Ramirez
- Die Bonner Interventions-Komplizen
- Brigaden, Städtepartnerschaften, Solidarität

Jetzt vorbestellen!

Benutzen Sie bitte die Bestellkarte!

Bitte mit
Postkartporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag
Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

12/86

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Abopreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.



Gegen die US-Intervention

Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken — ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!

Kaffee-abo

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel.: 069/778863).

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

AIB-Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

- befristet für ein Jahr
 unbefristet*

* Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

- Rechnung

Datum _____ Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

12 / 86

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1



Absender:

Neuer Preis: 45,- DM

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM 50,- inkl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

VERTRAUENS GARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solidshop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Ort/Datum

Unterschrift

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

POSTKARTE

An

Solidaritätsshop

Dritte Welt

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90



Die meisten Investitionen und Produktarten der westdeutschen Konzerne knüpfen an die in der Regel hohe Einkommenspolarisierung in den Entwicklungsländern an. Und sie produzieren sehr häufig vorzugsweise langlebige Konsumgüter für den „gehobenen Bedarf“, d.h. für die zahlungskräftigsten Schichten. Hierdurch werden knappe Ressourcen nicht nur fixiert und in gewisser Weise vergeudet, sondern es entstehen hierdurch auch nur relativ geringe Einkommens- und Beschäftigungseffekte.

Vor allem aber muß das Argument, die Privatinvestitionen stellten einen zusätzlichen Fonds der Kapitalbildung dar, zurückgewiesen werden. Fast alle empirischen Untersuchungen des Verhältnisses von ursprünglichem Investitionsbetrag bzw. Nettokapitalzufluß zu langfristig erwirtschafteten Profiten bzw. Gewinntransfers zeigen, daß – nach einer gewissen Anlaufphase – dieses Verhältnis immer ungünstiger wird.

Das heißt, die neuen Kapitalzuflüsse werden tendenziell geringer und die Kapitalrückflüsse – in Form von Gewinnen, Dividenten, Zinsen, Management-„Gebühren“, Patenten aus der Mutterfirma usw. – immer größer (siehe Tabellen 3 und 4). Diese Wirkungsweise ausländischer Direktinvestitionen, die je länger, umso mehr einem parasitären Absaugungssystem von im Entwicklungsland erzeugten Mehrwertteilen gleicht, wird im übrigen noch durch die Inanspruchnahme einheimischer Finanzierungsquellen verstärkt. Damit wird freilich auch das Argument,

die Privatinvestitionen trügen zur Verbesserung der Zahlungsbilanzsituation bei, entscheidend entkräftet. Im Gegenteil läßt sich die These vertreten, daß diejenigen Länder, die einen relativ großen Anteil von Auslandsinvestitionen schon über einen längeren Zeitraum hinweg aufweisen, gerade diejenigen sind, die die größten Handels- und Zahlungsbilanzprobleme haben und als Konsequenz davon auch eine sehr hohe Auslandsverschuldung aufweisen. Ihr Grad der Auslandsverschuldung ist vergleichsweise am höchsten, der Anteil von Zins- und Tilgungsleistungen am gesamten jährlichen Devisenaufkommen hoch und wachsend. Dies gilt z.B. für Mexiko, Brasilien, Argentinien, aber auch für Nigeria, die Philippinen und in gewisser Weise auch für Südkorea.

Wo steht die Bundesregierung?

Dies läßt sich außer aus den erwähnten Formen von Profitabzug auch aus dem Umstand erklären, daß ein wachsender Teil der Importe der betroffenen Entwicklungsländer von den transnationalen Konzernen getätigt wird, und zwar zu Bedingungen, die keinerlei Transparenzpflicht unterliegen („konzerninterne Verrechnungspreise“). Auf der anderen Seite steuern die binnenmarkt-orientierten Investitionen in der verarbeitenden Industrie durch Exporte vorläufig kaum zum Devisenaufkommen der Gastländer bei.

Bei den weltmarktorientierten industriellen Investitionen, die ihre Produkte im wesentlichen auf den euro-

päischen Markt reexportieren (Typ Müller-Wipperfurth-Tunesien), übersteigen die vom Staat des „Gastlandes“ zu erbringenden und z.T. zu importierenden Vorleistungen häufig die durch Exportorientierung bedingten Devisen- und Steuereinkünfte.

Man könnte nun angesichts dieser ungleichen Verteilung von Vor- und Nachteilen der Auslandsinvestitionen fragen, warum viele Regierungen der Entwicklungsländer ausländische Direktinvestitionen geradezu anlocken. Dies gilt insbesondere für offen proimperialistische und/oder diktatorische Regimes, die sich politische Sicherheiten für ihre Position und ökonomische Vorteile (als Ersatz für eigene Reformanstrengungen) versprechen. Umgekehrt werden solche Regimes, je repressiver und gewerkschaftsfeindlicher sie sind, von den imperialistischen Investoren als die besten Garanten für eine gedeihliche Zusammenarbeit gefeiert.

Bei der Anbahnung dieser und anderer Formen von Beziehungen spielt die Entwicklungspolitik (siehe Beiträge von M. Mohnke und W. Bröner; d. Red.) eine große Rolle, da ihr nicht nur die Funktion zukommt, Rahmenbedingungen für diese Zusammenarbeit zu schaffen, sondern auch in gewissem Umfang ausgleichend wirksam zu werden. Sicherlich muß zumindest ein Teil der öffentlichen Leistungen (Kredite oder Schenkungen) auf diese Weise interpretiert werden.

Die Ursachen der Verschuldungskrise sieht die Bundesregierung fast ausschließlich in den Entwicklungen/Fehl-

Tabelle 3
Verteilung der Rückflüsse
Regionale Verteilung der Rückflüsse aus deutschen Tochtergesellschaften im Ausland 1983-1985

	Rückflüsse (in Mio DM)	Anteil der Rückflüsse an den Brutto- transferleistungen (in %)
Alle Länder	19.089,0	38,3
davon:		
– Industrieländer	14.530,9	34,8
– außereuropäische Entwicklungsländer	4.201,3	57,1
– OPEC-Staaten	356,8	49,4
Industrieländer		
davon:		
– Europa	8.049,7	40,1
– Amerika	6.084,0	30,4
– Afrika	165,6	22,6
– Asien	56,9	10,0
– Ozeanien	174,7	44,0
Außereuropäische Entwicklungsländer		
davon:		
– Mittel-/Südamerika	2.516,3	56,9
– Afrika	1.101,8	72,9
– Asien	575,8	43,7
– Ozeanien	7,5	6,8

(Quelle: W. Olle, Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Bornheim 1986, S. 43 und 44)

entwicklungen in der Dritten Welt bzw. in den jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitiken begründet.

In den „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ (veröffentlicht im April 1986) heißt es hierzu: Der Ölpreisanstieg 1973/74 und 1979/80, versäumte interne Anpassungen, Erfolge der Inflationsbekämpfung in den Industrieländern, wodurch „die Inflationsraten sich schneller als die Zinsen ermäßigten“, sowie Kapitalflucht werden als entscheidende Ursachen der Verschuldungskrise genannt. Kein Wort wird verloren über die Ursachen der chronischen Leistungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer, die terms of trade zuungunsten der Entwicklungsländer, die Verringerung der öffentlichen Entwicklungskredite und die Verschlechterung der Konditionen seitens der kapitalistischen Industrieländer generell usw. Dementsprechend fallen die Lösungsvorschläge der Bundesregierung aus:

- Aufgabe der Industrieländer sei es, ein dauerhaftes inflationsfreies Wachstum zu sichern, Voraussetzungen für weiter sinkende Zinssätze zu schaffen und die eigenen Märkte für die Produkte der Entwicklungsländer zu öffnen.

- Der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Weltbank sind voll zu unterstützen (beide Institutionen sollten in Zukunft besser zusammenarbeiten); und gewissermaßen als demokratisches und soziales Trostpflasterchen wird postuliert, daß vor allem „in den hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern ... die Auswirkungen von sozialen Härten der Anpassungsprogramme auf den beginnenden Demokratisierungsprozeß berücksichtigt werden“ müssen.

- Das Schuldenproblem muß in erster Linie zwischen den jeweiligen Gläubigern und Schuldern bereinigt werden, d.h. für Lateinamerika als der Hauptschuldenregion: zwischen den Regierungen Lateinamerikas und den privaten Geschäftsbanken als den Hauptgläubigern; diese müßten auch entscheiden, in welchem Maße neue Kredite gewährt werden können und inwieweit eine größere „Konstanz des Schuldendienstes“ (eventuell durch größere Variabilität der Laufzeiten) und damit eine Verbesserung der Lage der Schuldnerländer erreicht werden kann. Die Schuldnerländer müßten der Kapitalflucht entgegenwirken und das Klima für ausländische und inländische Investoren verbessern.

- Solche Länder, die die IMF-Auflagen besonders energisch und umfassend befolgen, sollen durch Entgegenkommen bei der öffentlichen Hilfe belohnt werden. Die Bundesregierung „setzt sich bei Umschuldungsverhandlungen in geeigneten Fällen, in denen die Schuldnerländer erfolversprechende Eigenanstrengun-

gen unternehmen, für mehrjährige Umschuldungen ein“.

- Es wird propagandistisch groß herausgestrichen, daß die Bundesregierung 24 Ländern, die zum Kreise der ärmsten Entwicklungsländer (LLDC) zählen, Schulden in Höhe von insgesamt 4 Mrd DM bereits erlassen hat und damit eine international „führende Rolle übernommen“ habe.

Schulterschuß mit US-Bankiers

Die Behauptung, die bundesrepublikanischen Banken seien nur am Rande in der Dritten Welt engagiert, ist bei näherer Betrachtung nicht zu halten. Genaue Ziffern sind allerdings angesichts der Geheimniskrämerei nur schwer zu erhalten:

- Aus einer Analyse der Zahlungsbilanzstatistiken läßt sich ein Kreditsaldo gegenüber der Dritten Welt von etwa 100 Mrd DM errechnen.

- Die Dresdner Bank gibt an, daß knapp 1/10 aller Bankkredite an die Dritte Welt auf BRD-Banken entfällt, nach dem gegenwärtigen Stand also etwa 50 Mrd Dollar = 115 Mrd DM.

- Deutsche und Commerzbank beziffern ihre Kredite an „Problemländer“ mit 7,4 bzw. 5,4 Mrd DM, die Dresdner dürfte dazwischen liegen.⁴ Die drei Großbanken dürften also knapp 20 Mrd DM allein in den Umschuldungsländern der Dritten Welt ausstehen haben.

- Die Kredite sind in den Bilanzen aber oft nur zum Teil ausgewiesen, weil gerade die deutschen Banken gewaltige Rückstellungen gebildet haben und die Wertberichtigungen vom Nominalwert oft schon abgezogen werden. Als „Risikovorsorge“ für Länderrisiken wurden allein 1981-83 ca. 23 Mrd DM Rückstellungen gebildet.

- Das Rückstellungsproblem sei beleuchtet mit von der Commerzbank veröffentlichten Zahlen. Allein 1985 hat die Bank auf „Risikokredite“ von 5,4 Mrd DM steuermindernde Rückstellungen von 700 Mio DM gebildet. Die tatsächlichen Forderungsausfälle beliefen sich auf 55 Mio DM.

Überdurchschnittlich groß ist das Engagement bundesdeutscher Banken in Afrika und Asien, gemessen an der Gesamtverschuldung der Regionen. In einzelnen Ländern wie Indien, Tunesien und der Türkei spielen sie eine maßgebliche Rolle.

In den 15 hochverschuldeten Ländern vor allem Lateinamerikas scheint das westdeutsche Engagement relativ geringer zu sein. So schätzt Werner Blessing von der Deutschen Bank den Anteil der BRD-Banken am „Baker-Engagement“ – für 15 Länder sollen neue Kredite in Höhe von 20 Mrd Dollar bereitgestellt werden – auf etwa 1 Mrd Dollar.

Zu beachten ist auch, daß nur 40 bundesdeutsche Institute überhaupt im Dritte-Welt-Geschäft engagiert sind, also ein relativ exklusiver Kreis. Deren Rolle bestimmt sich aber nicht nur durch das quantitative Gewicht.

An allen Krediten sind internationale Bankkonsortien gemeinsam beteiligt; dem Schuldner tritt also ein Bankkartell gegenüber, das alle Entscheidungen gemeinsam trifft: Ein Ausscheren einzelner Banken aus diesem Gläubigerkartell würde von den übrigen sofort durch den Ausschluß aus dem internationalen Geschäft beantwortet. Es ist also auch wichtig, was für Positionen von den westdeutschen Banken in diesen Konsortien



eingenommen werden.

In den Hauptfragen liegt hier ein enger Schulterschuß mit den dominierenden US-Banken vor. Die Anpassungslast haben die Schuldnerländer zu tragen.

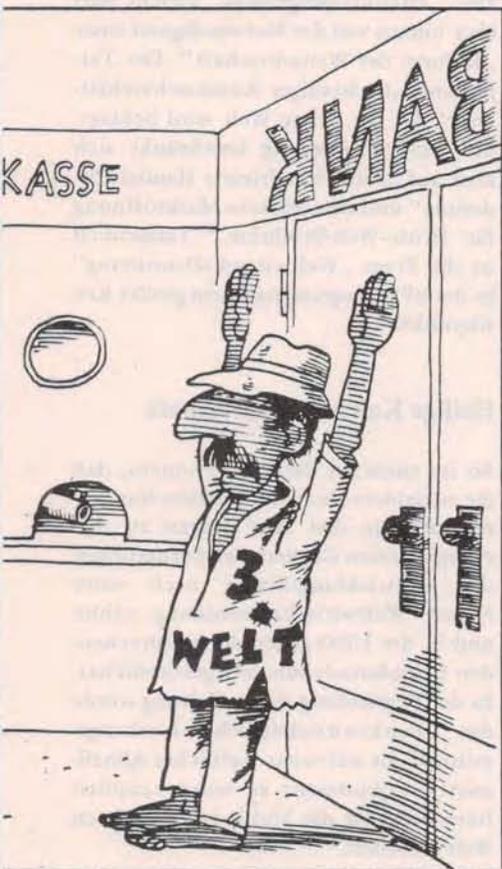
Werner Blessing: „Sie müssen sich zu umfassenden makroökonomischen und strukturellen Reformprogrammen bereitfinden, die auf eine nachhaltige Stärkung der Wachstumsgrundlagen bei binnen- und außenwirtschaftlicher Stabilisierung ausgerichtet sind. Dazu gehört der Abbau umfangreicher Budgetdefizite, die Beseitigung teilweise immer noch unrealistischer Wechselkurse, die Herstellung effizienter Preis- und Zinsstrukturen sowie nicht zuletzt die Mobilisierung marktwirtschaftlicher Wachstumspotentiale, u.a. durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Entwicklung der heimischen Kapitalmärkte so-

wie die Verbesserung des Investitionsklimas.“⁵

Der Zynismus einer solchen Position ist offensichtlich: Es ist ja gerade der ständige Mittelabzug durch die Banken aus der Dritten Welt, der dort das „Investitionsklima“ belastet.

Es sind aber durchaus auch spezifisch bundesdeutsche Akzente festzustellen, wie u.a. aus der Stellungnahme von 40 hiesigen Banken zum Baker-Plan hervorgeht.

Dieses Papier wurde auf einer durch die Deutsche, Dresdner und die Commerzbank einberufenen Versammlung unter Anwesenheit der Bundesbank verabschiedet.⁶ Nachdem dort der Baker-Plan



grundsätzlich begrüßt wurde, melden die westdeutschen Banken eigene Interessen an:

- Alle Institute sollen mit einem „fair share“ beteiligt sein.
- Während der Baker-Plan 2/3 der Neuausleihungen an die Dritte Welt durch die Banken aufgebracht sehen möchte, schlagen die Bundesdeutschen eine Relation 50 : 50 vor. Insbesondere wird auf die Notwendigkeit verwiesen, IMF und Weltbank finanziell besser auszustatten, eine Forderung, die an die USA gerichtet ist. Bekanntlich weigert sich Reagan, die Weltbankmittel aufzustocken.
- Die privaten Neuausleihungen sollen durch Aufstockung öffentlicher Mittel z.B. im Rahmen der Exportkreditversicherung abgesichert werden.
- Die bundesdeutschen Banken schlagen für sich vor, die Zuführung neuer

Mittel durch folgende Behandlung der Altschulden zu ersetzen. Sie möchten nicht eintreibbare Schuld- und Zinsforderungen in handelbare Wertpapiere umwandeln. So könnte z.B. die Deutsche Bank diejenigen Zinsforderungen, die nicht mehr einzulösen sind, einfach verkaufen. Es ist klar, daß dieser Vorschlag nur dann einen Sinn ergibt, wenn der Käufer solcher Forderungen seinerseits bereit ist, die Verluste zu tragen. Es geht also schlicht darum, daß „faule“ Forderungen von der öffentlichen Hand übernommen werden sollen.

So lassen sich drei „deutsche“ Spezifika ausmachen:

- Ein ausgeprägter Widerwillen gegen die Vergabe neuer Kredite in die Dritte Welt. Es gibt jetzt rentablere Geschäfte!
- Die Forderung nach stärkerer Beteiligung von IMF und Weltbank, was auf die Forderung nach mehr US-Mitteln hinausläuft.
- Die Forderung nach stärkerer Risikobeteiligung des Staates und nach öffentlichen Geldern.

Bewundernswert ist hier nur die Unverschämtheit, mit der den Schuldnerländern mehr „Privatinitiative“ auf Kosten des Lebensstandards der verarmten Bevölkerung empfohlen wird, während die 40 Banken hierzulande den sonst so inkriminierten Staat schlicht dazu auffordern, ihre privatwirtschaftlichen Risiken zu übernehmen. Sie fordern für ihre Probleme eine ausgeprägt staatsmonopolistische Lösung.

In diesem Zusammenhang noch einige sehr bezeichnende Details:

- Die besagte Erklärung wurde an den IMF, die Weltbank, die Deutsche Bundesbank und an das Bundesfinanzministerium geschickt (nicht etwa ans Entwicklungsministerium).
- Sie ist stellvertretend unterzeichnet von der Deutschen und Dresdner Bank, der Commerzbank und der WestLB. Letzteres ist bekanntlich ein öffentliches, durch die SPD-Landesregierung und die NRW-Kommunen dominiertes Institut.
- Diese vier unterzeichnenden Banken erwirtschafteten allein 1985 ein Betriebsergebnis, d.h. einen finanzkapitalistischen Profit, von fast 10 Mrd DM, gut doppelt so viel wie 1982, vor Ausbruch der Schuldenkrise.⁷

Anmerkungen:

- 1) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank 1985, Frankfurt 1986, S.27
- 2) Rainer Falk, Die heimliche Kolonialmacht, Köln 1985, S.86
- 3) Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank, a.a.O., S.29
- 4) Angaben laut Geschäftsberichten
- 5) In: Handelsblatt, 24.4.1986, Banken International
- 6) Vgl. u.a. Handelsblatt, 22.1.1986
- 7) Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse, Frankfurt/M., Heft 2/1986

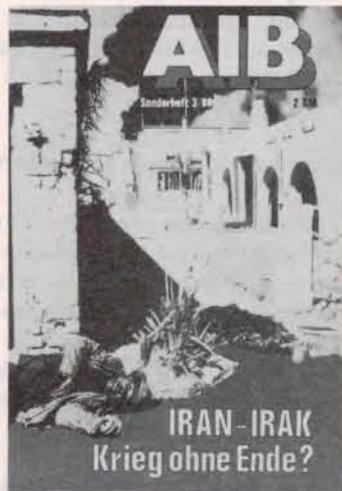
AIB-Sonderhefte



4/1985: Weltraumrüstung
28 Seiten, 2 DM



1/1986: Südafrika
40 Seiten, 2,50 DM



3/1986: Iran - Irak
28 Seiten, 2 DM

Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht; zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). 33% Rabatt ab 10 Expl. Bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Dieter Boris/Jörg Goldberg/Nico Biver

Alternativen zur Schuldenfrage

Der folgende Beitrag ist Teil eines Referats, das Dieter Boris und Jörg Goldberg auf der Konferenz „Verschuldung und Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle der Bundesrepublik“ (Köln, 31. Mai/1. Juni 1986) vortrugen. Es wurde von Nico Biver an einigen Stellen aktualisiert, erweitert und um einen Teil zu den Positionen der Friedensliste ergänzt.

Während die konservativen Lösungskonzepte überwiegend darauf hinauslaufen, die Schuldenlast der Dritten Welt als permanentes Druckmittel aufrechtzuerhalten, gibt es zahlreiche andere Positionen, die aus unterschiedlichen Gründen eine einschneidende Entschuldung für notwendig erachten.

In der Bundesrepublik orientieren sich dabei viele derartige Konzepte an der Idee eines „Marshallplanes für die Dritte Welt“, eine Parole, die vor allem in der SPD aufgestellt wird. Dabei ist die Funktion des Marshallplans für Westeuropa in Erinnerung zu rufen: Er hatte nach dem 2. Weltkrieg die Aufgabe, Linkskräfte aus den westeuropäischen Regierungen herauszuhalten und die Empfängerländer an die USA zu binden. Unzweifelhaft aber hat er zur kapitalistischen Reaktivierung der Ökonomien beigetragen.

Im Bewußtsein dieser – gerade für die SPD historisch sehr problematischen – Erfahrung bemüht sich das SPD-„Zukunftsprogramm Dritte Welt“ von 1984 um eine Abgrenzung: „Anders als beim Marshallplan kann es jedoch nicht darum gehen, die Entwicklungsländer in das politische und wirtschaftliche System der Industriestaaten einzubinden.“¹

Internationale Schuldenkonferenz

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ingomar Hauchler hat auf der Grundlage dieses mit dem Namen Willy Brandt verbundenen Konzepts eine internationale Schuldenkonferenz vorgeschlagen, an der alle Seiten gleichberechtigt teilnehmen sollen. Dort soll folgendes Entschuldungsmodell beschlossen werden:

- Für die öffentlichen Altkredite von rund 400 Mrd Dollar soll der Schuldendienst so verringert werden, daß dieser die Neuzufüsse aus der Entwicklungshilfe nicht übersteigt.

- Die Neuzufüsse (wenn was übrigbleibt; die Verf.) sollen verzinst und getilgt werden. Der einkommende Schuldendienst wird in einem Entwicklungsfonds in den Schuldnerländern gesammelt.



SPD-MdB Wolfgang Röth, der den wirtschaftspolitischen Leitantrag des Nürnberger Parteitag mitformulierte

- Von den 600 Mrd Dollar privater Kredite sollen 200 Mrd auf Kosten der Banken als nicht mehr einbringbar gestrichen werden. Auf weitere 200 Mrd sollen die Banken ein Zinsmoratorium gewähren. Die restlichen 200 Mrd sollen weiter bedient werden, wobei öffentliche Zinszuschüsse angeboten werden. Für die Schuldendienstbelastung wird eine Obergrenze von 20% des Exporterlöses des Entwicklungslandes festgelegt.

In diesem Vorschlag, der in den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages vom August 1986 nur sehr allgemein seinen Niederschlag findet, haben die Banken, die an der Verschuldung gut verdient haben, die Hauptlast zu tragen.

Es stellt sich allerdings die Durchsetzungsfrage: Es ist nur schwer vorstellbar, daß auf der vorgeschlagenen Superkonferenz die dort ja auch stimmberechtigten Banken einem solchen Konzept zustimmen. Es wären also nationale Maßnahmen notwendig, um die Banken zur Entschuldung zu zwingen. Dazu finden sich aber in der ganzen SPD-Programmatik keine Ansatzpunkte.²

Über diesen Vorschlag hinaus gibt es im Rahmen des „Zukunftsprogramms Drit-

te Welt“ die Vorstellung, einen aus Rüstungslasten gespeisten internationalen Entwicklungsfonds zu gründen. Dieser soll paritätisch von Industrie- und Entwicklungsländern verwaltet werden und eine grundbedarfs- und binnenmarkt-orientierte Strategie verfolgen. Während Uwe Holtz 1984 im Zukunftsprogramm noch von 5% der weltweiten Rüstungsausgaben (= 50 Mrd Dollar) spricht, will die wirtschaftspolitische Resolution von Nürnberg nur noch 1% (= 10 Mrd Dollar) dafür aufwenden.³ Dieser Fonds soll neben die bestehenden supranationalen Institutionen (IMF, Weltbank u.a.) treten, welche in ihrer Grundstruktur unberührt bleiben.

Das „Zukunftsprogramm“ spricht darüber hinaus von der Notwendigkeit einer „Reform der Weltwirtschaft“. Der Tatbestand „nachteiliger Austauschverhältnisse“ für die Dritte Welt wird beklagt, die Reformforderung beschränkt sich aber auf „zeitlich befristete Handelsförderung“ und eine stärkere Marktöffnung für Dritte-Welt-Produkte.⁴ Tatsächlich ist die Frage „Weltwirtschaftsordnung“ in der SPD-Programmatik ein großer Kritikpunkt.

Heilige Kuh Marktwirtschaft

So ist zunächst daran zu erinnern, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in den 70er Jahren zu den engagiertesten Gegnern der Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zählte und in der UNO gegen die entsprechenden Grundsatzdokumente gestimmt hat. In der Begründung dieser Haltung wurde das „marktwirtschaftliche Lenkungsprinzip“ als weltwirtschaftliches Allheilmittel angepriesen; es wurde explizit freie Bahn für die Multis in der Dritten Welt gefordert.⁵

Die Debatte um den wirtschaftspolitischen Leitantrag der SPD von 1986 zeigt, daß diese „marktwirtschaftliche“ Position der SPD weiterhin „Beschlusslage“ ist.

So wird zwar die einseitige Ausrichtung der Entwicklungspolitik an den Industrieländerinteressen kritisiert, die Aufgabengleichung des IMF angegriffen. Gleichzeitig aber wird dessen marktradikales Grundkonzept wiederholt: Die von den Schuldnerländern zu erbringenden „Eigenanstrengungen“ seien vor allem: „mehr monetäre und finanzpolitische Disziplin, die produktivere Verwendung knapper Finanzmittel, die Bekämpfung von Korruption und Kapitalflucht sowie Anreize für die Rückkehr der Fluchtgelder“. Das könnte auch vom IMF so formuliert worden sein.

Vor allem bleiben die Interessen der multinationalen Konzerne der Orientie-

rungspunkt der Weltwirtschaftsordnung, bestimmen damit die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik sowohl in den kapitalistischen Ländern als auch in der Dritten Welt: „Die zunehmend transnational wirksame Investitionstätigkeit der Unternehmen zwingt die nationale Politik, ihre Entscheidungen so auszurichten, daß die Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze konkurrenzfähig bleibt.“⁶

Es ist aber genau dieser in den Entwicklungsländern besonders wirksame Zwang, der überhaupt erst zum Entstehen der Schuldenkrise geführt hat, der das System der neokolonialistischen Ausbeutung ursächlich begründet.

GRÜNE Entschuldungsstrategie

Die Grünen halten ebenfalls eine sofort wirksame und gerechte Entschuldungsstrategie für einen Kernpunkt der Dritte-Welt-Problematik. In ihrem Bundestagswahl-Programm fordern sie, daß es „über den Zwischenschritt eines Schuldenmoratoriums zu einer umfassenden Streichung der Auslandsschulden kommen“ müsse.⁷

Der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Ludger Vollmer, unterstreicht nach einem Besuch in Kuba und Gesprächen mit Fidel Castro, daß sich die Positionen der Grünen zur Verschuldungskrise weitgehend mit den kubanischen decken. Dies gelte vor allem für die Einschätzung der Politik des IMF, dem es darum gehe, „den Status quo aufrecht zu erhalten... Die verschuldeten Länder sollen gezwungen werden, ihre Volkswirtschaft auf den Export umzustellen“.

Vollmer betrachtet die IMF-Politik als ungeeignet, die Schuldenkrise zu lösen,

und macht sie zum großen Teil für das Elend in den Entwicklungsländern verantwortlich. „Unserer Meinung nach kommen die Länder der Dritten Welt nur aus der Misere heraus..., wenn die Schulden gestrichen werden.“

Die Grünen seien ebenso wie die Kubaner der Meinung, daß die Bildung von Schuldnerkartellen notwendig sei, um Druck auf die Privatbanken und die öffentliche Hand in den Industrienationen auszuüben.⁸

Entwicklungsfonds für die 3. Welt

In ihrem Programm zum Umbau der Industriegesellschaft fordern die Grünen neben einem sofortigen Schuldenaufschub auch die Entwicklung von Konzepten zur Schuldenstreichung. Hier unterscheiden sie sich allerdings von den Lösungsvorschlägen Fidel Castros, der die Streichung der Schulden durch eine Senkung der Rüstungshaushalte der Gläubigerstaaten finanzieren will.

Diskutiert werden bei den Grünen dazu folgende Punkte:

- Verzicht auf die Rückzahlung von Krediten aus öffentlichen Mitteln, ohne daß dies zu Lasten des Entwicklungshaushaltes geht.
- Ausgleich der Vermögensverluste durch Rückzahlungsverzicht bei privaten Krediten durch eigene Reserven der Geschäftsbanken.
- Staatliche Vermögensausfallhilfen für private Geschäftsbanken nur gegen entsprechende Übertragung von Eigentums- und Kontrollrechten. Für Schuldner bedeutet dies nicht einfach Schuldenstreichung.
- Die erlassenen Zins- und Tilgungsbeiträge sollen von den Entwicklungsländern in einheimischer Währung in einen

nationalen revolutionären Entwicklungsfonds eingezahlt werden.

● Der Fonds soll von den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen verwaltet werden (Bauernverbände, Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Frauenräte usw.).

● Er soll der Finanzierung von eigenständigen Entwicklungswegen dienen, die die Grundbedürfnisbefriedigung der Bevölkerung zum Ziel haben.⁹

Darüber hinaus halten sie „massivste Korrekturen“ der Weltwirtschaftsstrukturen für notwendig, wobei sowohl die Gerechtigkeit der Weltmarktpreise als auch die weiterhin bestehende koloniale Arbeitsteilung zwischen Rohstoffproduzenten und Fertigwarenherstellern angesprochen wird. Gleichzeitig wird eine Reform der IMF-Gesetze gefordert und eine Auflösung der Weltbank in regionale Entwicklungsfonds vorgeschlagen. Ansatzpunkte für die Durchsetzung einer solchen Strategie sehen die Grünen im eigenen Land, in der Durchsetzung von Schritten der „Demokratisierung und Dezentralisierung“ gegenüber multinationalen Unternehmen.

Bonner Handlungsmöglichkeiten

In ihrem Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen fordert die Friedensliste „die ersatzlose Streichung aller Schulden der Länder der 'Dritten Welt'“.¹⁰

Das Mitglied des Bundesvorstands der Friedensliste, Jürgen-Bernd Runge, verlangt, daß man von der Bundesrepublik aus „die Initiativen von Kuba und den anderen betroffenen Ländern in der Dritten Welt unterstützen“ muß, denn nicht die Länder der Dritten Welt stünden bei uns in der Kreide, sondern umgekehrt, da sie von den westlichen Industriestaaten ausgebeutet würden.¹¹

„Die astronomischen Milliarden schulden der Entwicklungsländer“, so der Bundessprecher der Friedensliste, Karl-Heinz Hansen, in der Umfrage in diesem Heft, „sind nichts anderes als zusätzliche, von ihnen an die 'Geberländer' zu entrichtende Ausbeutungsprämien.“

Ähnlich wie die Grünen kritisiert die Friedensliste den IMF und die Weltbank als Instrumente der imperialistischen Staaten zur Steuerung der Ausbeutung der Dritten Welt und fordert eine Neue Weltwirtschaftsordnung, die die Benachteiligung der Entwicklungsländer beseitigt.

Unterschiede sind jedoch festzumachen, was die Ursachen der Schuldenkrise und praktische Forderungen an die Bundesregierung angeht. So stellt das Programm der Friedensliste fest, daß die „Explosion“ dieses Verschuldungsproblems zwischen 1980 und 1985 zuallererst in der mit Reagans gigantischen Rüstungspro-

Teilnehmer einer Podiumsdiskussion der Kölner Verschuldungskonferenz: Grünen-MdB Ludger Vollmer (2. v. r.) und Friedensliste-Vorstandsmitglied Jürgen-Bernd Runge (2. v. l.)



grammen einhergehenden Hochzinspolitik (begründet lag)", wobei sie auf eine weitere Verschärfung des Problems durch Reagans Sternenkriegsprogramm verweist.¹²

Damit wird auch eine Interessenüberschneidung zwischen der Friedensbewegung und den Massenbewegungen und Ländern der Dritten Welt deutlich, die für die Streichung der Schulden und ihre Finanzierung durch eine Kürzung der Rüstungsausgaben eintreten.

An diese Forderung und an Beschlüsse der UNO knüpft die Friedensliste an, wenn sie eine Senkung der Rüstungsausgaben um 10% fordert, wovon die Hälfte der Dritten Welt zugutekommen soll. Sie richtet diese Forderung an die Bundesregierung und knüpft, anders als die SPD, eine Senkung des Rüstungshaushalts zu diesem Zweck nicht an internationale Abkommen. Gleiches gilt auch für die Politik des IMF und der Weltbank, wo die Friedensliste fordert, daß die BRD-Vertreter gegen die jetzigen Ausbeutungspraktiken stimmen und die Positionen der Entwicklungsländer zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung unterstützen sollen.

Vertreter der Friedensliste machen aber auch Handlungsmöglichkeiten gegen die Verschuldungskrise aus, die in die direkte Zuständigkeit der Bundesregierung fallen. So kritisieren J.B. Runge und K.H. Hansen die hohen Zinssätze von Entwicklungshilfe-Darlehen, die neben den damit verknüpften Lieferbindungen mit für die Verschuldung verantwortlich seien. Runge fordert, daß die am meisten unterentwickelten Länder nur noch Zuschüsse erhalten sollen und für die anderen Länder die Zinssätze drastisch gesenkt werden müssen.¹³

Anmerkungen:

- 1) Willy Brandt, *Der organisierte Wahnsinn*, Köln 1985, S. 173
- 2) Siehe: *Vorwärts*, Nr. 18/1986
- 3) Siehe: AIB-Umfrage in diesem Heft
- 4) *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 17/1984
- 5) Vgl.: Rainer Tetzlaff, *Die Diskussion der Neuen Weltwirtschaftsordnung in der Bundesrepublik...*, in: *Diskurs* Nr. 3/August 1980, S. 16ff.
- 6) *Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern*. Entwurf der Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik beim Parteivorstand der SPD, Bonn 1986, S.72
- 7) DIE GRÜNEN, *Bundestagswahl 1987*. Programm, S.23
- 8) *Cuba Libre*, Nr. 3/Okttober 1986, S.4
- 9) Ludger Vollmer/Thomas Fues, *Internationale Verschuldungskrise*, in: *IMSF, Institutsmittteilung* Nr. 29/Frankfurt/M. 1985
- 10) *Die Friedensliste*. Abrüsten – Das Programm für die Zukunft. Positionen zur Bundestagswahl 1987, S.22
- 11) Podiumsdiskussion. *Die Linke und die Dritte Welt*, in: *IMSF/ASK* (Hrsg.), *Die Dritte Welt in der Schuldenkrise – Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen*, S. 247
- 12) *Die Friedensliste...*, S.21
- 13) Podiumsdiskussion..., a.a.O.



Fundamentalkritikerin Brigitte Erler, 1974-83 Referentin beim BMZ, in Pakistan

Rainer Falk

Entwicklungshilfe: ein- oder umstellen?

„Erst wußten sie genau, was den Leuten gut tut, nämlich Fortschritt und Zivilisation, und jetzt, was ihnen nicht gut tut, nämlich Fortschritt und Zivilisation. Gestern haben sie über die Leute gelacht, weil die keine Corbusier-Hochhäuser wollten, heute lachen sie über die Leute, weil sie solche Häuser haben wollen. Es sind die ewigen Klugscheißer, auch dann, wenn sie sich selbst als Eurozentristen kritisieren.“ „Man muß ganz genau wissen, was und für wen man was macht.“

Uwe Timm, *Der Schlangensbaum*

Jetzt hat sich also auch die Belletristik einem Thema zugewandt, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, vor allem aber entwicklungspolitische Experten und „Dritte-Welt-Bewegte“ schlechthin seit langem nicht mehr los läßt.

Es ist die Frage nach der Sinnhaftigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Dritten Welt, nach der Krise der herrschenden Entwicklungspolitik und nach möglichen und denkbaren Alternativen zum jetzigen Status quo angesichts des offenkundigen Scheiterns überkommener westlicher Modernisierungskonzepte an den eigenen Prämissen und den harten Realitäten vor Ort. Die Intensität der Debatte und die Irritationen im Kreis der Praktiker sind so groß, daß die Sachwalter der etablierten Entwicklungspolitik schon glaubten, gegensteuern zu müssen. Es sei dringend notwendig, so kommentierte zum Beispiel die Frankfurter Allgemeine Zeitung

(FAZ), „daß die zuständigen Stellen sich etwas Neues einfallen lassen für das Gespräch mit dem Bürger, damit der Entwicklungshilfe-Pessimismus wenigstens nicht noch mehr zunimmt“.¹

Keinem geringeren als Entwicklungsminister Jürgen Warnke selbst blieb es vorbehalten, die Kritiker unter Zu-Hilfenahme des uralten Links-Rechts-Schemas als letztlich Böswillige gegenüber der Dritten Welt ins Abseits zu rücken: „Der Hilfe-Pessimismus“, so Warnke, „franst an seinen Rändern aus in Resignation oder Aggression gegenüber der Dritten Welt. Bemerkenswerterweise nimmt dabei das Spektrum an den rechten oder linken Flügelspitzen die grellsten Farben an – im Ton vielleicht noch unterschiedlich, im Ergebnis gleich, wie das allemal der Fall ist.“²

Dabei liegt das Demagogische dieses Einwands offen auf der Hand: Die rechten Kritiker der Entwicklungshilfe, allen voran der von der britischen Premierministerin Thatcher zum Lord ernannte P.T. Bauer, entstammen nämlich gerade jenem Kreis von Ideologieproduzenten, auf die sich auch die Oberen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) beim praktischen Vollzug der Wende zu stützen pflegen.

Bauer ist der Meinung, daß die Entwicklungshilfe und das damit in den Entwicklungsländern produzierte „Anspruchdenken“ eine Ursache für die Entstehung des Nord-Süd-Konflikts darstellt. In sei-

nem Buch „Reality and Rhetoric“ schreibt er: „Die Entwicklungshilfe hilft den Inkompetenten, nimmt den Anreiz zu eigenen Anstrengungen und macht damit eher mehr als weniger abhängig vom Westen und seiner Großzügigkeit.“³ Das ist zweifellos Wasser auf die Mühlen derer, die eine grundlegende Umorientierung der Entwicklungspolitik im Sinne einer „Entstaatlichung“ der Entwicklungshilfe zu Gunsten von mehr Markt und Privatinitiative, einer Orientierung auf Exportförderung und wirtschaftliche Konditionierung der vergebenen Mittel sowie einer generellen Einschränkung der staatlichen Leistungen durchsetzen wollen.

Diese praktische Politik der Wende-Politiker ist es ja gerade, die zu scharfer Kritik von links begründeten Anlaß gibt. Sie verstärkt die Zweifel derer, die bislang noch glaubten, durch die Nutzung verbliebener Spielräume innerhalb des herrschenden Apparates Sinnvolles zur Entwicklung der Dritten Welt beitragen zu können.

Nicht alle gehen so weit wie Brigitte Erler (SPD), die nach jahrelanger Tätigkeit im BMZ fristlos kündigte, weil ihr nach und nach „die einzige noch verbliebene Illusion geraubt (wurde), daß wenigstens 'meine' Projekte zur Beseitigung von Elend und Hunger beitragen“.⁴ Dennoch ist ihr Buch „Tödliche Hilfe“, das inzwischen eine beachtliche Auflage erreicht hat, symptomatisch für eine ganze Gruppe von Kritikern, die eine Einstellung der Entwicklungshilfe heute für das Beste halten.

Belegt durch zahlreiche Beispiele aus der entwicklungspolitischen Praxis vor Ort formuliert Brigitte Erler ihre Hauptthese so: „Entwicklungshilfe schadet allen, denen sie angeblich nützen soll, ganzen Ländern wie einzelnen Betroffenen. Sie muß deshalb sofort beendet werden. Ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in den Ländern der Dritten Welt besser... Entwicklungshilfe trägt dazu bei, in den meisten Entwicklungsländern ausbeuterische Eliten an der Macht zu halten und im Namen von Modernisierung und Fortschritt Verelendung und Hungertod zu bringen.“⁵

Schadet Entwicklungshilfe allen?

Kritiker wie Brigitte Erler gewinnen durch die persönliche Konsequenz und moralische Rigidität, mit denen sie ihre Thesen vortragen. Gleichwohl neigen sie dazu, das Kind gleichsam „mit dem Bade auszuschütten“.

Im Eifer des Gefechts übersehen sie oft sowohl den historischen Entstehungszusammenhang von Entwicklungshilfe als auch den funktionalen Kontext, in dem sie heute im Geflecht der Gesamt-

heit der Beziehungen zur Entwicklungswelt steht. Gerade unter diesem Aspekt ist es eben höchst fraglich, ob es den Menschen in der Dritten Welt ohne Entwicklungshilfe – bei aller Kritik, die sich an ihren konkreten Konzepten und ihrer Praxis üben läßt – tatsächlich besser ginge.

Ich selber habe in meinem Buch „Die heimliche Kolonialmacht“ einen Kritik-Ansatz vorgestellt⁶, der davon ausgeht, daß die heutige Entwicklungspolitik von vorneherein eingebettet war in den weiteren Zusammenhang neokolonialer Interessensicherung gegenüber der Dritten Welt (wozu eben auch die weit gewichtigeren Formen der kapitalistischen Durchdringung wie private Kapitalexperte und Kreditbeziehungen mit deren machtpolitischen Absicherungsinstrumenten gehören). Er stellt aber auch in Rechnung, daß die Spezifik von Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe gegenüber anderen Instrumenten der Interessensicherung gegenüber der Dritten Welt (wie Diplomatie, Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik und militärische Sicherheitspolitik) darin begründet liegt, daß sie ein Moment des materiellen Zugeständnisses an die Empfänger bzw. Adressaten beinhalten. Insofern sind sie auch Reflexe auf die antikolonialen und antiimperialistischen Emanzipationsbestrebungen der Völker der Dritten Welt.

Der Süden will Wiedergutmachung

In dieser Perspektive gesehen, bedeutet es keine Abmilderung oder Entschärfung der notwendigen Kritik am herrschenden System der Entwicklungspolitik, wenn man in Bezug auf die Entwicklungshilfe einige grundlegende Zusammenhänge ins Gedächtnis ruft:

Trotz aller neokolonialen Bedingungen, die an sie geknüpft werden, und trotz ihrer Einbettung in das Zwangsverhältnis kapitalistischer Verwertungsinteressen ist die Entwicklungshilfe (also die Veranstaltung des Transfers staatlicher Finanzmittel im engeren Sinne) sowohl historisch als auch aktuell immer auch eine Art Wiedergutmachung bzw. Kompensationsleistung für die den Entwicklungsländern zugefügten Schäden. Dies geschah in der Kolonialzeit und geschieht heute durch das Agieren von Multis und internationalen Banken, welche die wirtschaftlichen und sozialen Schädigungen ständig reproduzierten und verstärkten.

Im Vergleich zu kommerziellen Waren- und Kapitalströmen ziehen die Empfängerländer aus der staatlichen Entwicklungshilfe noch den größten Nutzen, wengleich sich gegenwärtig deren Bedingungen rapide verschlechtern. Unter

diesem Aspekt haben die Entwicklungsländer einen internationalen Rechtsanspruch auf diese Entwicklungshilfe, der im Laufe des Kampfes um politische Unabhängigkeit und ökonomische Dekolonisation erworben worden ist. Kein Land der Dritten Welt, auch und gerade diejenigen mit fortschrittlichen Regierungen, wird sich diesen Rechtsanspruch heute mehr streitig machen lassen.

Betrachten wir den gegenwärtig vorherrschenden Trend im Ressourcenaustausch zwischen dem Westen und dem Süden, so besteht schon gar kein Anlaß, die Forderung nach Einstellung der Entwicklungshilfe zu stellen. Denn abgesehen davon, daß die öffentlichen Transferzahlungen an den Süden in den letzten Jahren unter dem Einfluß der rechten Regierungen in Washington, London und Bonn ohnehin gekürzt und verschlechtert wurden, steht diesen dürftigen Zahlungen gegenwärtig ein fast viermal so hoher Finanzstrom von Süden nach Norden gegenüber (vgl. Schaubild). Dieses sich gegenwärtig zu bislang noch nie gekannten Dimensionen verschärfende Ausplünderungsverhältnis der Ersten zur Dritten Welt unterstreicht den Anspruch der letzteren auf eine Wiedergutmachung neokolonialer Schädigungen noch zusätzlich.

Gegenwärtig wird die Entwicklungshilfe selbst in dieser bescheidenen Kompensationsfunktion, die sie ursprünglich auch einmal haben sollte, in Frage gestellt.

Dies zeigt sich daran, daß auch die öffentlichen Kreditströme dazu tendieren, von Entwicklungshilfe-bedingten Rückzahlungen mehr und mehr aufgeessen zu werden. Schon heute entspricht das, was die Entwicklungsländer aus früheren öffentlichen Entwicklungshilfekrediten an die Bundesrepublik zurückzahlen haben, etwa der Hälfte der bundesdeutschen Kredithilfe an die Dritte Welt (1986).

Not tut eine alternative Hilfe

Trotz eines selektiven Schuldenerlasses, den Bonn den am wenigsten entwickelten Entwicklungsländern seit 1978 anbietet, ist nach dem neuesten Bericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau damit zu rechnen, „daß die Nettoleistungen an die Entwicklungsländer tendenziell zurückgehen, so daß sich also die Differenz zwischen Auszahlungen und Rückzahlungen verkleinert“.⁷ Bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts „dürften die Entwicklungsländer so viel an den deutschen Haushalt zurückzahlen, wie ihnen an neuen Krediten gewährt wird“.⁸

Vor diesem Hintergrund kann es nur um eine Alternative zur herrschenden Ent-

Entwicklungsländer zahlen mehr zurück als sie erhalten



wicklungshilfe, nicht aber um ihre ersatzlose Streichung gehen. Die Forderung nach einer anderen bzw. einer neuen Entwicklungspolitik kann freilich realistisch nur im Rahmen eines Gesamtkonzepts ökonomischer (wirtschaftspolitischer) und gesellschaftlicher Veränderungen erhoben werden.

Eine neue, an den Lebensinteressen der Völker der Entwicklungswelt orientierte Entwicklungspolitik bedarf, um wirksam zu werden, vor allem der Veränderung der generellen wirtschaftspolitischen Orientierung eines entwickelten und mächtigen kapitalistischen Landes wie der Bundesrepublik und der Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Entwicklungsprozeß der Dritten Welt behindern. Schließlich wird eine alternative Entwicklungspolitik auf radikale sozialökonomische Strukturveränderungen innerhalb der Länder der Dritten Welt selber angewiesen sein, die sich an den Interessen der Masse der abhängigen Bevölkerung zu orientieren haben.

Entwicklung durch Abrüstung

In Bezug auf die Diskussion über Alternativen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik bedeutet dies, daß diese wesentlich stärker daraufhin zu überprüfen ist, wie sie auch den Interessen der ausgebeuteten und abhängigen Massen in den Entwicklungsländern gerecht werden kann. Keiner wirtschaftspolitischen Alternativ-Konzeption, die ihren Namen verdient, kann es gleichgültig

sein, wie sich das Schicksal der Mehrheit der Menschheit entwickelt.

Hinzu kommt, daß der Grad der erreichten Internationalisierung des Kapitals und der Produktion (einschließlich der Einbeziehung der Entwicklungsländer in diese Prozesse) für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einen neuen, internationalistischen Imperativ schon deshalb geboten erscheinen läßt, weil eine Verteidigung des sozialen Besitzstandes in den Metropolen anders kaum möglich sein dürfte.

In Bezug auf die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist zu unterstreichen, daß die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) dringend einer Wiederbelebung bedarf. Denn ohne grundlegende demokratische Strukturveränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft zugunsten der Entwicklungsländer wird jede alternative Entwicklungspolitik schnell an die vom System vorgegebenen Grenzen stoßen.

Gleiches gilt für die entscheidende Funktion interner sozialökonomischer Umwälzungen in den Entwicklungsländern selbst. Alternative Entwicklungspolitik benötigt alternative, demokratische und antiimperialistische Modelle in den Zielländern, wenn sie zum Nutzen der abhängigen Mehrheit wirksam werden soll.

Erst in diesem Zusammenhang bzw. unter diesen Prämissen macht die Forderung nach einer Steigerung des Mitteltransfers in die Dritte Welt einen Sinn.

Eine Steigerung der Entwicklungshilfe ist notwendig und sinnvoll unter der

Voraussetzung, daß darauf verzichtet wird, sie mit neokolonialen Bedingungen, wie in der Vergangenheit, zu verknüpfen. Der in diesem Zusammenhang immer wieder in die Diskussion eingebrachte Vorschlag einer wie auch immer gearteten progressiven Konditionierung von Entwicklungshilfe ist allerdings problematisch. Angesichts der jahrzehntelangen Erfahrung der Dritte-Welt-Staaten mit westlicher Einmischung und Intervention scheint er wohl auch unrealistisch.

Demgegenüber ist zu unterstreichen, daß die politische Verantwortung antiimperialistisch-demokratischer Kräfte in einem Land wie der Bundesrepublik vor allem darin besteht, sicherzustellen, daß fortschrittliche Entwicklungen in der Dritten Welt nicht mehr behindert werden. Vertretbar und geboten wäre in einem Konzept alternativer Entwicklungspolitik allerdings eine Konzentration des Mitteltransfers auf solche Länder und Regierungen, die die Interessen und Bedürfnisse der abhängigen Mehrheit zum Ausgangs- und Zielpunkt der Formulierung nationaler Entwicklungspolitik nehmen. Gleiches gilt für die materielle Unterstützung von Organisationen und Bewegungen (Befreiungsbewegungen) aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen.

Wird eine Steigerung des Ressourcetransfers in die Dritte Welt gefordert, so ist zugleich die Frage nach der Finanzierung dieses Transfers zu beantworten. In diesem Zusammenhang ist dem Prinzip „Entwicklungsfinanzierung durch Rüstungsausgabenkürzung“ verstärkt Geltung und Unterstützung zu verschaffen. Wenngleich es illusorisch wäre, von einem Automatismus Abrüstung – Entwicklung auszugehen, so ist doch unverkennbar, daß der notwendige Bedarf an Finanzmitteln zur Entwicklungsförderung nur wird aufgebracht werden können, wenn ein politischer Durchbruch in der Abrüstungsfrage durchgesetzt werden kann.

Auf die NIWO rückbesinnen

Ebenso unverkennbar ist, daß ein enger Zusammenhang zwischen entspannungs- und abrüstungspolitischen Fortschritten und der Errichtung einer NIWO besteht. So wie der Kampf um eine NIWO Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre durch den Übergang zur Konfrontation in den internationalen Beziehungen negativ beeinflusst und schließlich zum Stillstand gebracht wurde, so ist eine Wiederbelebung dieser Auseinandersetzung nur denkbar im Zusammenhang mit einem Abbau der internationalen Spannungen. Eine solche Wiederbelebung der Diskussion um die Errichtung einer NIWO

müßte allerdings die Fehler der 70er Jahre vermeiden, d.h. die technokratische Verengung dieses Themas zugunsten seiner politischen Dimensionen überwinden. Die Frage der Errichtung einer NIWO ist in erster Linie eine Frage des politischen Kampfes, weniger ein Problem der Entwicklung finanztechnischer Modelle.

Selbst ein so radikaler Vorschlag wie die vollständige Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer (Fidel Castro) brächte den Entwicklungsländern zwar eine vorübergehende Erleichterung in einem gegenwärtig besonders drückenden Punkt. Sie würde aber grundsätzlich an der untergeordneten und abhängigen Stellung der Entwicklungsländer in der kapitalistischen Weltwirtschaft nichts ändern.

Notwendig ist deshalb die Verknüpfung des Kampfes um Schuldenerleichterung mit dem Kampf gegen jene weltwirtschaftlichen Grundstrukturen, die ursächlich für die Entstehung der Schuldenkrise verantwortlich sind. Dies aber erfordert eine konsequente Rückbesinnung auf die antiimperialistischen und allgemeindemokratischen Ausgangspunkte des Kampfes um eine NIWO.

Im einzelnen würde dies auf eine Konzentration auf folgende Problemfelder hinauslaufen:

- Stärkung der demokratisch verfaßten

Organisationen der internationalen Gemeinschaft, vor allem der UNO und ihrer Unterorganisationen, gegenüber den von den Regierungen der kapitalistischen Metropolen dominierten Finanzinstitutionen wie Internationaler Währungsfonds (IMF) und Weltbank; dies gilt u.a. auch im Hinblick auf die Frage nach allgemein akzeptierten Kanälen für finanzielle Transfers in die Dritte Welt.

- Stärkung der nationalen Souveränitätsrechte der Entwicklungsländer gegenüber internationalen Monopolen und imperialistischen Regierungen; dies betrifft vor allem die Frage der Souveränität über die nationalen Ressourcen und das Recht zur Enteignung und Kontrolle der Niederlassungen transnationaler Konzerne nach nationalen Rechtsgrundsätzen.

- Forcierung der Diskussion um Kontrolle und Einschränkung der Macht der transnationalen Konzerne und Banken auch auf internationaler Ebene durch völkerrechtlich verbindliche Regelwerke und Kodices.

Es versteht sich, daß damit lediglich Orientierungspunkte des Kampfes benannt sind, deren praktische Umsetzung aufs engste mit der allgemeinen Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses zusammenhängt.

Auf internationaler Ebene schließlich kann die Bewegung für eine Neuordnung

der Weltwirtschaft langfristig nur so stark sein, wie ihre Forderungen auch auf nationaler Ebene – über die einzelnen Regierungen hinaus – von demokratischen und Arbeiterbewegungen mitgetragen werden.

Die hier vorgeschlagene Konzentration dieses Kampfes auf solche Problemfelder, die die Zurückdrängung des Einflusses der transnationalen Konzerne betreffen, wirkt in diese Richtung. Denn sie orientiert auf die Hervorhebung von Interessengemeinsamkeiten und -parallelen der verelendeten Massen in der Entwicklungswelt und der abhängig Beschäftigten hierzulande.

Anmerkungen:

- 1) So K. Natorp in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.7.1985
- 2) Zit. nach: F. Nuscheler, Zur Kritik von Entwicklungshilfe und zur Denunzierung von Entwicklungshilfekritik, in: Jahrbuch Dritte Welt 1986, München 1986, S.26
- 3) Zit. nach: Die Zeit, 10.5.1985
- 4) B. Erler, Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe, Freiburg 1985, S.8
- 5) Ebenda, S. 8f.
- 6) Vgl. R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, 2. durchgesehene und erweiterte Auflage, Köln 1986, bes. Kap. 1, S. 13ff.
- 7) FAZ, 30.5.1986
- 8) W. Kessler, Zunehmender Nettotransfer von Süd nach Nord, in: epd-Entwicklungspolitik. Aktuelle Vorausinformation, Nr. 2/1986



Originalton Moskau

Kommunisten werden mit Moskau in Verbindung gebracht. Die DKP allemal.

Wer allerdings die **UZ**, die Zeitung der arbeitenden Menschen, die Zeitung der DKP, liest, wird rasch feststellen, daß dort Originalton BRD geschrieben wird. Auch wenn die Gorbatschow-Friedensvorschläge in vollem Wortlaut dokumentiert werden.

Es geht um unser Land und unsere Zukunft. Aus der Sicht der arbeitenden Menschen. Gegen Kohl und Kapital.



Die **UZ** können Sie probelesen. 14 Tage kostenlos und unverbindlich. 02101/590321, Kollege Duisberg. Oder schicken Sie uns diesen Coupon.



Frischer Wind im Bundestag: Grünen-Protest während einer Kohl-Ansprache gegen die Mitschuld der Rechtskoalition am Mord der Contras am BRD-Aufbauhelfer Tonio Pflaum am 4. 5. 1983

AIB-Umfrage bei Oppositionsparteien anlässlich der Bundestagswahl 1987



Alternativen zur Bonner Dritte-Welt-Politik

Die zum 25. Januar 1987 anstehenden Bundestagswahlen entscheiden darüber, ob die von der konservativliberalen Regierungskoalition verfolgte Außen- und Dritte-Welt-Politik weitere 4 Jahre fortgesetzt oder ob sie durch eine andere, SPD-geführte Politik eines rosa-grünen Bündnisses abgelöst werden kann. Grund genug, um nach den Alternativvorstellungen der Bundestagsparteien SPD, Grüne und des außerdem kandidierenden Linksbündnisses Friedensliste (Christen, Sozialisten, Liberale, Kommunisten, Parteilose, einzelne Sozialdemokraten und Grüne) zu fragen.

Unsere Fragen stellten sich: für die Friedensliste Karl-Heinz Hansen, Ex-SPD-MdB, Demokratische Sozialisten, Bundessprecher der Friedensliste; für die Grünen Annemarie Borgmann, MdB und Bundestagsfraktionssprecherin der Grünen; für die SPD hatte Dr. Uwe Holtz, MdB und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zunächst zugesagt, mußte dann aber aus zeitlichen Gründen passen, so daß wir die Antworten den Beschlüssen des letzten ordentlichen SPD-Parteitag vom August 1986 in Nürnberg (zur Nord-Süd-Politik, den wirtschaftspolitischen Leitlinien und dem Aktionsprogramm) und dem Regierungsprogramm von Johannes Rau, verabschiedet vom a.o. SPD-Parteitag am 25. Oktober 1986 in Offenburg, entnehmen mußten.

FRAGE 1: Die Entwicklungshilfe ist — nicht zuletzt seit dem Erscheinen von Brigitte Erlers Buch „Tödliche Hilfe“ — ins Gerede gekommen. Unter der konservativen Wende-Regierung dient sie mehr denn je als Instrument der Beförderung deutscher Exportinteressen und zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele.

Wäre es Ihrer Meinung nach besser, die Entwicklungshilfe gleich ganz einzustellen, weil sie bisher mehr Schaden angerichtet als genutzt hat? Oder sehen Sie eine tragfähige Alternative zur herrschenden Entwicklungspolitik? Was wären für Sie Essentials einer neuen, einer anderen Entwicklungspolitik?

K.H. HANSEN (Friedensliste): Unsere „Entwicklungshilfe“ war von Anfang an ein zweischneidiges Schwert, das dem Altbeispiel der Kolonisatoren folgte: die Bibel in der einen und das Schwert in der anderen Hand.

Auf heute bezogen: Ausbeutung, Unterdrückung und direkte oder indirekte militärische Intervention auf der einen Seite und auf der anderen „Entwicklungshilfe“ zur Stabilisierung des politischen Einflusses zur Festigung der eigenen (Kapital-)Interessen mit anderen Mitteln. Daran hat Brigitte Erler erinnert, um den Schleier der uneigennütigen Hilfe einmal wegzuziehen. So ist z.B. unser „Entwicklungshilfeförderungsgesetz“ kaum etwas anderes als ein bundesdeutsches Kapitalförderungsgesetz. Vielfach bewirken auch gut gemeinte Entwicklungsprojekte das Gegenteil von dem was sie bewirken sollen. Darüber muß diskutiert werden.

Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß Entwicklungshilfe — richtig verstanden — Positives bewirkt. Auch heute sind echt gemeinnützige Träger und viele sozial engagierte Entwicklungshelfer nicht „nützliche Idioten“, sondern wichtige Propagandisten sozialen Fortschritts, die bezogen auf die Strukturen und die Menschen vor Ort Entscheidungen leisten.

Nicht umsonst wird so verstandene Entwicklungshilfe häufig von Rechts scharf angegriffen und versucht, ihr die Grundlage zu entziehen. Wo wir helfen wollen, zeigt wo wir stehen!

Konkret: Die Bundesregierung betreibt ideologische Entwicklungshilfe als handfesten Klassenkampf gegen alles, was fortschrittlich ist in der „Dritten Welt“ und für vieles, was reaktionär oder gar faschistisch der Selbstbefreiung der Völker entgegensteht: für Chile, gegen Nicaragua...

Wir wollen's umgekehrt: Gezielte Entwicklungshilfe für die Länder, die den Weg der Befreiung von Ausbeutung, d.h. der Realisierung der Menschenrechte gehen und Isolierung aller reaktionären Regimes. Wirtschaftsboykott für Südafrika wäre konkrete „Entwicklungshilfe“ zur Selbstbefreiung der schwarzen Mehrheit. Natürlich sofortiger Stopp des Rüstungsexports, der Waffenhilfe zur Unterdrückung ist.

Ich bin nicht naiv: die Bundesrepublik ist ein kapitalistischer Staat. Aber sich von Reagan und den internationalen Scharfmachern und Kriegstreibern abzusetzen (in der Raketenfrage ebenso wie in Nicaragua und Südafrika) und — wenn auch in Grenzen — stattdessen die Bewegungen für Gerechtigkeit fördern, heißt die weltweite Reaktion schwächen und die Bedingungen für den Kampf zur Erhaltung errungener Freiheit (Nicaragua) oder zu deren Gewinnung zu verbessern.

A. BORGMANN (Grüne): Die Problematik von Entwicklungshilfe ist heute offensichtlich. Nicht nur deren Mißbrauch als verdeckte oder offene Exportförderung für die bundesdeutsche Industrie muß in diesem Zusammenhang kritisiert werden, auch nicht allein die zunehmenden amtlichen Tricks bei der Stärkung der Mischfinanzierung, sondern auch positiv erscheinende Entwicklungsprojekte haben häufig Effekte auf die Gesellschaft der Empfängerländer, die schädlich sind.

Allerdings sollte man nicht daraus schließen, daß prinzipiell keine sinnvollen Projekte möglich seien. Bei deren Auswahl und Strukturierung muß allerdings streng darauf geachtet werden, daß sie auf eine Entwicklung „von unten“ gerichtet sind, daß sie möglichst zur Stärkung von Basisinitiativen und/oder zur Gewährleistung von Ernährungssicherheit dienen und daß sie nicht bloße Servicefunktionen erfüllen, sondern Ansätze soziale Emanzipation unterstützen.

SPD: Die von den meisten Industrieländern gewährte Entwicklungshilfe hat die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern kaum verbessert.

Sie ist in ihrem Umfang nicht ausreichend, wird vielfach falsch eingesetzt und dient häufig mehr den Absatzinteressen der eigenen Exportindustrie als den tatsächlichen Bedürfnissen der Entwicklungsländer. Eine veränderte Entwicklungshilfepolitik müßte sich deshalb ausschließlich daran orientieren, ob durch wirtschaftliche Hilfe die Fähigkeit der Entwicklungsländer zur Sicherung der Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung verbessert wird.

Ziel sozialdemokratischer Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt ist, durch wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen die Voraussetzungen für eine gleichmäßige Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen zu

Nicaragua-Besucher K. H. Hansen (Friedensliste) im Gespräch mit Sandinista-Führer Th. Borge (l.)



schaffen. Die Verwirklichung dieses Ziels erfordert eine gerechtere Verteilung der Güter nicht nur zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, sondern auch innerhalb der Entwicklungsländer selbst. Die Umverteilung der Weltressourcen zugunsten der armen Länder muß auch den Armen in diesen Ländern wirklich zugute kommen.

Dies setzt in vielen Entwicklungsländern eine grundlegende Veränderung politischer und ökonomischer Herrschafts-

strukturen voraus. Die SPD unterstützt deshalb besonders solche Entwicklungsländer, die sich von Diktaturen befreit haben und einen demokratischen Weg gehen, der die Teilhabe aller an gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglichen soll, die ungerechte Einkommens- und Vermögensverhältnisse beseitigen, Arbeit für alle schaffen wollen, die Emanzipation der Frauen fördern und eine friedliche Politik nach außen verfolgen.

FRAGE 2: Die Diskussion um die von den Entwicklungsländern geforderte Neue Internationale Wirtschaftsordnung steckt in einer fast hoffnungslosen Sackgasse. Welche Initiativen einer westdeutschen Bundesregierung halten Sie für notwendig, um diese Diskussion wiederzubeleben?

K.H. HANSEN: Die vom Westen (noch) weitgehend diktierte Weltausbeutungsordnung mit den USA als reaktionärem Hauptbollwerk steht gerechten Wirtschaftsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil in einer wirklich neuen Weltwirtschaftsordnung entgegen.

Wenn die BRD ihre Hardliner-Position im GATT, beim Weltwährungsfonds (IMF), der Weltbank, in der UNESCO und den anderen relevanten Foren verließ, würde das zur Bewegung in Richtung auf die Forderungen der „Gruppe der 77“ wesentlich beitragen. Denn die BRD ist in der EG und im Verhältnis zu den USA ein Schlüsselland. Eine Veränderung der kolonialen Binnenstrukturen in den internationalen Institutionen würde die Durchsetzung der legitimen Forderungen der „Entwicklungsländer“ erleichtern.

Die BRD könnte sich ebenso für die Überwindung kolonialer Machtpositionen bei der Realisierung der Ergebnisse der internationalen Seerechts-Konferenz einsetzen, wie eine für die Entwicklungsländer wichtige Veränderung der Lomé-Abkommen der EG unterstützen.

Die Einrichtung weltweiter Fonds zur Exporterlösstabilisierung der Entwicklungsländer, eine Verbesserung der „terms of trade“, Beseitigung von Handelshemmnissen zu Lasten der „Dritte-Welt-Länder“, generelle Gewährung der Meistbegünstigung, statt gezielter Exportförderung gezielte Importförderung, kostenloser Technologietransfer zu Gunsten der Entwicklungsländer, Loslösung von der Dollarbindung als währungspolitischer Dauerausbeutung, Erweiterung und Entdiskriminierung der Inanspruchnahme von Sonderziehungsrechten, Beendigung der die nationale Souveränität aushebelnden und rein kapitalorientierten Praktiken von IMF und Weltbank und nicht zuletzt Umschuldung und Schuldenstreichung wären wichtige Schritte auf dem Wege zu einer gerechteren neuen Weltwirtschaftsordnung.

Als ein ökonomisches und politisches

Schlüsselland des Westens könnte die BRD zu all diesen notwendigen Veränderungen internationale Initiativen ergreifen, die nicht nur symbolische Bedeutung hätten.

A. BORGMANN: Die Diskussion über eine neue Weltwirtschaftsordnung steckt heute zweifellos in einer Sackgasse.

Die Bundesrepublik sollte hier die Initiative ergreifen, um über die weitere Forcierung der Frage der Verschuldung der Dritten Welt diese Diskussion erneut zu betreiben, und dabei eine Position bezie-



Grünenfraktionssprecherin Annemarie Borgmann

hen, die die Streichung der Schulden der Dritte-Welt-Länder allgemein mit der Bildung eines entwicklungsorientierten Finanzfonds koppelt, der aus den Rückzahlungen der früheren Schulden finanziert werden soll.

SPD: Zwar ist eine Reform der Weltwirtschaftsordnung notwendig, die die Rechte und Chancen der Entwicklungsländer im Handel auf dem Weltmarkt verbessert, Handelshemmnisse abbaut, Exportabhängigkeiten vermindert, ihre Kaufkraft verbessert und eigene Entwicklungsprojekte finanziell absichert. Diese Maßnahmen müssen jedoch dem Ziel untergeordnet sein, in der Dritten Welt den Aufbau leistungsfähiger Binnenmärkte zu unterstützen, die die vorhandenen menschlichen und natürlichen Ressourcen nutzen und die bestehenden Grundbedürfnisse befriedigen können.

FRAGE 3: Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung? Und wie müßte dieser Zusammenhang – sofern es ihn gibt – in politisches Handeln umgesetzt werden? Könnten Sie sich konkrete Schritte der Bundesrepublik vorstellen, um aus eingesparten Rüstungsausgaben mehr Geld zur Finanzierung internationaler Entwicklungsvorhaben zur Verfügung zu stellen, und wenn ja, wie?

K.H. HANSEN: Der Kontext liegt auf der Hand – nur ein paar konkrete Stichworte! In Kürze werden 5 Mrd Menschen auf diesem Planeten leben – davon 75% in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; wobei „leben“ hier mehr ein Euphemismus für dahinvegetieren ist. Pro Kopf werden jährlich auf der Erde 600 DM für Rüstung, für Waffen, ausgegeben – gleichzeitig verdient jeder zweite Erdenbürger in diesem Zeitraum nicht einmal diesen Betrag. In der Dritten Welt werden pro Jahr über 100 Mrd Dollar für Rüstung vergeudet – das Dreifache aller Gesundheitsausgaben dieser Länder!

Der „Frieden“ der Metropolen heißt permanenter Tod, in den ausgebeuteten „Entwicklungsländern“ – jährlich verhungern mehr als 40 Mio Menschen – eine Dimension, die ständig verdrängt wird, eine Dimension die dem 2. Weltkrieg entspricht. Erste (bescheidene) Schritte einer radikalen Wende wären zum Beispiel eine Umwidmung von Rüstungshaushaltskürzungen für den Etat der Entwicklungshilfe – wie bereits z.B. 1981 im Bundestag von SPD-Abgeordneten wie Manfred Coppik und (wenigen) anderen gefordert. Mehr Butter und weniger (möglichst gar keine) Kanonen muß „Generallinie“ des neuen politischen Denkens und Tuns werden.

A. BORGMANN: Militärausgaben sind auch und besonders in den Staaten der Dritten Welt eine gigantische Verschwendung von finanziellen Mitteln und Rohstoffen, die auf diese Weise der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage verloren gehen. Darüber hinaus spielen kriegerische Konflikte nur zu oft eine entscheidende Rolle, wenn es um die Vertreibung von Menschen, die Zerstörung von Landwirtschaft und allgemein die Verschärfung von Notständen geht.

Die Bundesrepublik sollte daher jede Militärhilfe und Rüstungsexport in die Dritte Welt einstellen (inklusive Türkei und Portugal als NATO-Staaten), ihren eigenen Militärhaushalt durch Verzicht auf alle offensiven Komponenten (vor allem bei den Beschaffungen und bei Forschung und Entwicklung) um rund 15 Mrd DM kürzen und dieses Geld für den ökologischen Umbau der BRD und die gezielte Unterstützung emanzipatorischer Entwicklung in der Dritten Welt einsetzen.

SPD: Zu den unumgänglichen Aufgaben gehört:

- Sonderfonds zur Entwicklung der

ärmsten Länder: durch eine Senkung der Rüstungsausgaben um mindestens 1% jährlich können für diese Länder umfangreiche Hilfsleistungen erbracht werden.

- Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungshilfe im Bundeshaushalt zur Förderung eines eigenständigen Entwicklungsweges; Reform des Außenwirtschaftsgesetzes und der Kreditabsicherungen; Verbot des Rüstungsexports.

Ohne Stopp der Hochrüstung gibt es auch keine gute Entwicklung für die Dritte Welt. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird deshalb vorschlagen, zwischen Ost und West und Nord und Süd ein Zukunftsprogramm Dritte Welt mit dem Ziel zu vereinbaren, daß aus der Rüstung Mittel in eine wirksame Hilfe für die Entwicklungsländer umgeschichtet werden.

FRAGE 4: Wären Sie bereit, sich aktiv für die Streichung der Schulden der Dritten Welt einzusetzen, oder welche anderen Lösungen sehen Sie für diese z.Zt. am heftigsten diskutierte Streitfrage zwischen Erster und Dritter Welt?

K.H. HANSEN: Die astronomischen Milliarden schulden der Entwicklungsländer sind nichts anderes als zusätzliche von ihnen bei den „Geberländern“ zu entrichtende Ausbeutungsprämien. Sie sind aufgelaufen, weil zu Bedingungen gegeben, die alles andere als selbstlos waren. Wenn heute Schulden nicht mehr getilgt werden können und die westlichen Banken hierüber lamentieren, wird in der Regel verschwiegen, daß man vorher für jede Mark, die gegeben wurde, 10 oder mehr aus dem Land gezogen hat.

Kuba und andere Länder haben recht, wenn sie sich jetzt weigern, fällige Schulden zurückzuzahlen und die Streichung der Schulden fordern. Die anderen betroffenen Entwicklungsländer sollten diesem Beispiel folgen, anstatt sich weiter politisch und ökonomisch erpressen zu lassen.

Die BRD sollte sich für die generelle Schuldenstreichung einsetzen und darüber hinaus bei ihrer eigenen Entwicklungshilfe von überhöhten Zinssätzen künftig ebenso Abstand nehmen wie von der Empfängerländer knebelnden Lieferbindung, die ihnen in der Regel überhöhte Preise abverlangt – auch ein Grund für die Schuldenhöhe.

A. BORGMANN: Ich habe unter Punkt 2 bereits festgehalten, daß ich für die Streichung der Schulden eintrete. Im Programm der Grünen zur Bundestagswahl 1987 wird diese Forderung als Element einer neuen Weltwirtschafts-



Hauptkontrahenten der Bundestagswahl 1987: SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau (l.) und Bundeskanzler Kohl

ordnung bezeichnet und festgestellt: „Über den Zwischenschritt eines Schuldenmoratoriums muß es zu einer umfassenden Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer kommen. Die internationalen Finanzorganisationen müssen neu organisiert werden.“

SPD: Die Lösung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer, zu der private Banken in Europa und insbesondere in den USA vielfach durch eine unverantwortliche, am schnellen Profit orientierte Kreditvergabe beigetragen haben, ist nur durch eine Stabilisierung der Schuldzinsen, einen teilweisen Verzicht auf Zinszahlungen und einen selektiven Schuldenerlaß möglich.

Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, entsprechende Lösungen durch internationale Vereinbarungen durchzusetzen.



FRAGE 5: Zur Rolle von Internationalem Währungsfonds und Weltbank: Die Bedingungen, die diese Finanzinstitutionen den Entwicklungsländern auferlegen, werden immer mehr als „Prokrustesbett“ kritisiert, das die Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt auf lange Sicht verbaut.

Können Sie sich eine Demokratisierung dieser Institutionen im Sinne der Entwicklungsländer vorstellen? Oder wäre es nicht besser, ihren Einfluß zugunsten von demokratisch verfaßten UNO-Instanzen zurückzudrängen? Welche Rolle muß Ihrer Meinung nach die Bundesrepublik in diesem Zusammenhang in Zukunft spielen?

K.H. HANSEN: Ich knüpfe an die Antwort auf Eure zweite Frage an mit der Forderung nach Entkolonialisierung, d.h. Demokratisierung der bestehenden internationalen Strukturen wie IMF und Weltbank.

Dies wären erste notwendige, aber nicht hinreichende Schritte im Interesse der Entwicklungsländer zur Überwindung der Ausbeutungsordnung.

Allerdings wäre der richtigere Weg, die betroffene abhängige Staatenmehrheit selbst nicht nur im Rahmen der UNO folgenlose Resolutionen verabschieden, sondern sie auch wirksam entscheiden zu lassen. Hierzu könnte und sollte die Autorität von UNIDO, UNCTAD, UNESCO und anderen UN-bezogenen Instanzen erhöht werden, um den Einfluß der von Anfang an von den westlichen Ländern dominierten Einrichtungen wie IMF, Weltbank, GATT, OECD u.a. zurückzudrängen.

In diesem Sinne könnte eine andere Bundesregierung wirksam tätig werden, da die BRD aufgrund ihrer Kapitaleinlagen, Wirtschaftskraft und Exportstärke einen wichtigen Einfluß in den Entscheidungsgremien und Strukturen hat, die bislang vorspiegelnde Instrumente für die Entwicklungspolitik zu sein, aber real Instrumente der Kontrolle über die Entwicklungsländer im Sinne des Westens sind.

A. BORGMANN: Lösungsansätze müssen eine Strategie der Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen, in deren Zuge die Länder der Dritten Welt deutlich größeren Einfluß erhalten müßten, mit einer Strategie zur Erreichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verbinden.

Eine isolierte Demokratisierung der Institutionen im gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Rahmenezusammenhang ist sehr schwer vorstellbar – was allerdings nicht gegen das Ziel spricht, sondern die Notwendigkeit einer Neuen Weltwirtschaftsordnung einmal mehr unterstreicht. Solange eine solche Umstrukturierung von internationalen Finanzinstitutionen und Weltwirtschaft nicht erreicht ist, muß die Zurückdrängung der Einflüsse dieser Institutionen und von deren Instrumentalcharakter für die zentralen westlichen Industriestaaten eine wichtige Aufgabe sein.

Die Bundesrepublik sollte sich in diesem Sinne bemühen, ihr politisches und öko-

nomisches Gewicht in den angesprochenen Gremien voll auszunutzen, sich jeder antirevolutionären Einheitsfront der Industriestaaten enthalten und Initiativen zur Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen unternehmen.

SPD: Gleichzeitig (mit einer Schuldentilgung) muß die Stellung der Dritten Welt im Internationalen Währungsfond gestärkt werden. Die einseitige an Marktideologie und kurzfristigen Zahlungs-



Grünen-Visite mit A. Borgmann (M.) im Juli 1986 in Namibia

FRAGE 6: Zwei chronische Konfliktherde in der Dritten Welt liegen in Mittelamerika und im Südlichen Afrika.

Zu Mittelamerika: Was wären für Sie die politischen Grundlagen für eine Konfliktlösung? Welche Rolle muß die BRD hierbei spielen? Sind Sie bereit, für eine umgehende Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für Nicaragua einzutreten?

K.H. HANSEN: Vorweg: Ich finde den Begriff „chronische Konfliktherde“ falsch – der chronische „Konfliktherd“ Nr. 1 ist für mich die USA! Mittelamerika und das Südliche Afrika sind von den Konsequenzen der internationalen Ausbeutungs(un)ordnung besonders betroffene Regionen.

Eine andere Bundesregierung muß – ohne wenn und aber – die Entwicklungsgelder für Nicaragua freigeben – als ersten Schritt. Aufhören muß die liebe-dienersche Unterstützung der brutal-offenen US-Intervention mit Söldnern (auch wenn die Hasenfuß heißen), Geld und ökonomischen Strangulierungsversuchen. Der internationale Gerichtshof in Den Haag hat hierzu klare Worte gefunden.

Dieses (nicht) unser Land sollte alle Bemühungen in Mittelamerika politisch un-

terstützen, die auf Deeskalation, Demokratisierung und Zurückdrängung der US-Dominanz zielen. So wäre auch in der EG politisch zu agieren, von einer anderen Regierungsmehrheit...

Zu den unumgänglichen Aufgaben gehört (weiter):

● Kontrolle der internationalen Kreditbeziehungen durch eine Reorganisation des IMF mit größerer Einflußmöglichkeit der Entwicklungsländer und durch Kapitalverkehrskontrollen der europäischen Länder.

● Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung: dazu gehören garantierte Preise und Produkte aus den Ländern der Dritten Welt, die Öffnung unserer Märkte und eine internationale Kontrolle über die Strategien der transnationalen Konzerne.

terstützen, die auf Deeskalation, Demokratisierung und Zurückdrängung der US-Dominanz zielen. So wäre auch in der EG politisch zu agieren, von einer anderen Regierungsmehrheit...

A. BORGMANN: Das Selbstbestimmungsrecht, die Respektierung der Souveränität und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten müssen die Grundlagen sein, um die Konflikte Mittelamerikas zu lösen.

Der zentrale Schritt muß im Ende der US-amerikanischen Intervention bestehen, sei es die Kriegsführung durch Contras, die Durchführung von Counterinsurgency-Kampagnen in El Salvador und zunehmend in Guatemala, seien es wirtschaftliche Boykott- und Sabotagemassnahmen. Erst auf dieser Grundlage eines Verzichtes auf diese Maßnahmen ist eine wirkliche Konfliktlösung realistisch.

Die Bundesrepublik sollte eine Politik betreiben, die bewußt durch politische und wirtschaftliche Initiativen der US-Kriegsstrategie entgegentritt. Nicht der vorausseilende Gehorsam gegenüber einer Vormacht im Bündnis darf die Politik bestimmen, sondern eine offensive Unterstützung von Befreiungsbewegungen muß zum Ausgangspunkt gemacht werden.

Die bundesdeutsche Entwicklungshilfe an Nicaragua muß nicht nur wieder aufgenommen werden, sondern so bemessen werden, daß sie wesentliche Beiträge zur Entwicklung des Landes und zur Durchbrechung amerikanischer Einschünte leistet.

SPD: Wir führen mit der sandinistischen Regierung den kritischen Dialog über Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte, der demokratischen Rechte und der Pressefreiheit, die nicht im Sinne eines demokratischen Sozialismus sind. Dabei übersehen wir nicht, daß diese Entwicklungen vor allem auch durch den militärischen und ökonomischen Druck seitens der USA verursacht sind.

FRAGE 7: Zu Südafrika: Sind Sie bereit, sich auf internationaler und nationaler Ebene dafür einzusetzen, daß die Bundesregierung umfassenden und verbindlichen Sanktionen gegen das Botha-Regime zustimmt? Halten Sie selektive Sanktionen gegen Apartheid-Südafrika für geeignet, das Regime unter Druck zu setzen?

K.H. HANSEN: Die umfassende Isolierung des Apartheidregimes auf allen Ebenen, wirtschaftlich, kulturpolitisch, in internationalen Gremien und Organisationen, dies trotz der Bremsversuche und Halbherzigkeiten, wobei die Regierung Kohl wiederum mit Thatcher und Reagan führend ist, geht voran – und zeigt Wirkungen. Gerade als (Bundes-) Deutsche sollten wir kompromißlos dieser extremsten Ausgeburt von Rassenwahn in der zweiten Jahrhunderthälfte kontra geben.

Unser aller Beitrag kann durch vollständigen Boykott gegen Apartheid zur wirksamen Unterstützung des Befreiungskampfes werden. Die Friedensliste, ihre Direktkandidatinnen und Kandidaten, alle Freunde und Unterstützer unseres Personenbündnisses werden deshalb für die große Demonstration am 29. November d.J. in Bonn mobilisieren und werben. Adolf Botha muß verschwinden!

A. BORGMANN: Die Grünen im Bundestag setzen sich seit langem für umfassende Sanktionen auf nationaler und internationaler Ebene ein, die nicht bloß Symbolcharakter haben dürfen, sondern das Rassenregime empfindlich treffen sollten.

Dabei ist die internationale Verbindlichkeit der Sanktionen natürlich von entscheidender Bedeutung, um ihre Wirksamkeit zu gewährleisten. Sanktionen müssen darauf zielen, durch die Entwicklung massiven und sich steigenden

Wir Sozialdemokraten sagen Nein zur militärischen und ökonomischen Interventionspolitik gegen Nicaragua.

Wir sind solidarisch mit dem nikaraguanischen Volk und seiner legitimen, demokratisch gewählten Regierung, das auf der Grundlage von politischem Pluralismus, gemischter Wirtschaft und außenpolitischer Blockfreiheit einen eigenen selbstbestimmten Weg aus kolonialpolitischer Ausbeutung und Unterdrückung gehen können muß.

Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird, um dem 100-Mio.-\$-Programm der USA zur Destabilisierung Nikaraguas entgegenzuwirken, unverzüglich die Entwicklungshilfe wieder aufnehmen und durch ein Sofortprogramm zum Wiederaufbau des Landes zu verstärken, sich dafür einzusetzen, in der Europäischen Gemeinschaft stärkere politische und materielle Unterstützung für Nicaragua zu erwirken.

Wir Sozialdemokraten werden in den von uns geführten Ländern und Kommunen Nikaragua-Projekte verstärkt unterstützen.

Drucks die Beseitigung der Apartheid zu erzwingen.

SPD: Inzwischen ist Helmut Kohl zur offenen Unterstützung des Botha-Regimes übergegangen. Insbesondere ist an ihm auf dem jüngsten EG-Gipfel die Einleitung durchgreifender Sanktionsmaßnahmen gescheitert, zu dem die überwiegende Mehrheit der EG-Mitglieder bereit und entschlossen war. In den Augen der Weltöffentlichkeit erscheint die Bundesrepublik jetzt als der zuverlässigste Fürsprecher und Verbündete des Apartheidregimes.

Der Bundesparteitag bekräftigt den Forderungskatalog der SPD-Bundestagsfraktion. Sie hält entsprechende Maßnahmen der Bundesrepublik gegen die Apartheid für zwingend notwendig. Dazu gehören:

- das Verbot neuer Investitionen in Südafrika, die Unterbrechung des Kapitalverkehrs und der Ausschluß von Exportbürgschaften; (...)

- die Umgestaltung des EG-Verhaltenskodex für europäische Firmenniederlassungen zu einem Instrument zur Überwindung der Apartheid in den Betrieben und die bindende Wirkung des Kodex für alle deutschen Firmen in Südafrika; (...)

- das vollständige Verbot der Einfuhr von Rohstoffen aus Namibia entsprechend dem Dekret Nr. 1 des Namibia-Rats der Vereinten Nationen;

- verstärkte wirtschaftliche Hilfe für die von Südafrika bedrohten Frontstaaten.

Neuere Bücher zur Dritte-Welt-Politik der BRD

Gesamtdarstellungen zur Bonner Dritte-Welt-Politik blieben auch Mitte der 80er Jahre Raritäten. Aber immerhin liegen mit **Rainer Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt**, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986², 218 S., 14,80 DM und

Die Grünen im Bundestag/AG 3. Welt (Hrsg.), **Die Dritte Welt im „Hohen Haus“**. Erfahrungen und Ergebnisse aus zwei Jahren Grüner Entwicklungspolitik im Bundestag, Bonn 1985, 191 S., 8 DM

nun zwei Veröffentlichungen radikaler Kritiker des BRD-Neokolonialismus vor, in denen die wichtigsten Elemente bundesdeutscher Dritte-Welt-Politik zusammengefasst dargestellt werden. Geschichte und Konzepte der Entwicklungspolitik, die Wirtschaftsexpansion, die „Nord-Süd“- und Regionalpolitik sowie das gewachsene militärische Engagement der BRD in Asien, Afrika und Lateinamerika werden von R. Falk annäherungsweise gleichgewichtig untersucht und eingeordnet. Zu den Stärken der Arbeit gehören die Diskussion der konservativen bis sozialdemokratischen Entwicklungshilfestrategien, das Aufzeigen der Interessenspezifika der BRD-Wirtschaft im Waren- und Kapitalexport sowie die Skizzierung der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Etwas ausführlicher hätte man sich allerdings die Rolle der BRD in Konfliktregionen wie Mittelamerika, Südliches Afrika oder Naher und Mittlerer Osten gewünscht. Die Publikation der Grünen bilanziert und dokumentiert deren Anträge, Anfragen und Initiativen im Bonner Parlament zur BRD-Entwicklungspolitik, zur Verschuldungs-, Hunger- und Ökologiefrage, zur Rüstungsexport- und Mittelamerikapolitik usw. Sie veranschaulicht, wieviel ihre Fraktion im knappen Zeitraum 1983-85 doch im „Hohen Haus“ in Bewegung gebracht hat.



Die kritische Bilanz der neuen, konservativ-liberalen Entwicklungspolitik seit dem Regierungswechsel 1982 ist Gegenstand des Buches **Siegfried Pater/Thorsten Striepke, Entwicklungspolitik nach der Wende**, pad-Verlag, Dortmund 1986, 224 S., 19,80 DM.

Es setzt sich sehr detailliert mit den entwicklungspolitischen Leitlinien des Warnke-Ministeriums und den Förderungsinstrumentarien auseinander. Auch wenn die politischen Rahmenbedingungen etwas verkürzt ausfielen, so muß man den Autoren für die entwicklungspolitische Informationsdichte (Projekte, Insti-

tionen, praktische Umsetzung usw.) ein Kompliment machen.

Zur Vertiefung der Anfänge der BRD-Entwicklungspolitik wie ihrer Projektpraxis in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft und Infrastruktur geeignet ist das Buch

Aktion Dritte Welt (Hrsg.), **Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?**, Freiburg 1974⁸, 384 S., 16,80 DM.

Unterentwicklung und Entwicklungsinteressen mit sehr ausgedehnten weltwirtschaftlichen Hintergrundinformationen bietet sodann

Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1985, 280 S., 19,80 DM.

Unverzichtbar für die nähere Beschäftigung mit bundesdeutschen Kapitalinvestitionen, Konzernstrategien und Einflußmöglichkeiten in der Dritten Welt sind die soeben erschienenen Studien.

Werner Olle, Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt, Lamuv Verlag, Bornheim 1986, 160 S., 14,80 DM und

F. Fröbel/J. Heinrichs, O. Kreye, Umbruch in der Weltwirtschaft, Rowohlt Verlag, Reinbek 1986, 588 S., 19,80 DM.

Sie weisen nach, daß die Niederlassungen in den Entwicklungsländern für die BRD-Multis (Fröbel-Fallbeispiel Textilbranche!) keineswegs ihre Bedeutung eingebüßt haben, obgleich sich in den 80er Jahren das Tempo der Direktinvestitionen verlangsamt. Beide gehen der Frage nach, ob eine ganz neue internationale Arbeitsteilung im Werden ist. Äußerst hilfreich für die Solidaritätsarbeit: Olle stellt Unternehmensprofile von Bayer bis Triumph vor, Fröbel/Heinrichs/Kreye gehen der Beschäftigungsfrage auf den Grund und liefern eine eindrucksvolle Liste der Auslandsniederlassungen der BRD-Konzerne. Eine Attraktion sind auch ihre Darbietungen zu den Weltmarktfabriken und zur Exportorientierung.

Informations- und Aktionshinweise

ASK

Das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 1) unterstützt die Befreiungsbewegungen und informiert über die Ausbeutungs- und Interventionspraktiken der imperialistischen Staaten. Dabei entlarvt es vor allem das US-Weltherrschaftsstreben, die Rolle der Bundesrepublik bei der Stützung reaktionärer Regime und ihre Beteiligung an der US-Interventionspolitik der USA (z.B. im Nahen Osten oder Mittelamerika).

Um die Informationsverbreitung zu effektivieren und Aktionsmöglichkeiten zu erarbeiten, hat das ASK mehrere Kommissionen gegründet, die sich mit verschiedenen Regionen (Lateinamerika, Naher und Mittlerer Osten, Südliches Afrika) und globalen Problemen (Weltwirtschaft und Rüstung, Neokolonialismus der BRD, Ökologie und Dritte Welt) beschäftigen.

Das ASK übt koordinierende Funktionen für die Chile- und Nahostgruppen aus. Es beteiligt sich an den bundesweiten Spendensammlungen für Nicaragua („Nicaragua muß überleben!“), den ANC Südafrikas (Freiheitssender Nelson Mandela) und initiiert sie selbst für

andere befreite Länder und Befreiungsbewegungen.

Informationsmaterialien des ASK können beim **Solidaritätsshop 3. Welt** (gleiche Adresse) bezogen werden. Hier können auch Plakate, Anstecker, Broschüren, Bücher, Schmuck, Kunstgegenstände sowie Kaffee aus Nicaragua bezogen werden (Katalog anfordern!).

BUKO

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50), dem ca. 250 Solidaritäts- und Dritte-Weltgruppen angehören, sieht seine Aufgabe in der Koordination der Aktivitäten dieser Gruppen, im Erfahrungsaustausch und in der Initiierung von Kampagnen. Es gibt die Zeitschrift **Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen** heraus.

Die Kampagnen richten sich vor allem gegen die Ausbeutungspraktiken der bundesdeutschen Konzerne. Zu ihnen gehört das „Aktionsprogramm gegen Futtermittelexporte“, mit dem auf den Zusammenhang zwischen Hunger in der Dritten Welt und der EG-Agrarpolitik aufmerksam gemacht wird, die Pharmakampagne, die sich gegen die Praktiken der Pharmakonzerne in der Dritten Welt richtet, und die Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!“ (s.u.).

Kampagnen gegen Rüstungsexporte

Neben den Aktivitäten des BUKO läuft bereits seit 1983 eine von Pax Christi initiierte Kampagne „Produzieren für das Leben, Rüstungsexporte stoppen!“, an der sich insgesamt 12 christliche Organisationen beteiligen. Ebenso wie die BUKO-Kampagne richtet sie sich vor allem gegen jegliche Rüstungsexporte in die Dritte Welt. Zu Koordinierungs- und Informationszwecken erscheint ein „Kampagnen-Info“ (Richard Ackva, Hanauer Landstr. 133, 6000 Frankfurt).

Anläßlich der Bundestagswahl hat das Kampagnen-Büro des BUKO (Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1) die Broschüre „Rüstungsexporte & politische Verantwortung“ (20 S., 3,50 DM) herausgebracht. Sie enthält 10 mögliche Fragen an Bundestagskandidaten („Was spricht Ihrer Meinung nach gegen ein generelles Verbot von Rüstungsexporten?“), Informationen zum bundesdeutschen Rüstungsexport, zur Genehmigungspraxis der

Bundesregierung, zu konkreten Beispielen (Südafrika, Iran-Irak, Rheinmetall-Prozeß), zur Rüstungsproduktion und zur Arbeitsplatzfrage sowie eine Dokumentation der Positionen von CDU/CSU, FDP, SPD, Grünen, Kirchen und DGB zu diesem Thema.



AAB

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1) tritt ein für die Abschaffung der Apartheid in Südafrika und die Unabhängigkeit Namibias. Sie bekämpft vor allem die wirtschaftliche, militärische und politische Kollaboration der Bundesrepublik mit dem Rassenregime. In diesem Zusammenhang führt sie Aktionen mit anderen Organisationen für die Durchsetzung umfassender Sanktionen gegen Südafrika durch – so etwa die von der AAB initiierte Demonstration am 29.11.1986 in Bonn.

Die Stellung der Parteien zu Sanktionen ist ein wichtiges Kriterium in den von der AAB zur Bundestagswahl vorgelegten Wahlprüfsteinen (siehe Kasten). Die AAB gibt die Anti-Apartheid-Informationen heraus.

Mittelamerika

In der Bundesrepublik gibt es mehrere hundert Mittelamerika-Gruppen. Die meisten üben materielle und politische Solidarität mit Nicaragua – durch Informationsverbreitung, Spendensammlungen, Brigaden und Städtepartnerschaften. Andere unterstützen die Befreiungsbewegungen in El Salvador, in Guatemala und Honduras.

Ein wichtiger Arbeitsbereich dieser Gruppen sind Aktivitäten gegen die bundesdeutsche Unterstützung der US-Intervention in Nicaragua, gegen die Kollaboration mit dem Duarte-Regime in El Salvador und gegen die Propagandakampagne der Rechtsparteien und -organisationen. Koordinierungsfunktionen übernehmen das Informationsbüro Nicaragua, und die Informationsstelle El Salvador (beide: Hofaue 51, 5600 Wuppertal) und die Informationsstelle Guatemala (Heerstr. 205, 5300 Bonn 1).



Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
Weltkreis Verlag
384 Seiten, 18,00 DM

Jochen Hippler
Krieg im Frieden
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
180 Seiten, 14,80 DM

Erklärung der FMLN/FDR Duarte blockiert Nothilfe



Erdbebenzerstörungen im Zentrum von San Salvador

Das Erdbeben, das am 10. Oktober d.J. vor allem San Salvador, die Hauptstadt El Salvadors, erschütterte, hat ca. 3.000 Tote und 10.000 Verletzte gefordert sowie 200.000 Menschen obdachlos gemacht. Die Hilfe für die Opfer hat die Regierung Duarte an ein Komitee von Privatunternehmern abgegeben. Der Grund hierfür ist nicht nur, daß das Regime die Hände frei behalten will für den Krieg gegen die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti/Revolutionär-Demokratische Front (FMLN/FDR). Es legt auch Wert darauf, daß es beim Verschwinden von Hilfsgeldern die Hände in Unschuld waschen kann. Gleichzeitig hat die Regierung Hilfslieferungen und Spenden, die an die Kirche und die Nationale Union der salvadorianischen Werktätigen (UNTS) zur Verteilung geschickt wurden, ebenso zurückgewiesen wie ein Krankenhaus und Ärzte aus Kuba.

Daß für die Regierung nach ihren eigenen Aussagen auf dem ersten Rang ihrer Prioritätenliste unverrückbar die Aufstandsbeekämpfung und erst an dritter Stelle die Hilfe für die Erdbebenopfer steht, machte sie auch dadurch deutlich, daß sie eine einseitige Feueinstellung der FMLN/FDR mit neuen Angriffen und Bombardierungen quittierte. Sie lehnte zudem die Forderung der Befreiungsbewegung ab, Mittel aus dem Kriegshaushalt für die Erdbebenopfer zu verwenden und Ärzten der FMLN/FDR zu gestatten, in der Hauptstadt zu helfen. In der folgenden Erklärung des Generalkommandos der FMLN und des FDR-Exekutivkomitees vom 20. Oktober d.J. nehmen diese Stellung zum Umgang des Duarte-Regimes mit den Erdbebenopfern und einem Waffenstillstand.

Wir teilen unserem Volk und der internationalen Gemeinschaft mit:

Das Erdbeben vom vergangenen 10. Oktober hat große Trauer und Zerstörung hervorgerufen. Die Verluste an Wohnungen und der Habe einfacher Familien sind unschätzbar.

Die Katastrophe verschärft die ohnehin dramatischen Lebensbedingungen des Volkes, das durch ein gesellschaftliches System unterdrückt wird, das auf Ungerechtigkeit und Ausbeutung beruht. Das Erdbeben, die Zerstörung und der Schmerz gesellen sich zu den „wirtschaftlichen Paketen“, zu den Ver-

heerungen der Trockenheit und zur volksfeindlichen Politik Duartes, die für den Völkermord von mehr als 60.000 Toten und mehr als 1 Mio von Vertriebenen und Flüchtlingen verantwortlich ist.

Unter diesen Umständen zeigt das herrschende System stärker als jemals zuvor eine beleidigende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

Heute ist der Luxus der Wohnsitze der Mächtigen beleidigender als zuvor angesichts des Dramas der Trümmer der bescheidenen Behausungen des Volkes. Heute ist der Überfluß der Oligarchen,

der Militärs und christdemokratischen Funktionäre beleidigender als zuvor angesichts des Dramas der Kinder ohne Krankenhaus, ohne Bett, ohne Brot.

Die Ungerechtigkeiten spitzen sich durch das Drama des Erdbebens weiter zu, und die Aufgabe der nationalen Souveränität zugunsten der Vorhaben der nordamerikanischen Administration wird offenkundig.

Seit die Entsendung internationaler Hilfe einsetzte, begannen die Militärs und Christdemokraten mit ihrer gewaltigen Korruption. Nicht einmal unter diesen Umständen gab die Regierung Duarte Zeichen, die Ausmaße des Unglücks durch die Zurücknahme der unpopulären wirtschaftlichen Maßnahmen zu lindern, noch gab sie Zeichen des politischen Willens, den Dialog weiterzuführen und eine Lösung zu suchen, die dem salvadorianischen Volk den Frieden bringt.

Im Gegenteil, die Regierung Duarte hat die ersuchte humanitäre Hilfe boykottiert, die Regierungen, Gewerkschafts-, Studenten- und Solidaritäts- sowie humanitäre und religiöse Organisationen der Welt über die salvadorianische Kirche geleitet haben.

Hilfe aus Kuba abgelehnt

In gleicher Weise hat Napoleon Duarte die Entsendung humanitärer Hilfe der Sozialistischen Republik Kuba boykottiert.

In diesem Fall haben das Volk und die Regierung von Kuba dem salvadorianischen Volk und der Regierung die Entsendung von Medikamenten, Plasma, Tetanusimpfstoff, Antibiotika, Schädlings- und Malariabekämpfungsmitteln angeboten. Kuba hat ebenfalls die sofortige Entsendung eines Krankenhauses mit einer Kapazität von 400 ambulanten Behandlungsplätzen, von 160 Betten für stationäre Behandlung und von 30 chirurgischen Operationen pro Tag angeboten. Die Schenkung hätte die Entsendung einer medizinischen Brigade aus 43 Spezialisten mit anerkannter Qualifikation eingeschlossen.

Napoleon Duarte verbot die Einfuhr des Krankenhauses und des medizinischen Personals und erlaubte nur die Entsen-



Landbewohner, die durch die Armee vertrieben wurden

dung eines Flugzeuges des kubanischen Roten Kreuzes mit einer Fracht von 22 t Medikamenten im Gegenwert von 500.000 Dollar.

Welche Überlegung stand hinter der Zurückweisung der Hilfe des kubanischen Volkes? Die Handlungsweise von Duarte offenbart eine ungeheure Grausamkeit angesichts des Dramas des salvadorianischen Volkes.

Boykottbefehl aus Washington

Napoleón Duarte schützt den Raub und die Korruption. Er blockiert die Entsendung medizinischer Unterstützung, weist ein Krankenhaus zurück und setzt sich für den Wiederaufbau der staatlichen Büros und der Infrastruktur der privaten Unternehmen ein. Aber er ignoriert die große Dringlichkeit der Bedürfnisse der Schichten des Volkes, die vom Erdbeben am stärksten betroffen sind.

Unter dem Eindruck des Erdbebens hatte Napoleón Duarte öffentlich Schenkungen jeglicher Art ohne Ansehen ihrer

Herkunft gutgeheißen. Der Besuch des nordamerikanischen Außenministers George Shultz führte zu neuen Befehlen und Handlungsrichtlinien.

In Washington wurde beschlossen, die Hilfe zu boykottieren, die über die Kirche geschickt wurde sowie die Unterstützung, die vom Volk und der Regierung Kubas angeboten wurde, zurückzuweisen. Das salvadorianische Volk ist Zeuge des miserablen Verhaltens von Napoleón Duarte, der sich völlig den politischen und propagandistischen Interessen der Administration von Ronald Reagan ausgeliefert hat. Dadurch verschlimmert sich das Drama der Massen noch weiter.

Bomben statt Waffenruhe

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí und die Revolutionär-Demokratische Front haben gleich am Tag der Katastrophe eine einseitige Waffenruhe verkündet, eine Maßnahme, die vom ganzen salvadorianischen Volk und der internationalen Gemeinschaft gut aufgenommen wurde.

Im Gegensatz zu den Hoffnungen aller gab es keine vernünftige Antwort der Regierung und des Oberkommandos der Streitkräfte.

Die militärischen Operationen des Heeres haben nicht aufgehört. Gegenwärtig beteiligen sich daran mehr als 9.000 Soldaten. Die Gefechte, die seit dem 10. Oktober stattfanden, gehen auf diese Operationen des Heeres zurück.

Das Oberkommando der Streitkräfte hat versucht, die Waffenruhe der FMLN/FDR auszunutzen, um durch Überraschungsangriffe zu versuchen, in seinen Stellungen vorzurücken. In dieser Situation, in der die Regierung und die Streitkräfte die Waffenruhe nicht beachtet, sahen wir uns zur logischen Notwendigkeit gezwungen die einseitige Waffenruhe aufzuheben.

Die FMLN und die FDR wiederholen ihren Willen, eine Waffenruhe zu vereinbaren, die hilft, die Spannungen in die-

sen dramatischen Augenblicken zu vermindern. Sie halten es jedoch für unbestreitbar, daß eine zwischen beiden Konfliktparteien vereinbarte Waffenruhe erforderlich ist, für die genaue Bedingungen mit der Regierung und dem Oberkommando ausgearbeitet werden müssen, um die geographischen Grenzen, die Geltungsdauer und alle anderen Aspekte festzulegen, die mit einer solchen Waffenruhe zusammenhängen. Wir verbleiben in der Erwartung der Antwort der Regierung und des Oberkommandos durch den Vermittler Monsenor Rivera y Damas zu diesem Vorschlag einer zwischen beiden Seiten vereinbarten Waffenruhe.

Wir rufen unser Volk auf, die Reihen zu schließen, um mit salvadorianischer Zähigkeit, die mächtige Kraft der Solidarität aufzubauen. Man kann keine Hilfe von denen erwarten, die Feinde des Volkes sind. Man muß sich organisieren und für diese Hilfe kämpfen.

Wir rufen unser Volk auf, sich dem revolutionären Kampf anzuschließen. Das ist der Weg, um Schluß zu machen mit Ungerechtigkeit und Elend, und um ein souveränes Vaterland mit sozialer Gerechtigkeit für die besitzlosen Massen zu erringen.

Spendenauf für Erdbebenopfer

Für Sofortmaßnahmen zur Linderung der Not der Bewohner der Armenviertel San Salvadors, die besonders stark vom Erdbeben betroffen wurden und für langfristige Wiederaufbauarbeit rufen die Christliche Initiative Romero, die Informationsstelle El Salvador und Medico International zu Spenden auf.

Projektpartner sind die christlichen Basisgemeinden. Damit kann sichergestellt werden, daß die am stärksten Betroffenen die Hilfe direkt erhalten.

Christliche Initiative Romero
Kardinal-von-Galen-Ring 45
4400 Münster

Spendenkonto 3112200, BLZ 400 602 65
Darlehenskasse Bistum Münster
Stichwort: Erdbebenopfer



BRASILien NACHRICHTEN

Seit 1976 unser kleiner Beitrag hier zur Verwirklichung von Demokratie und Menschenrechten dort.

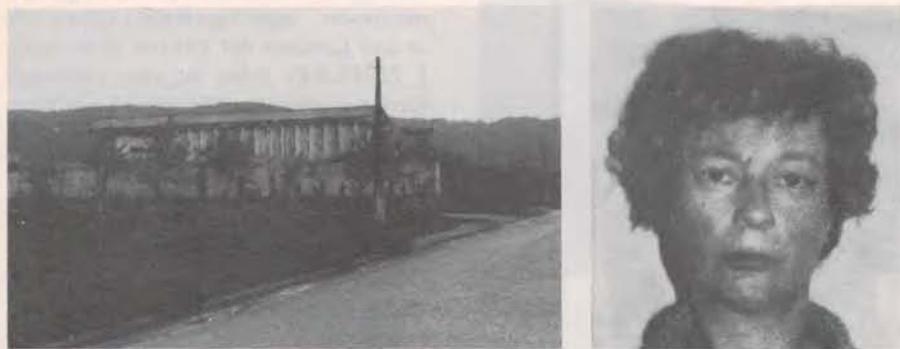
Jedes Heft im Großformat (DIN-A-4), 64 Seiten, jeweils mehrere ganzseitige Karten für den Einsatz im Unterricht, Unterrichtsvorschläge. Schwerpunktthemen mit Analysen, Dokumenten, Berichten und Kommentaren. Dazu jeweils aktuelle Informationen aus den Bereichen Politik, Kirche, Wirtschaft, Soziales, Indianer etc. Preis pro Heft: DM 7,00 plus Versandkosten. Abo 1985: DM 28,00 inkl. Versand für 4 Hefte.

Brasilien Nachrichten, An der Illoshöhe 30, 4500 Osna-brück. Postkarte genügt.



Erni Hildebrand

Der Fall Beatriz Brinkmann



In diesem Gefängnis in Valdivia wird B. Brinkmann (rechts, Foto von ihr, nachdem sie gefoltert wurde) festgehalten

Vom 14.-21. Oktober d.J. hielt sich eine Delegation der Initiative „Freiheit für Beatriz Brinkmann“ in Chile auf. Ihr ging es darum, vor Ort Informationen über die Lage von Frau Dr. Beatriz Brinkmann sowie ihrer Mitgefangenen einzuholen und der Forderung nach ihrer sofortigen Freilassung Nachdruck zu verleihen. Diese Reise wurde unterstützt von der Stadt Marburg, der Universität Marburg, dem Hauptvorstand der GEW, Bundesjustizminister a.D. Gerhard Jahn, kirchlichen Institutionen u.a. An der Delegation nahm der Rechtsanwalt Volkert Ohm aus Bremen sowie Erni Hildebrand, die hier über die Reise berichtet, für die Initiative teil.

Bestimmungsort war Valdivia, eine kleine Stadt in Südchile. Hier wurde Beatriz Brinkmann am 19.9.1986 zusammen mit 19 weiteren Chilenen von der Geheimpolizei verhaftet. 12 von ihnen werden noch immer festgehalten.

Aufgrund einer Sonderbesucherlaubnis hatten wir die Gelegenheit, alleine mit Beatriz zu sprechen, so daß sie uns berichten konnte, was nach ihrer Verhaftung geschah.

Folter durch Elektroschocks

Die ersten 5 Tage verbrachte sie in einem Gefängnis der Geheimpolizei.

In dieser Zeit wurden die Gefangenen extremen psychischem Druck ausgesetzt. Sie mußten die ganze Zeit über Augenbinden tragen, Vernehmungsprotokolle unterschreiben, deren Inhalt sie nicht kannten, die Folterungen ihrer Mithäftlinge mitanhören.

Alle Gefangenen wurden geschlagen und erhielten Elektroschocks, so auch Beatriz Brinkmann selbst an Armen und Beinen. Anderen Gefangenen wurden Elektroden an Mund und Ohren befestigt.

Nach ihrer Überführung in das Stadtgefängnis wurde Beatriz Brinkmann weitere 10 Tage in strenger Isolationshaft

gehalten. Dabei mußte sie die ersten beiden Tage auf einer Toilette untergebracht verbringen. Während dieser ganzen Zeit durfte sie sich weder waschen noch umziehen. Erst danach wurden ihre Haftbedingungen erträglicher, die Isolationshaft gelockert.

Sowohl die Menschenrechts- als auch die Anwaltskommission in Valdivia erklärten uns gegenüber, daß diese Haftbedingungen aufgrund der sofortigen und vielstimmigen Resonanz und der Proteste aus dem Ausland, besonders der BRD, erwirkt wurde.

Dazu zählen die vielen Protestaktionen, die dazu führten, daß sich die bundesdeutsche Botschaft für Beatriz Brinkmann einsetzte. Dazu gehört auch die Reise des SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve nach Valdivia. Und dazu gehört die prompte Solidarität mit den politischen Gefangenen sowie die klare Verurteilung der Repressionspraktiken der Diktatur.

Der Plan der Geheimpolizei, die Gefangenen ungestört „verhören“ und foltern zu können, um irgendwelche Geständnisse zu erpressen, ging nicht auf.

Die internationale Öffentlichkeit war wachsam geworden und setzte die Diktatur unter Legitimationsdruck. Noch während die Gefangenen bei der Geheimpolizei festgehalten wurden, sah

sich diese dazu gezwungen, eine Pressekonferenz durchzuführen, bei der neben einer langen Liste von Anschuldigungen auch Fotos der Häftlinge veröffentlicht wurden.

Das Gesicht von Beatriz zeigt darauf eindeutige Spuren von Mißhandlungen. Es ist entstellt und verquollen. Trotzdem erklärte Herr Steuer, der Rechtsberater des Militärrichters in Valdivia gegenüber den Delegationsteilnehmern, daß Frau Brinkmann nicht gefoltert worden sei, ja, daß in Chile überhaupt nie gefoltert würde.

Dieser gleiche Herr Steuer erklärte weiterhin, daß die gegen Frau Brinkmann erhobenen Vorwürfe fallengelassen worden seien, da kein Beweismaterial gefunden werden konnte. Er scheute sich jedoch auch nicht, sofort neue Vorwürfe zu erfinden: Sie sei nach ihrer Abreise aus der BRD 4 Jahre lang Sekretärin von Fidel Castro gewesen!

Es war ihm sehr peinlich, als wir ihm darlegten, daß Beatriz Brinkmann die BRD am 12.2.1985 verlassen und bereits eine Woche später ihre Stelle als Lehrerin an der deutschen Schule in Valdivia angetreten hat, an der auch seine eigenen Kinder unterrichtet werden.

Ein Fall von vielen

Beatriz Brinkmann ist kein Einzelfall. Zusammen mit ihr sitzen in Valdivia weitere 11 Demokraten im Gefängnis, von denen einer durch die Folter innere Verletzungen davongetragen hat. In Santiago wurden vor mehreren Tagen fünf Jugendliche verhaftet, die wegen angeblicher Beteiligung am Attentat gegen Pinochet zum Tode verurteilt werden sollen.

Unter ihnen befindet sich Victor Díaz Caro, Sohn eines chilenischen Demokraten, der 1976 von den Faschisten verhaftet wurde und seitdem verschwunden ist. Insgesamt ist die Zahl der politischen Gefangenen in Chile auf 4.000 gestiegen. Im Fall von Beatriz Brinkmann und den anderen in Valdivia Verhafteten hat die sofortige und breite internationale Solidarität Schlimmeres verhindert, vermutlich Leben gerettet. Diese Solidarität brauchen und verdienen auch die anderen politischen Gefangenen in Chile.

Dialog von Juri N. Popow und Jean Ziegler Weltordnung – von der UdSSR reproduziert? (III)



Ein selten ausgedehntes Streitgespräch zwischen Jean Ziegler und Juri N. Popow erschien dieser Tage unter dem Titel „Ändere die Welt: Sie braucht es! Ein Dialog zwischen Ost und West“ (231 S., 14,80 DM) im Kölner Pahl-Rugenstein Verlag. Der Genfer Soziologieprofessor J. Ziegler ist Führungsmitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und deren Repräsentant im Büro der Sozialistischen Internationale. Der Moskauer Ökonomieprofessor J. Popow gehört der Akademie der Wissenschaften der UdSSR an.

J. POPOW: Unser Dialog geht, zumindest in seinem dritten Abschnitt, seinem Ende entgegen. Ich glaube, es ist zweckmäßig, erneut auf den unlösbaren Zusammenhang zwischen den Problemen der Dritten Welt und dem Hauptthema unserer Diskussion, dem Abrüstungsproblem, hinzuweisen.

Bedingt durch eine ganze Reihe von Faktoren und Umständen, macht sich manchmal der gefährliche Trend bemerkbar, der Frage, wie die Dritte Welt heute überleben kann, mit der Frage zu begegnen, wie Europa und die gesamte Menschheit morgen überleben können.

In den Entwicklungsländern gibt es Menschen, die weder die Ängste noch die Hoffnungen begreifen und teilen, die mit der allgemeinen internationalen Lage verbunden sind. „Wozu der ganze Lärm um eine nukleare Katastrophe?“ sagen sie. (...)

Es scheint mir, daß solche Gedanken über die thermonukleare Gefahr im wesentlichen der zurückgebliebenen Psychologie aus früheren Kolonialzeiten und dem fehlenden Glauben an die eigenen Kräfte und Möglichkeiten entstammen.

Demnach wurden die Hauptprobleme der Welt nicht in Afrika oder Asien, sondern in Europa und Nordamerika von den Großmächten entschieden. Urd man trüge demnach für die wachsende Gefahr eines globalen thermonuklearen Konflikts keine Verantwortung mit. Das stimmt aber nicht!

Gegenwärtig verfügen die USA über mehr als 1.500 Militärstützpunkte und Militärobjekte in 32 Staaten auf allen Kontinenten, so auch in Afrika – in Ägypten, Sudan, Somalia und Kenia. (...)

Mit einem engmaschigen Netz von Militärstützpunkten wurde auch Lateinamerika überzogen. Die USA verfügen über mehr als 50 Militärbasen und Militärobjekte in der Panamakanalzone, in Puerto Rico und auf den Bermudainseln. Da Washington diese Anzahl von Basen für noch nicht ausreichend hält, strebt es weitere an, unter anderem auf Haiti. Ein Militärstützpunkt wird von den USA in dem von ihnen besetzten Grenada errichtet.

J. ZIEGLER: Ja, hören Sie einmal: Gibt es denn überhaupt keine sowjetischen Militärbasen in der Dritten Welt? Kabul,

Aden, Berbera sind das Hirngespinnste? Die UdSSR tut doch genau dasselbe wie die USA.

J. POPOW: Die UdSSR hat keine Militärbasen, die jenen der USA vergleichbar wären.

Die UdSSR hat Verteidigungs- und Militärabkommen mit Ländern der Dritten Welt, die hin und wieder Landrechte für die Flotte, Überfliegsrechte für die Luftwaffe etc. beinhalten. Extraterritoriale Riesenbasen mit dem ganzen modernen Angriffspotential haben wir in den Ländern der Dritten Welt nicht.

J. ZIEGLER: Aden ist eine vollausgerüstete sowjetische Militärbasis mit Flugzeugen, Schiffen, Radar, Munitionsdepots etc. und einem Riesenverhau von Stacheldraht rings herum. Genau wie Guantanamo.

J. POPOW: Sie sind falsch informiert! Doch kommen wir zurück zum Thema. Nur naive Menschen begreifen nicht, daß mit der Anhäufung von Kernwaffen in den Entwicklungsländern deren Völker in eine äußerst gefährliche Lage geraten, denn jede Militärbasis wird zwangsläufig zu einem Ziel für den Gegner, erst recht dann, wenn dort Atomwaffen sind.

Allein schon dadurch werden Entwicklungsländer zwangsläufig in die „Zone“ eines militärischen Konflikts einbezogen, selbst wenn dieser zwischen den „Großmächten“ ausbricht. Ich möchte daher betonen, daß es in Sachen Krieg und Frieden weder „große“ noch „kleine“ Länder geben kann. An einer positiven Lösung müssen deshalb alle Länder und die gesamte Menschheit interessiert sein.

Es ist durchaus kein Zufall, daß die Führer von sechs Ländern – Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Tansania und Schweden – in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Initiativen zur Wahrung des Friedens auf der Erde ergriffen haben. (...)

Ich möchte den Leser darauf aufmerksam machen, daß es nicht die Führer der Großmächte waren, die diese wertvollen und aktuellen Initiativen ergriffen haben, sondern jene, die in der Mehrzahl Entwicklungsländer vertreten.

Diese Tatsache zeugt in meinen Augen von wichtigen Veränderungen in der psychologischen Stimmung, wie sie heute für die Dritte Welt kennzeichnend ist. Ein noch deutlicheres Beispiel für das entschiedener Auftreten der Entwicklungsländer gegen den Militarismus und für die Abrüstung ist die Bewegung der Nichtpaktgebundenen. (...)

J. ZIEGLER: Ja, das ist genau der Punkt.

Der Aufbruch der Länder der Dritten Welt als autonomes Subjekt der Geschichte konkretisiert sich in der Bewegung der Blockfreien. Die UdSSR tut so, als sei diese neue Bewegung ihr Ver-

dienst. Das ist aber nicht der Fall.

Die blockfreien Staaten — zumindest die Mehrzahl von ihnen — hat gegenüber der UdSSR mindestens genauso starke Vorbehalte wie gegenüber den kapitalistischen Ländern. Beispiel: Die sowjetische Invasion in Afghanistan hat bei den Nichtpaktgebundenen heftige Proteste ausgelöst.

Diese Länder sind Gegner der westlichen imperialistischen Länder, aber deswegen sind sie keineswegs spontan Verbündete der UdSSR.

J. POPOW: Sie begreifen nicht. Ich denke nicht bipolar.

Die wesentliche Frage ist nicht die, ob irgendein Staat der Freund und treue Verbündete der Sowjetunion ist. Sie lautet anders: Wer ist gegen die nukleare Überrüstung und kämpft gegen sie? Wer nimmt die drohende Gefahr eines Weltkriegs als etwas Schicksalhaftes hin? Wer mobilisiert seine ganzen Kräfte zu seiner Verhinderung?

„Lenin war ambitiöser!“

Unter den Friedenskräften spielen die blockfreien Länder eine wichtige Rolle. (...) Sehr wichtig ist die Position der Nichtpaktgebundenen in Fragen von Krieg und Frieden.

Es ist bezeichnend, daß die Teilnehmer der Konferenz von Delhi (Januar 1985, Deklaration in: AIB 3/1985, S. 36-37; d. Red.) einen speziellen Aufruf angenommen haben, in dem sie die Forderung erheben, das Wettrüsten zu beenden und das Abgleiten in einen nuklearen Konflikt zu verhindern, der sich auf die Menschheit verhängnisvoll auswirken würde. (...)

Zweifelloos wird der Widerstand der Entwicklungsländer gegen die imperialistische Politik der Aggression und des Diktats zunehmen.

Die zahlreichen ausländischen Militärstützpunkte auf ihrem Territorium, die Aufstellung von Sondereinheiten der Schnellen Eingreiftruppe, die direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten — all das wird sicher auch künftig zu einem Aufschwung der Antikriegsstimmungen und -bewegungen in der Dritten Welt führen.

J. ZIEGLER: Lenin war ambitiöser als Sie!

Er wollte die proletarische Weltrevolution, die Ausdehnung des Kommunismus über die ganze Erde. Sie begnügen sich mit dem humanistisch verdienstvollen Ziel der Ausdehnung des Neutralismus, der Antikriegsstimmung...

J. POPOW: Meine kommunistischen Überzeugungen sind heute stärker denn je. Lenin lehrte uns, die Geschichte zu studieren. Jede Etappe zu verstehen.

In der heutigen Etappe steht das Über-

leben der Menschheit, nicht die Weltrevolution auf der Tagesordnung. Doch um fortzufahren:

Selbstverständlich muß man in Betracht ziehen, daß die USA, die einen beträchtlichen Teil ihrer Ressourcen durch Importe beziehen, eigene Interessen in der Dritten Welt verfolgen. Natürlich sind sie daran interessiert, daß die Rohstoffe sicher ihr Land erreichen.

Doch bedeutet dies nicht, daß die USA nun berechtigt sind, ganze Regionen zu Sphären ihrer „Lebensinteressen“ zu erklären, ohne die Interessen der in diesen Regionen liegenden Länder zu berücksichtigen. (...)

Während man über Abrüstung debattiert, sterben Millionen Menschen in den Entwicklungsländern nicht nur an Hunger und Krankheiten, sondern sie sterben auch im Verlauf sogenannter „lokaler Konflikte“. Diese aber wollen kein Ende finden. Deshalb bin ich der Meinung, daß die Antikriegsstimmungen in den Entwicklungsländern auch in Zukunft zunehmen werden.

Ein weiterer wichtiger Umstand ist, daß man in den Entwicklungsländern selbst immer deutlicher erkennt, wie illusorisch die Hoffnungen auf eine radikale Verbesserung der eigenen Wirtschaftslage sind, solange die Hochrüstung derart gigantische Dimensionen beibehält und die Rüstungsausgaben astronomische Zahlen erreichen.

Dabei werden die Entwicklungsländer selbst in den sich immer mehr beschleunigenden Rüstungswettlauf einbezogen. Die Rüstungsausgaben dieser Länder betragen im Jahre 1985 nach den bescheidensten Schätzungen rund 10 Milliarden

Dollar, d.h. 20 Prozent der gesamten Rüstungsausgaben in der Welt.

Die Steigerung der Rüstungsausgaben in den Entwicklungsländern, die in einem wesentlich schnelleren Tempo erfolgt als in den Industriestaaten, steht in schreiendem Widerspruch zur schweren Lage Hunderter Millionen Menschen in den Ländern der Dritten Welt, in denen laut Berechnungen über 500 Millionen Menschen Hunger leiden und 1,7 Milliarden eine Lebenserwartung von weniger als 60 Jahren haben. (...)

Schließlich sind die Entwicklungsländer ein integrierter Bestandteil unserer heutigen Welt. Die Gefahr einer thermodynamischen Katastrophe trägt globalen Charakter. Sie kennt weder geographische noch politische Grenzen.

Im Falle eines nuklearen Konflikts würden sich die atmosphärischen und klimatischen Bedingungen sowie das ökologische Gleichgewicht, die das Leben in jedem Teil unseres Planeten bestimmen, katastrophal verschlechtern, gleich, wie weit er vom Schauplatz des Geschehens entfernt sein würde.

Es gibt keine Hoffnung, daß der „nukleare Winter“ oder die „letzte Epidemie“ vor anderen Kontinenten und Ländern haltmachen würde. Diese traurigen, aber notwendigen Überlegungen dürfen uns keinesfalls in lähmende Angst versetzen, sondern müssen vielmehr alle Menschen der Welt zu Taten und zur Vereinigung ihrer Kräfte anregen.

Die Probleme der Unterentwicklung und der Abrüstung hängen aufs engste zusammen. Sie sind global und müssen daher mit vereinten Kräften, also ebenfalls global, gelöst werden.

Schluß

Zeitschriftenschau

Mittelamerika Magazin, Nr. 57/Okttober 1986

Schwerpunkt des Heftes ist die Diskussion der Folgen und Folgerungen aus dem Mord an Berndt Koberstein in Nicaragua. Die nicaraguanische Regierung mußte sich dem Druck aus Europa beugen — sie hat angeordnet, Brigadistinnen und Brigadisten nicht mehr in Kriegsgebieten einzusetzen. Außerdem: Welche Folge hat der Mord an Berndt Koberstein auf das Projekt, in dem er arbeitete, ein offizielles Projekt der Stadt Freiburg?
Einzelpreis 3 DM; Abo (6 Hefte) 18 DM
Bezug: Magazin Verlag, Schweißelstr. 6, 2300 Kiel 1

ila-info, Nr. 99/Okttober 1986

Schwerpunktthema: Lateinamerikanische Literatur in der BRD: Mit diesem Heft haben wir den Versuch unternommen, am Beispiel der Literatur darzustellen, wie hierzulande mit lateinamerikanischer Kultur umgegangen wird ● Gespräch mit Rene Böll (Lamuv-Verlag) und Hermann Schulz (Peter Hammer Verlag) ● Klichees der bundesdeutschen Literaturkritik ● Geschichte der Rezeption lateinamerikanischer Literatur in deutscher Sprache ● Expansion des Bertelsmann-Konzerns in Lateinamerika ● Weitere Beiträge: Menschenrechte unter Kriegsbedingungen (Nicaragua und Peru) ● Polizeihilfe für Guatemala ● Waffengeschäfte mit Lateinamerika ● Straßenkinder in Brasilien ● Infos über Aktionen und Kampagnen der Solibewegung.
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 5/August-September 1986

Schwerpunkt: Ökologie und Apartheid ● Die Energiekrise in Afrika ● Die Diskussion um die Energieprobleme in der Kooperationsgemeinschaft der SADC-Staaten ● Der Kreislauf der Gifte ● Auswirkungen von Asbest ● Umweltzerstörung in den Homelands ● Uranabbau in Namibia ● Weidewirtschaft und Ökologie ● Länderberichte: Zimbabwe, Namibia, Mosambik/Zimbabwe, Malawi, Swasiland.
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Brasilien Nachrichten, Nr. 90/1986

„Neues aus der alten Republik oder Altes aus der neuen Republik“ ● Statt keine Cruzeiros, jetzt keine Cruzados in der Tasche ● Schuldenkrise und Perspektiven für die nicht-staatliche Zusammenarbeit ● Die Landproblematik in Maranhao ● Mord an Padre Josimo Tavares ● Agrarreform jetzt ● Auch in der neuen Verfassung — Frauen, Menschen 2. Klasse ● Brasiliens Indianer und die „Neue Republik“
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: Brasilien Nachrichten, An der Illshöhe 30, 4500 Osnabrück



Georg Diederichs

10. Asienspiele in Südkorea Generalprobe für Olympia '86

Am 5. Oktober d.J. gingen in Südkoreas Hauptstadt Seoul die 10. Asienspiele zu Ende. Wie selten zuvor fanden die 14 Tage dauernden Titelkämpfe des mit über 3 Mrd Menschen bevölkerungsreichsten Kontinents auch in den Medien hierzulande breite Resonanz.

Doch das in den Berichten von Land und Leuten gezeichnete Bild entsprach in der Regel jenem konfuzianistischen Ordnungswillen, den sich Diktator Chun Doo Hwan für Südkorea so sehr wünscht: „Sauberkeit, Respekt vor der staatlichen Ordnung, Liebenswürdigkeit“ als Motto einer Nation, die sich auf die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1988 vorbereitet.

Vehikel zum „Sprung nach vorne“

Bis 1991 will Südkorea unter den 10 größten Handelsnationen der Welt rangieren. Vehikel für diese ehrgeizigen Pläne soll nicht zuletzt der Sport sein.

„Asienspiele und Olympiade werden als Meilensteine für Koreas Sprung nach vorne auf allen erdenklichen Gebieten dienen“, verkündete z.B. Ministerpräsident Lho Shin Yong. Ganz in diesem Sinne war denn auch bereits zur Eröffnung der Wettkämpfe vom „größten interasiatischen Sportereignis aller Zeiten“ die Rede.

Doch das stimmte nicht ganz, obgleich mit einer Teilnehmerzahl von 4.797 Sportlern, Betreuern und Funktionären sowie mit 25 zugelassenen Sportarten, in denen insgesamt 269 Goldmedaillen zu gewinnen waren, ein neuer Rekord in der Geschichte der Asienspiele erreicht werden konnte.

Mit Bahrain, Bangladesh, Bhutan,

Brunei, der VR China, Hongkong, Indien, Indonesien, dem Iran, Japan, Katar, Kuwait, dem Libanon, Malaysia, den Malediven, Nepal, Oman, Pakistan, den Philippinen, Saudi Arabien, Singapur, Sri Lanka, Thailand, den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie dem Gastgeber Südkorea nahmen allerdings nur 25 Länder an den Wettkämpfen teil. Rekordhalter bleibt in dieser Hinsicht Indiens Hauptstadt Delhi, wo vor 4 Jahren immerhin 33 Nationen an den 9. Asienspielen teilnahmen.

Die Bedeutung der Asienspiele als Generalprobe für die fast auf den Tag genau 2 Jahre später beginnende Olympiade, dokumentierte sich u.a. auch durch die Anwesenheit zahlreicher Prominenz aus Politik und Sport. So nahmen während der Eröffnungsfeierlichkeiten Japans Ministerpräsident Nakasone, Thailands Parlamentspräsident Sirisumpum sowie der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, auf der Ehrentribüne Platz.

Studenten protestieren in Seoul gegen die Asienspiele



Als sportlicher und politischer Prestigegewinn dürfte für Südkorea auch die Teilnahme der VR China gegolten haben. Denn obwohl Beijing keine diplomatischen Beziehungen mit Seoul unterhält, stellten die Chinesen mit 514 Sportlern das drittgrößte Team nach den Gastgebern (637) und Japan (591).

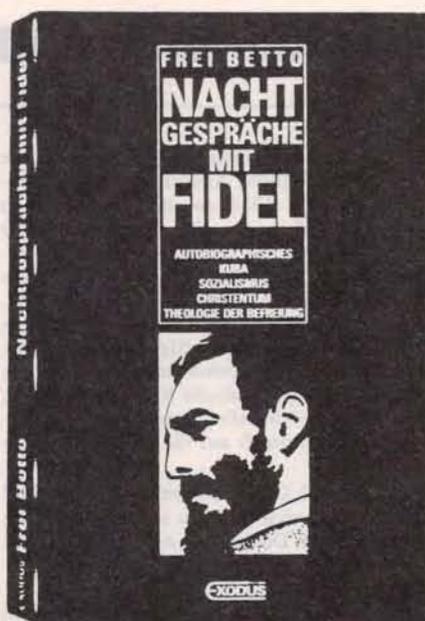
Zu den asiatischen Ländern, die keine Sportler nach Seoul entsandten, gehörten Afghanistan, Burma, die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR), Laos, die Mongolische VR, Syrien, Vietnam sowie die VDR Jemen. Und das aus gutem Grund.

Denn, daß Südkorea durch eine von den USA abhängige, extrem antikommunistische Militärdiktatur beherrscht wird, daß Gewerkschaften und demokratische Opposition keinerlei Rechte genießen, dokumentierte das Chun-Regime auch vor und während der Asienspiele eindrucksvoll: Unter dem Vorwand eines Bombenanschlags auf den Seouler Flughafen war die Zehnmillionen-Einwohner-Metropole für die Dauer der Wettkämpfe quasi unter Ausnahmezustand gestellt.

Ca. 100.000 Soldaten und Polizisten hatten die Stadt in ein regelrechtes Heerlager verwandelt. Vor neuralgischen Punkten wurde Militär mit aufgepflanzten Bajonetten postiert.

76.312 Bürger Südkoreas waren kurzerhand für 29 Tage ins Gefängnis gesteckt, weitere 263.564 angeblich „kriminelle Elemente“ bereits vor den Spielen festgenommen und „ermahnt“ worden. Sechs Universitäten des Landes wurden von paramilitärischen Einheiten abgeriegelt, um so Demonstrationen gegen das Regime Chun Doo Hwans zu verhindern, was allerdings nicht gelang.

Fidels Religionsgespräche



Verfolgt man Reden und Veröffentlichungen lateinamerikanischer Befreiungstheologen so fällt auf, daß das Modell der kubanischen Gesellschaft für diese kein Thema zu sein scheint. Sicher, die Befreiungstheologie lebt von der Option für die Armen und der Solidarität mit den Armen; ein genuines Thema jeder Befreiungstheologie muß deshalb eine theologisch fundierte Kapitalismuskritik sein. Positiv ausgedrückt bedeutet dies eine eindeutige Parteinahme für eine sozialistisch orientierte Gesellschaft, was spätestens seit Anfang der 70er Jahre klar erkannt wurde, als sämtliche – christdemokratisch inspirierte – Modelle eines sog. „Dritten Weges“ in Lateinamerika scheiterten.

Vielleicht stammt die Ratlosigkeit gegenüber dem „Modell Kuba“ noch aus dieser Zeit. Viele Theologen Lateinamerikas erinnern sich: 1960 verpflichtete Papst Johannes XXIII. alle Ordensoberen in den USA und Kanada zu einem „Hilfsprogramm für die lateinamerikanische Kirche“. Binnen 10 Jahren sollten 10% der etwa 225.000 Priester, Mönche und Nonnen nach Lateinamerika geschickt werden, um den dortigen Katholiken in ihrem Kampf gegen den „Castro-Kommunismus“ zu helfen. „Lateinamerika braucht DICH“ lautete der Slogan, mit dem das lateinamerikanische Büro der National Catholic Welfare Conference (NCWC) zu mobilisieren suchte.

Das Programm scheiterte. Was blieb, war die Ablehnung gerade in kirchlichen Kreisen gegenüber Kuba. Auch gelang es US-Medienkonzernen immer wieder, Nachrichten über angebliche Verfolgungen und Repressionen gegen die Kirche in Umlauf zu bringen und so auch in Kreisen der sich damals gerade etablierenden Befreiungstheologen jegliche Solidarisierungstendenz im Keim zu ersticken. (Das gleiche geschieht heute im Fall Nikaragua: auch hier sollen – im Kontext eines katholischen Kontinents – Nachrichten über Kirchenverfolgungen die Solidarität mit dem Gesellschaftsmodell unterbinden.)

Dennoch liegt die Vermutung nahe, daß eine

latente Bereitschaft, hin und wieder mal nach Kuba zu schauen, immer vorhanden war und jetzt endlich – ohne Rücksicht auf die „Glaubenskongregation“ in Rom – ein längerer Blick riskiert werden kann, ja riskiert werden muß. Der Anlaß ist ein 23stündiges Gespräch, das der brasilianische Dominikaner Frei Betto mit Fidel Castro führte. Dieses Gespräch vom 23.-26. Mai 1985 wurde – als Buch veröffentlicht – innerhalb weniger Wochen ein Bestseller auf dem ganzen Kontinent.

Wer da mit Fidel über dessen Kindheit und Jugend, über seinen Weg vom Schüler einer Jesuitenschule zum Revolutionär und vor allem über sein Verhältnis zur Religion sprach, war kein Bischof oder Kardinal, sondern „ein brasilianischer Dominikaner, ein einfacher Bruder, der durch Veröffentlichungen über seine Jahre im Gefängnis während der Zeit der Militärdiktatur weltweit bekannt wurde“. (Pedro Casaldáliga, Bischof von São Félix de Araguaia/Brasilien, in seinem Vorwort)

Bevor Frei Betto das Interview mit Fidel führte, war er bereits mehrere Male in Kuba gewesen. Er hatte Gelegenheit das Land kennenzulernen. Er sprach mit Christen und Marxisten.

Im Anschluß an einen Vortrag in Havanna kommentierte er die Situation der Kirche in Kuba: „Die Blockade, welche die USA gegen Kuba errichtete, hat auf gewisse Weise auch die Christen der Insel isoliert. Viele blieben auf der Seite des Imperialismus und waren gegen den Sozialismus und Kommunismus, die sich etablierten und zum Atheismus bekannten. Allerdings weht seit einigen Jahren in der kubanischen Kirche ein neuer Wind...“ (S. 9 f.)

Für Fidel Castro war das Gespräch mit Betto nicht die erste Äußerung zum Thema Religion: Bereits 1971 in Chile sprach er bei einem Protokollbesuch bei Kardinal Silva Henríquez „von den Bedürfnissen der Befreiung, die unsere Völker objektiv haben, sowie von der Notwendigkeit, zu dieser Absicht Christen und Revolutionäre zu vereinen“. (S.16) Bei anderer Gelegenheit sagte er, daß es „zehntausendmal mehr Übereinstimmungen des Christentums mit dem Kommunismus gibt, als es mit dem Kapitalismus geben kann“. (S.17)

Das aus dem Interview heraus entstandene Buch bietet eine umfassende Themenpalette. Kein Bereich wird ausgeklammert. Die Gespräche beginnen mit Fidels Elternhaus und Kindheit („Frei Betto: Wo wurden Sie getauft? – Fidel Castro: Ich bin nicht dort getauft worden. Erst Jahre später wurde ich in Santiago de Cuba getauft. – Frei Betto: Wie alt waren Sie da? – Fidel Castro: Ich glaube, daß ich fünf oder sechs Jahre alt war.“ (S.78)) und enden mit aktuellen weltpolitischen Themen wie der Auslandsverschuldung und den Beziehungen Kubas mit Brasilien.

Dazwischen geht es um die Geschichte des Befreiungskampfes, die inneren und äußeren Schwierigkeiten Kubas in den Jahren nach der Revolution, um das politische System in Kuba und um Fragen, die vor allem Christen bewegen, wie etwa das Verhältnis zwischen Christentum und Marxismus, ob Religion Opium für das Volk sei, oder auch um Parallelen zwischen christlichen und kommunistischen Märtyrern.

Der rote Faden, der sich durch das Buch zieht,

Daß es bei diesen Maßnahmen weniger um den Schutz von Sportlern und Besuchern der Asienspiele ging, liegt auf der Hand. Was seitens des Regimes zynisch als „Sicherheitsvorkehrungen“ verkauft und von nicht wenigen westlichen Korrespondenten auch als solche kolportiert wurde, war nichts anderes, als eine Bürgerkriegsprobe gegen das eigene Volk.

Diese Begleitumstände der 10. Asienspiele sind es denn auch, die bereits heute einen bitteren Vorgeschmack auf die 1988 an gleicher Stelle stattfindenden Olympischen Sommerspiele geben.

Sportliche Gewinner der asiatischen Titelkämpfe wurden die Athleten aus der VR China und Südkorea gleichermaßen.

Zwar konnte sich die VR China mit 94 Goldmedaillen gegenüber Südkorea (93) knapp durchsetzen, doch es waren gerade die Sportler des Gastgeberlandes, die am meisten für Furore sorgten. Neben einer ganzen Reihe von Überraschungssiegen, dürften die drei Siege über Chinas bis dahin als unbezwingbar geltende Tischtennisspieler das herausragendste Ereignis gewesen sein. Die Südkoreaner gewannen nicht nur beide Mannschaftswettbewerbe, sondern auch das Herren-Einzel durch den erst 18 Jahre alten Yoo Nam-Kyu, der als Nummer 64 der Welt rangliste den chinesischen Weltmeister Jiang Jialing entzauberte.

Erste Sportnation China

Die Chinesen dominierten ansonsten überall dort, wo sie ohnehin schon Weltspitze sind: im Turnen, Kunstspringen, Schießen, im Basketball, Volleyball und Fechten der Frauen sowie in den leichten Gewichtsklassen des Gewichthebens. Sie stellten auch die meisten Sieger in der Leichtathletik.

Japan, viele Jahre die stärkste Sportnation Asiens, verlor mit nur 53 Goldmedaillen etwas den Anschluß. Es mußte sich erstmals in der Geschichte der Asienspiele mit dem dritten Platz begnügen.

In der Gesamtaddition der Medaillen setzte sich Gastgeber Südkorea mit 224 gegenüber der VR China (222) und Japan (221) durch. In der Medaillenzahl der Olympischen Sportarten gewann die VR China (90) vor Südkorea (80) und Japan (52). Die übrigen asiatischen Teilnehmerländer vermochten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in die Phalanx der Medaillengewinner aus China, Südkorea und Japan nicht einzubrechen. Und es ist davon auszugehen, daß diese drei Länder ihre sportliche Dominanz bis zu den 11. Asienspielen, die 1990 in der VR China stattfinden werden, noch weiter ausbauen.

ist immer wieder die Frage nach dem persönlichen Glauben sowohl Fidels als auch seiner Kampfgefährten in der Revolution und – davon abgeleitet – das Verhältnis der kubanischen Revolution zur katholischen Kirche. Frei Betto versteht es, Fidel immer wieder mit der Frage nach der eigenen Religiosität zu konfrontieren. Dabei zeichnet sich in Fidel ein Mensch ab, der sich bewußt (und begründet!) als ungläubig bezeichnet, aber voller Hochachtung (keine Toleranz aus taktischen Gründen!) von denjenigen Menschen spricht, die aus ihrer persönlichen Nachfolgeentscheidung heraus als gläubige Christen mit ihm gemeinsam den Weg der Revolution gingen.

Diese Haltung prägt auch das Verhältnis der Revolution zur Kirche: Schwierigkeiten gab es erst dann, als die Kirche sich mit dem Imperialismus verbündete und gegen die Revolution arbeitete. Dann mußte sie sich auch gefallen lassen, als normaler politischer Gegner behandelt zu werden, weil sie als politischer Gegner der neuen Gesellschaft, die dem Armen zu seinem Recht verhelfen wollte, agierte.

Das Buch wurde mehrfach als „Vermächtnis“ Fidels bezeichnet. Dies ist nicht ganz zutreffend, da hier der Endpunkt einer Entwicklung impliziert würde. Fidel hat in den „Nachtgesprächen“ dargelegt, wie er sich zu dem entwickelt hat, der er heute ist.

Zum Zeitpunkt des Gesprächs war er 59 Jahre alt. Zeit, einmal innezuhalten und den bisherigen Weg zu reflektieren. Für ein Vermächtnis aber noch zu früh.

Martin Schuck

Frei Betto, Nachtgespräche mit Fidel. Autobiographisches-Kuba-Sozialismus-Christentum-Theologie der Befreiung, Edition Exodus, Freiburg/Schweiz 1986, 295 S., 27 DM

Unsere
Heimat
ist das
Mehr!



Nur noch wenige Restplätze!

Gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba bieten wir an:

Studienreisen nach Cuba

- Cuba für Anfänger 22.12.86 - 05.01.87
- Cuba: Modell für die 3. Welt 24.12. - 07.01.87
Doppelzimmer, Halbpens., Reiseleitg., Progr.

DM 2.800,-

Solidaritätsreise Nicaragua

27. Januar 1987 - 13. Februar 1987

Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen ab/bis Berlin-Schönef., Doppelzimmer, Halbpens.

DM 2.995,-

Cuba: Internationale Fahrt für den Frieden

04. Januar 1987 - 25. Januar 1987

Eine Radfahrt in 17 Etappen quer über die ganze Insel in Zusammenarbeit mit dem Institut für Völkerfreundschaft und der cubanischen Friedensbewegung (kein Wettkampfstreß). DZ, VP, Info-Material, Visa, Rahmenprogramm.

DM 2.880,-

Fordern Sie unsere Infos an!

Tel. 040 / 491 60 66
Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20

Kultur

Peter Schütt Wole Soyinka Afrikas Literatur-Nobelpreisträger

Zum ersten Mal in ihrer 85jährigen Geschichte hat die schwedische Akademie den Literatur-Nobelpreis für 1986 an einen afrikanischen Autor verliehen, an den Nigerianer Wole Soyinka.

Es war, im Gegensatz zu manchen Irrtümern der letzten Jahre, eine längst überfällig und, was den Autor und sein Land betrifft, eine in jeder Hinsicht gerechtfertigte Entscheidung. Es ist freilich bezeichnend für das gegenwärtige kulturelle und literarische Klima hierzulande, mit welcher provinzieller Arroganz die einflussreiche Kritikerzunft auf die Preisvergabe reagierte.

Zum Beispiel Ulrich Greiner, Feuilletonchef der Zeit, der sich nicht zu schade war, jeden hergelaufenen Dissidenten aus dem Osten mit den höchsten literarischen Weihen auszustatten:

„Arme Akademie“, überschrieb er seinen Kommentar zur Stockholmer Entscheidung: „Das war ja klar, damit mußten wir rechnen: daß pünktlich mit der Verleihung des Literatur-Nobelpreises die Neunmalklugen kämen und uns vorhielten, wieder einmal hätten wir den endlich ausgezeichneten Autor längst lesen und kennen müssen.“ Und „Zeit“- und Wende-gerecht fährt Greiner fort: „Dieses Jahr war ein Afrikaner dran... Mir soll es recht sein, solange daraus kein moralischer Zwang erwächst, den Autor ab sofort lesen zu müssen.“ Das ist ein klares Wort und steht stellvertretend für die eurozentrische Arroganz, mit der der hiesige Literaturbetrieb bislang mit dem Werk eines der bedeutendsten afrikanischen Autoren umgegangen ist.

Gäbe es nicht die Verlage der DDR und der Schweiz, so wäre bislang kein einziges der über 20 Bücher Soyinkas in deutscher Sprache zugänglich gewesen.

„Arme Akademie“

Sein wichtigster, die Stockholmer Entscheidung mitbegründender Roman aus der Zeit des Biafra-Krieges (1967-70) „Zeit der Gesetzlosigkeit“, ist 3 Jahre nach der englischen Erstveröffentlichung 1977 im DDR-Verlag Volk und Welt erschienen und wurde einige Jahre später vom Schweizer Verlag Olten und danach vom Ullstein-Taschenbuch-Verlag unter dem Titel „Die Klage der tollwütigen Hunde“ nachgedruckt. Auch der andere Roman, „Die Ausleger“, kam zuerst in der DDR und danach in der Schweiz heraus.

Die DDR veröffentlichte bereits Anfang der 70er Jahre Soyinkas Theaterstücke. Ein kleiner schweizerischer Verlag, Bo Cavefors in Zürich, brachte 1980, sein Gefängnistagebuch „Der Mann ist tot“, heraus, in einer bald veramschten Auflage von tausend Stück. Und ebenfalls ein Schweizer Verlag, der Zürcher Ammann-Verlag war es, der kurz vor der Verkündung der Preisvergabe die poetischen Kindheitserinnerungen des Nigerianers in einer schönen Übersetzung von Inge Uffellmann, „Aké – Jahre der Kindheit“, herausgab.



Mit dem Buch „Aké“ liegt eine ebenso vernünftig wie erkenntnisreich zu lesende Kindheitsgeschichte in deutscher Sprache vor, die wie ein Schlüssel geeignet ist, dem Leser den Zugang zum philosophischen und kulturgeschichtlichen Gehalt des Gesamtwerkes von Wole Soyinka zu öffnen.

Akindwande Oluwole Soyinka, wie der Dichter mit vollem Namen heißt, wuchs in der letzten Phase der Kolonialzeit in einem Elternhaus auf, in dem sich die verschiedensten Einflüsse kreuzten und querten: europäische Schulmeisterei und Bevormundung, christliche Mission, das altafrikanische Kulturerbe der Yoruba und der anderen Völker Nigerias und die revolutionären Ideen der Befreiungsbewegungen in ihrer ganzen Vielfalt von der „Negritude“-Romantik bis zum Sozialismus. Woles Vater leitet eine fromme Christenschule, seine Mutter betreibt einen Laden, der sie in mannigfacher Weise mit dem christlichen und heidnischen Volk der Umgebung verbindet.

Es gibt ein Kindermädchen und viele Geschwister, und alle werden mit missionarischer Strenge im christlichen Glauben unterwiesen. Bücher sind in dieser pädagogischen Provinz beinahe heilige Gegenstände. Und wer sie zu lesen und zu deuten versteht, bekommt Zugang zu den Geheimnissen dieser und anderer Welten. Die Schule erhebt sich wie ein Tempel über die Gewöhnlichkeiten und Gemeinheiten des alltäglichen Lebens.

Im spätkolonialen Alltag sind Krankheiten, Todesfälle und Katastrophen tägliche Gäste. Tote verschwinden nicht für immer aus der Welt, sondern kehren in den Zeremonien der Geheimgesellschaften zurück auf die Erde. Das Leben erscheint dem Kind als Zyklus, der in der regelmäßigen Wiederkehr des Geburtstages am 13. Juli sinnfällig wird.

In diese Vorstellung gehört auch das Abikumädchen, das immer wieder stirbt und neugeboren wird, bis seine Eltern es mithilfe von frommen Zaubern endgültig auf der Erde festhalten können. Mit der Drohung, wieder zu sterben, kann es seinen Eltern immer wieder die schönsten Geschenke abverlangen.

Dieses Buch der Kindheit liest sich freilich weniger exotisch und idyllisch, als die bloße Wiedergabe des Stoffes vermuten läßt. Es enthält zugleich ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Zustände und Vorgänge im vorletzten Jahrzehnt der britischen Kolonialherrschaft und bezieht auch die außerafrikanische Geschichte, etwa den 2. Weltkrieg in Europa, mit ein. Die kulturellen, geistigen und religiösen Wurzeln einer Persönlichkeit werden freigelegt, die durch die verschiedensten Strömungen und Einflüsse nicht zerrissen, sondern mannigfaltig bereichert und geprägt wird. Sicher ist das Buch „Aké“ weniger dokumentarisch als poetisch angelegt. Soyinka bestimmt darin gleichnishaft seine geistige Heimat und Herkunft, die geographisch nicht eindeutig zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost festzumachen ist.

Er wollte keine nigerianische Heimatliteratur schreiben; es geht ihm in seinem „Kindheitsmuster“ um die kosmopolitische Ortsbestimmung des Yoruba-Landes, Nigerias und Afrikas innerhalb der Weltkultur, die sich in seinen Augen aus einem gleichberechtigten Nebeneinander verschiedener Sprachen, Kulturen, Religionen, Erfahrungen und Weltanschauungen zusammensetzt.

Nein zur „Negritude“

Wole Soyinka wurde 1934 in Abeokuta geboren, derselben Yoruba-Stadt, aus der auch Amos Tutuola stammt, der Begründer der modernen Volksliteratur Nigerias und Verfasser des Märchens vom „Palmweintrinker“.

Abeokuta, 100 km nördlich von Lagos gelegen, gehört neben Ibadan, Ife und Oshogbo zu den kulturellen Zentren des Yoruba-Volkes, die bisher fast allen kolonialen und neokolonialen Einebnungsversuchen standgehalten haben. Die Yoruba-Kultur findet ihren Ausdruck nicht nur in einer eigenen, Christus und Ogun, den Gott des Eisens, verbindenden Religiosität, sondern auch in Volksoper, szenischen Tänzen und schriftlich wie mündlich überlieferten Preisgesängen und Totenklagen.

An dieses reiche kulturelle Erbe knüpft Soyinkas Schaffen immer wieder an und holt aus ihm seine „tropische“ Fülle, Vielfalt und Bilderwelt. Aber der afrikanische Erbteil wird in keinem Werk romantisch oder folkloristisch verklärt.

Der Kult der „Negritude“, Leopold Senghors (Ex-Präsident des Senegal; d. Red.) Loblied auf die Reinheit der schwarzen Seelen und auch das „Schwarz-ist-schön“-Pathos der Afroamerikaner sind Soyinka von Anbeginn an fremd. Sein Aphorismus, 1962 auf einem allafrikanischen Schriftstellertreffen in Kampala vorgetragen, ist inzwischen in ganz Afrika zum geflügelten Wort geworden: „Ein Tiger läuft nicht im Wald herum und proklamiert seine Tigritude. Er springt!“

Als Zwanzigjähriger geht Soyinka nach England und studiert in Leeds Literatur- und Theaterwissenschaft. Er geht mit offenen Augen nach Europa, beschäftigt sich mit der britischen Arbeiterbewegung und der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Und er beginnt bald selber, in Leeds und London Theater zu machen.

Am Königlichen Hoftheater in London wird er 1957 Dramaturg und inszeniert schon 1 Jahr später für das Theaterfestival der Londoner Universität sein eigenes Stück, „Die Sumpfbewohner“. Es folgte die Komödie „Der Löwe und die Perle“, eine vom Optimismus der Unabhängigkeitsbewegung getragene Abrechnung mit der alten Zeit, in der der Häuptling zum Schluß sagt: „Ich hasse den Fortschritt nicht, aber sein Wesen, das alle Dächer und

Gesichter gleich aussehen läßt.“

Nach dem frühen Erfolg seiner Stücke kehrte Soyinka in sein Heimatland zurück und erhielt den offiziellen Auftrag, für die Unabhängigkeitsfeiern ein Theaterstück zu schreiben.

Er erledigte seine Aufgabe pünktlich und fiel dennoch mit Pauken und Trompeten durch. Das nigerianische Festivalkomitee lehnte den „Tanz der Wälder“ kategorisch ab, weil das Drama nicht den erwarteten Jubelgesang auf die Helden und Häuptlinge des alten Afrika enthielt.

In Soyinkas Stück treten zwei Verstorbene auf, die aus ihrem Tod zurückgekehrt sind und nun auf die Ehrungen warten, auf die sie nach dem alten Brauch Anspruch haben. Aber was sie den Lebenden zu sagen haben, ist keine willkommene Botschaft: Sie verkünden nicht den Anbruch des Goldenen Zeitalters, das die meisten mit dem Ende der Kolonialherrschaft erwarten, sondern nehmen in ihren Prophezeiungen die Realität vorweg, mit der das eben befreite Nigeria fortan konfrontiert war: Machtgier, Habsucht und schreiende Gegensätze zwischen den Armen und den Reichen. Die offizielle Ablehnung des Stücks entmutigte den Autor jedoch nicht, sondern spornte ihn zu neuen Aktivitäten an. Er gründete zwei Theatergruppen: 1960, noch im Jahr der Unabhängigkeit, in Ibadan „Die Masken“ und 4 Jahre später in Lagos „Orisum“, und zog mit ihnen durch das ganze Land.

Er schrieb eine ganze Serie von Sketchen, Szenen und Stücken, inszenierte sie oft selbst und spielte in ihnen große Rollen. Am bekanntesten, zumindest in Nigeria, wurde die Groteske „Die Straße“, eine Persiflage auf den mörderischen Geschwindigkeitsrausch auf den Straßen Nigerias, der buchstäblich über Leichen geht. Die Autobahn, einst das Symbol des unaufhaltsamen Fortschritts, wird zum Sinnbild für die kapitalistische Höllenfahrt.

In seinen Stücken verbindet Soyinka europäische und afrikanische, traditionelle und moderne Theatererfahrungen miteinander und greift als erster Afrikaner Brechts Lehren auf. Die Dreigroschenoper transponiert er als „Opera Wonjosi“ nach Afrika.

In diesen Jahren besuchte er wiederholt beide deutsche Staaten. Es gab damals in der DDR wie auch in der BRD – beide Länder waren in den Augen der Afrikaner kaum durch koloniale Vergangenheit belastet – eine bemerkenswerte Aufgeschlossenheit gegenüber der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung, bevor der Vietnamkrieg das Augenmerk auf andere Regionen der sog. Dritten Welt lenkte. Soyinka wird Mitherausgeber einer von zwei Deutschen, von Jahnheinz Jahn und Ulli Beier, gegründeten Literaturzeitschrift, „Black Orpheus“, und spricht vor Studenten in der Bundesrepublik und der DDR.

1964 erlebte ich ihn bei einem deutsch-afrikanischen Begegnungsabend im Haus des konservativen Schriftstellers und Völkerkundlers Rolf Italiaander in Hamburg. Italiaander zeigte seinem Gast voller Stolz seine Maskensammlung, erntete bei Soyinka aber nichts als ironischen Spott. Als ich später in dem Roman „Die Ausleger“ das karikierte Porträt eines afrikabegeisterten, von der Verwandtschaft der „germanischen“ und der „afrikanischen Seele“ faszinierten und ständig besoffenen deutschen Journalisten las, fühlte ich mich an diese Begegnung zurück erinnert.

Der Roman „Die Ausleger“ setzt sich kritisch und auf weite Strecken satirisch mit der neokolonialen Realität Nigerias auseinander und greift die neokolonialen Grundübel kompromißlos an: Korruption, Bürokratie und blinde Nachahmung der westlichen Lebensweise.

Im Mittelpunkt stehen fünf junge Intellektuelle verschiedener Berufe, und jeder macht auf seine Weise seiner Enttäuschung über die ver-

spielte Unabhängigkeit Luft. Der Maler Kola versucht auf einem Bild, das er vor seinen Freunden und Feinden versteckt hält, die alten Ideale festzuhalten. Dagegen flüchtet sich der Journalist Sagoe in die egoistische und nihilistische Philosophie des „Leerizismus“, eine von Soyinkas zahlreichen Wortneubildungen. „Als Definition, meine Damen und Herren, genüge uns dies: Leerizismus ist keine Protestbewegung, aber er protestiert. Er ist unrevolutionär, aber er revoltiert...“ Im leeren Wortgeklänge Sagoes verspottet Soyinka zugleich die Demagogie der neokolonialen Eliten, die ihre politische und geistige Leere hinter hochtönenden Phrasen verstecken.

Die Lage in Nigeria spitzt sich zu, der Bürgerkrieg kündigt sich an. Im Gegensatz zu vielen anderen Intellektuellen geht Soyinka nicht ins Exil. Er mischt sich demonstrativ in die Politik ein.

Er bricht in die Radiostation Ibadan ein und vertauscht das Tonband, auf dem der Wahlsieger Akintola sich gerade bei seinem Wahlvolk bedanken wollte, mit einer eigenen Aufnahme, in der er schonungslos den Wahlbetrug entlarvt.

Er geht für 3 Monate ins Gefängnis und kommt erst frei, als das Militär die Macht übernimmt. Als Ostern 1967 mit der Proklamation des unabhängigen Biafra der Bürgerkrieg offen ausbricht, versucht Soyinka ebenso verzweifelt wie vergeblich zur nationalen Einheit und Versöhnung aufzurufen.

Auf persönlichen Befehl des Diktators Gowon wird er in Lagos verhaftet und später in das Hochsicherheitsgefängnis nach Kaduna überführt. Er gilt als verschwunden.



Ohne Anklage und Urteil mußte er 27 Monate in Einzelhaft zubringen und kam erst aufgrund von internationalen Protesten frei. Die Erlebnisse und Erfahrungen hat er in seinem „Gefängnistagebuch“ festgehalten: „Der Mann ist tot“. Für Soyinka war die Isolationshaft eine „Initiation, ein Übergang, den ich nachträglich nicht mehr missen möchte“. Die Gefangenschaft bedeutet für ihn „2 Jahre Laborarbeit am Menschen. Resultat: er ist eine Bestie“.

Aber der Dichter, Erzähler, Stückeschreiber, Kritiker und Publizist resigniert nicht, seine Gesellschaftskritik wird nur noch unerbittlicher und unversöhnlicher.

In seinem großen Roman „Zeit der Gesetzlosigkeit“ von 1973 verlegt er die alte Geschichte von Orpheus und Euridike in die Zeit des Biafrakrieges, abstrahiert aber zugleich von den nigerianischen Besonderheiten und schreibt damit ein Antikriegsbuch, das zweifellos in den Kanon der modernen Weltliteratur

gehört. Das im Roman dargelegte Muster der Machtausübung ist übertragbar auf andere neokoloniale Regimes nicht nur in Afrika.

Auf der einen Seite stehen das Kakao-Kartell und das ihm verbündete Militär, auf der anderen Seite die Bewohner des Dorfes Aiyero, die in demokratischer und sozialer Gleichheit zusammenleben und zu denen sich Ofeyi und seine Geliebte Iriyise immer wieder hingezogen fühlen. Ofeyi will mithilfe der modernsten Techniken des Kartells die Erfahrungen Aiyeros allen im Lande einsichtig und zugänglich machen.

Sofort erkennen die Kakao-Manager die Bedrohung, die von Ofeyis Kampagne ausgeht, und sie holen im Bunde mit der Militärregierung zum Gegenschlag aus. Eine Orgie der Gewalt wird entfesselt, Fremdenhaß und Rassismus werden geschürt, der Krieg zeigt sein wahres und menschenverachtendes Gesicht.

Iriyise, die irisierende, Freund und Feind faszinierende Kakaokönigin, ist das Sinnbild für die Lebenskraft und die Schönheit freier Menschen. Als sie vom Kartell gewaltsam entführt wird, bricht Ofeyi auf, um sie aus der Unterwelt zu befreien.

Am Ende wird Iriyise tatsächlich gerettet, doch sie liegt im Koma. Der Krieg ist zwar beendet, aber das Kartell ist noch nicht zerschlagen. Die Bedrohung des Friedens bleibt. Aufbau, Handlung und Sprache des Romans sind verwickelt und verworren, als wollte Soyinka gegen das Klischee anschreiben, afrikanische Literatur sei etwas für schlichte Gemüter und habe einfach und verständlich zu sein. Soyinka lehnt gängige Erwartungen, aber auch vorgegebene Literaturrezepte und Verordnungen ab.

Er bekennt sich zum Realismus, aber sein Realismus ist durch und durch eigenständig und afrikanisch, so wie der magische Realismus eines Gabriel Marquez lateinamerikanisch ist. Das „afrikanische Element“ bleibt im Werk Wole Soyinkas nie im Regionalen verhaftet. Es nimmt immer kosmopolitische Dimensionen an und sperrt sich gegen jede Einordnung in geläufige Nord-Süd- oder Schwarz-Weiß-Schemata. Soyinka versteht sich als Weltbürger. Er schreibt statt in seiner Muttersprache Yoruba in der Weltsprache englisch, die er allerdings auf vielerlei Weise yorubisch einfärbt. Und er schreibt, darin ist der schwedischen Akademie rechtzugeben, „Weltliteratur im Vollsinn des Wortes“.

Der Literatur-Nobelpreis geht 1986 zurecht an einen Afrikaner, denn nach dem lateinamerikanischen Kontinent ist Afrika inzwischen gleichberechtigt in das Ensemble der Weltkulturen eingetreten. Der Preis geht mit gutem Grund an einen nigerianischen Autor.

In Nigeria hat sich mit Schriftstellern wie Chinua Achebe, Cyprian Ekwensi, dem im Biafrakrieg gefallenen Lyriker Christopher Okigbo, der Erzählerin Buchi Emecheta und mit Wole Soyinka mehr noch als in anderen vergleichbaren Ländern, etwa dem Senegal und der Volksrepublik Kongo, eine weltoffene, demokratische und fortschrittliche Nationalliteratur herausgebildet.

Sie erreicht trotz andauernder Militärdiktatur eine bedeutende kulturpolitische Wirkung auf das Hundertmillionenvolk. Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten von Wole Soyinka aus, weil seine Bücher von vornherein weltliterarische Maßstäbe nicht nur für den afrikanischen Kontinent gesetzt haben.

Soyinka hat seine Unbestechlichkeit mehrfach unter Beweis gestellt. Ihm wird auch der Nobelpreis nichts anhaben können, der beginnende Weltruhm wird ihn nicht korrumpieren. Vielleicht schützt er ihn vor neuer Verhaftung und gibt ihm die Möglichkeit, sich noch engagierter in die inneren Angelegenheiten seines Heimatlandes einzuschalten.

Türkei: Keine Demokratie ohne Revolution

Antwort auf den Leserbrief von E. Thomas „Kurden brauchen 1, 2, 3 Sol Birliks“ in AIB 11/1986.

E. Thomasens Eindruck, daß ich der Meinung sei, das Zusammenwirken der türkischen und kurdischen Linken – oder auch nur eines Teils derselben – sei eine Strategie, die den kurdischen Befreiungskampf in eine Sackgasse führe, ist in dieser Allgemeinheit falsch. Er ist das Ergebnis einer von der Redaktion des AIB vorgenommenen Kürzung meines Manuskripts. Ich nehme allerdings an, daß E. Thomas mit meiner Begründung ebenso unzufrieden sein wird wie seinerzeit die Redaktion des AIB; er sollte sie aber zumindest kennen.

Im Manuskript, in dem die Argumentation ihrerseits aus Platzgründen bereits gekürzt war, hieß es dazu: „...einerseits einen praktischen Schritt zur notwendigen Vereinigung der linken Kräfte getan, die in der gegenwärtigen Phase der Auflösung des Faschismus wieder einmal von der bürgerlichen Opposition abgehängt werden. Dieses schon intern gefährdete Bündnis ist aber bislang von der übrigen Linken isoliert geblieben. Diese werfen der vor allem von der TKP geprägten 'Sol Birlik' eine theoretische und praktische Nachtrabepolitik hinter der liberalen Bourgeoisie, oder anders eine unter den Bedingungen der Türkei nicht realisierbare Trennung von Demokratie und Revolution vor. Wenn diese Analyse richtig ist, ...“

Festzuhalten bleibt zunächst einmal die Tatsache, daß zumindest auf seiten der kurdischen Bündnispartner heute der Eindruck vorherrscht, daß „Sol Birlik“ faktisch tot ist und rückblickend vielleicht überhaupt als Totgeburt anzusehen ist.

Zu den Gründen für diesen Tatbestand gehört einerseits die Tatsache, daß die türkischen Bündnisparteien TIP und TSIP als traditionell parlamentaristisch orientierte kleinbürgerliche Linksparteien den faschistischen Schlag noch schlechter als die immer schon illegalen Parteien verkraftet haben, daß „Sol Birlik“ also ein Bündnis von Parteien ist, die z.T. in der Türkei praktisch handlungsunfähig sind.

Fast noch negativer wirkt sich jedoch das gerade auch bei der Basis tiefsitzende Mißtrauen der kurdischen Parteien gegenüber der TKP aus. Dieses Mißtrauen speist sich nicht nur aus der jahrzehntelang andauernden Ignorierung der kurdischen Nationalfrage durch die TKP (siehe Dr. I.Ch. Vanly „Die Nationale Frage Türkisch-Kurdistan“, Komkar-Publikation 4, Juli 1980), sondern auch aus dem begründeten Verdacht, daß die TKP nach wie vor darum bemüht ist, ihre kurdischen Bündnispartner – insbesondere die TKSP – organisatorisch zu desintegrieren (siehe Stellungnahme der TKP-Opposition von Ende 1985).

Das Offizielle und noch nicht allzu alte Bekenntnis der TKP zum Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes auf Grund der bis in die Gegenwart reichenden praktischen Erfahrungen mit der TKP in dieser Frage wird allerorts als kaum mehr als ein Lippenbekenntnis einer immer noch kemalistisch gefärbten Partei betrachtet.

Ein anderes Argument gegen „Sol Birlik“ ist, daß sie die kurdische Nationalbewegung als eine der zentralen Kräfte der Revolution in der Region weiter spaltet. Von dieser Warte her müßte eine Front der kurdischen Linksparteien der einer Front mit den Linksparteien der Kurdistan kolonisierenden Länder zeitlich

vorausgehen, eine Erwartung, die insbesondere an die kurdischen Parteien der Türkei zu stellen wäre, die vielleicht mit Ausnahme der TKSP für einen eigenen gesamtkurdischen Staat als einzig denkbare Lösung der kurdischen Nationalfrage eintreten.

Was das grundsätzliche Argument der Unzulässigkeit der Trennung von Demokratie und Revolution und in diesem Zusammenhang der Nachtrabepolitik betrifft, lautet die von Teilen der Linken vorgebrachte Argumentation kurzgefaßt so: Die Türkei ist ein staatsmonopolkapitalistisches Land aber als vom Imperialisismus abhängig nicht in der Lage, in nennenswertem Maße eigenständig (neo-)kolonial zu expandieren.

Die türkische Bourgeoisie kann sich somit keine kolonialen Extraprofite aneignen, die es ihr erlauben würden, die Werktätigen ökonomisch zu pazifizieren und auf dieser Basis stabile bürgerlich-demokratische Verkehrsformen zu etablieren. Sie kann damit den Betrieb letztlich nur durch den Einsatz physischer Gewalt in Gang halten. Die drei Militärputsche seit 1960 und das hohe Maß der Verletzung demokratischer Normen in der Zwischenzeit zeugen davon.

Ein zentraler Faktor für die Verhinderung der Demokratie ist insbesondere auch die Unterdrückung des kurdischen Volkes als Ausdruck des Strebens der türkischen Bourgeoisie, den rohstoffreichen kurdischen Teil des Landes als interne Kolonie zu bewahren. Diese Analyse – so sie richtig ist – würde dem Streben gerade der TKP entgegenstehen, z.B. mit Suleyman Demirel verbundene Teile des Großkapitals in eine antifaschistische Front einzubeziehen.

Abgesehen von der Frage, ob die Türkei heute überhaupt noch „faschistisch“ ist, stellt sich die Frage, ob nicht durch einen solchen auf seiten der anvisierten bürgerlichen Bündnispartner erwartungsgemäß auf keinerlei Interesse stoßenden Versuch bürgerliche Politiker, deren Grenzen zum Faschismus eher fließend sind, unzulässig zu „Demokraten“ aufgewertet und damit gefährliche Illusionen innerhalb des zu organisierenden Proletariats verbreitet werden. Das jedenfalls ist inzwischen auch Teil der Argumentation der TKP-Kader, die sich erst Ende 1985 gegen ihre Parteiführung gestellt haben.

Dieter Falk, Bonn

Weihnachten '86 in Vietnam und / oder Kampuchea

Studienreisen

17. 12. – 31. 12. 1986

Süd-, Mittel- u. Nordvietnam
Preis: DM 4.170,-

17. 12. – 31. 12. 1986

Kombinierte Reise Vietnam-
Kampuchea - Vietnam
Preis: DM 4.770,-

Anmeldungen/Informationen:
Freundschaftsgesellschaft
BRD – SR Vietnam,
Duisburger Straße 46,
4000 Düsseldorf 30,
Telefon 02 11 / 490111



Jede Cruise Missile wurde in Hasselbach durch ein Kreuz symbolisiert

Friedensdemo in Hasselbach

Für den sofortigen Stopp der Kernwaffentests und den Abzug aller Atomwaffen aus Europa demonstrierten am 11. Oktober d.J. annähernd 200.000 Menschen an der Cruise-Missiles-Basis bei Hasselbach im Hunsrück. Die Großkundgebung, zu der der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung sowie zahlreiche Parteien und Organisationen, darunter der DGB, die SPD, die Grünen, die Friedensliste, die DKP, sowie Kirchengemeinden und namhafte Persönlichkeiten aufgerufen hatten, begann mit Protestmärschen Zehntausender rund um das Stationierungsgelände.

Auf der anschließenden Kundgebung, die durch Auftritte von Udo Lindenberg, der sowjetischen Rocksängerin Alla Pugatschowa, Hannes Wader, den „Americans in Europe“ und dem SWAPO-Chor kulturell umrahmt wurde, sprachen u.a. die Mainzer Theologieprofessorin Luise Schottroff, Horst Klaus, Hauptvorstandsmitglied der IG Metall, der Zukunftsforscher Robert Jungk und der neuseeländische Parlamentarier Nick Dunlop, Sprecher und Koordinator der 6-Staaten-Initiative für Frieden und Abrüstung. Übereinstimmend betonten alle Redner der Kundgebung, daß die nationalen Interessen der Bundesrepublik zwingend eigenständige Abrüstungsinitiativen statt einer weiteren Beteiligung am Wettrüsten verlangten.

Den meisten Beifall bekam jedoch einer, der fehlte: Nelson Mandela, in Südafrika eingekerkelter Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). „Wir werden den Tag erleben, an dem Nelson Mandela auf einer Friedenskundgebung in der Bundesrepublik redet.“ Mit diesen Worten unterstrich die Moderatorin der Kundgebung das gemeinsame Anliegen von antiimperialistischer Solidaritäts- und Friedensbewegung, das sich übrigens auch in der Präsenz zahlreicher Dritte-Welt-Gruppen ausdrückte.

Noch unzureichend verankert ist die gemeinsame Betroffenheit von Europäern und afroasiatischen Völkern durch die Cruise Missiles, die Washington zu Tausenden auch im Raum Südeuropa/Nordafrika, Südwestasien und Ostasien/Pazifik stationiert. US-Außenminister Shultz unterstrich jüngst das Gefahrenmoment dieser „schleichenden“ Atomraketen, als er Libyens Ghaddafi deren Einsatz bei einem zweiten Schlag gegen Libyen androhte.

Engagiert und nachdrücklich wurde allerdings im Hunsrück bewiesen, daß die bundesdeutsche Friedensbewegung – allen Grabesängen zum Trotz – sehr lebendig ist! Und daß sie mit Macht eine neue Politik fordert: Keine Beteili-

gung an Weltraumwaffen! Weg mit den US-Atomraketen! Senkung des Rüstungshaushalts! Schluß mit der fortschreitenden Militarisierung des Lebens! Stopp der Rüstungsexporte! „Ohne die Verwirklichung unserer Forderungen gibt es keine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, und keine Sicherheit vor der Gefahr des Krieges“, hieß es denn auch folgerichtig in der Abschlusserklärung der Hasselbacher Kundgebung.

Deren Motto „Frieden braucht Bewegung“ demonstrierte auch KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow anlässlich des Gipfeltreffens mit US-Präsident Reagan, das ebenfalls am 11. Oktober d.J. im isländischen Reykjavik stattfand. Die von ihm dort offerierten neuen weitreichenden Vorschläge über Vereinbarungen zur Beseitigung sowjetischer und US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, über eine Reduzierung strategischer Offensivwaffen um 50%, über die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums und ein Ende der Nukleartests scheiterten allerdings am starren Festhalten Reagans an seinem Programm zur Weltraumrüstung SDI.

Dennoch, die sowjetischen Abrüstungsvorschläge bleiben weiter auf dem Tisch. Die Türen, so Gorbatschow, werden nicht zugeschlagen. Seine Vorschläge, das kürzliche Votum der Nichtpaktgebundenen in Harare (siehe AIB 11/1986, S. 4-8) und die Forderungen der annähernd 200.000 Friedensdemonstranten im Hunsrück verdeutlichten denn auch eindrucksvoll, daß Abrüstung ein weltweit eingefordertes Gebot von Regierungen und Massenbewegungen geworden ist.

Kalender: Nicaragua, Burkina

Die Bürgerinitiative für Kulturprojekte Nikaraguas fördert seit 1982 vor allem den Bereich Kultur in diesem Land. Dies geschieht sowohl durch direkte Sachhilfe beim Aufbau zahlreicher Projekte als auch durch Gemeinschaftsproduktionen mit nikaraguanischen Partnern.



Zusammen mit dem Kulturministerium Nikaraguas ist jetzt der Kalender NICA '87 mit 12 prächtigen Farbfotos aus dem Alltag im neuen Nicaragua erschienen (24x31 cm; 16,80 DM). Vertrieb durch: Edition Nuevo Hombre, Siegfriedstr. 50, 5600 Wuppertal 1.

Burkina Faso 1987 heißt der Kalender in Vierfarbdruck einer Gruppe der Reisenden Schule Dritte Welt, die Ende 1985 das westafrikanische Land besuchte (12 Monatsblätter, DIN A 4, 17,80 DM). Dazu gehört eine Broschüre mit Informationen sowohl über das Land als auch über die Struktur und Arbeitsweise einer einheimischen Selbsthilfeorganisation. Zu bestellen bei CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen.

Hunger durch Agrarexporte?

Die Broschüre „Hunger durch Agrarexporte?“ (60 S., 6 DM) des Dritte Welt Hauses Bielefeld (August Bebel Str. 62, 4800 Bielefeld 1) setzt sich schwerpunktmäßig mit den Behauptungen jener Agrarwissenschaftler auseinander, „die mit – wie wir meinen – zum Teil wenig überzeugenden Argumenten und auf der Basis sehr großzügig interpretierter Statistiken sich dem tatsächlichen Zusammenhang von Hunger und Agrarexporten verschließen“.

Wenn die Autoren auch zu dem Schluß kommen, die Strategie exportorientierter Landwirtschaft befinde sich in der Sackgasse, so wenden sie sich doch gleichzeitig gegen eine verkürzte Herleitung des Hungers aus Agrarexporten. „Was Not tut“, so die Autoren, „ist eine umfassende Strategie, die auf die Veränderung ökonomischer Rahmenbedingungen, die Umverteilung des produzierten Mehrwertes, die Stellung der Bauern im Verhältnis zu Händlern und staatlicher Bürokratie und auf die internationalen Austauschbedingungen abzielt“.

Grenada-Solidarität

Mit der Invasion der US-Truppen in Grenada am 25. Oktober 1983 wurde u.a. auch das Recht auf Bildung für alle, das die Revolutionsregierung unter Maurice Bishop eingeführt hatte, außer Kraft gesetzt.

Die politische Opposition des Landes – die „Maurice Bishop“ und die Märtyrer des 19. Oktober Stiftung“ und die Patriotische Bewegung Maurice Bishop (MBPM) – will die Tradition der Revolutionsregierung fortführen. Eines ihrer Programme ist die Ausstattung von Schülern aus den ärmsten Bevölkerungsschichten mit kostenlosen Büchern, Arbeitsmaterialien und Kleidung. Eine solche Grundausrüstung für einen Schüler kostet umgerechnet ca. 500 DM.

Zum Teil werden diese Stipendien vom Grenada-Solidaritätskomitee (c/o Martina Haun, Sybelstr. 4a, 3550 Marburg) in der Bundesrepublik finanziert. Das Komitee bittet um Spenden auf das Konto 1705079200 bei der BfG Frankfurt (BLZ 500 101 11), Stichwort: Schulkinder.

Hungerstreik für Asylrecht

30 türkische, kurdische und iranische Asylbewerber begannen am 22. Oktober d.J. in der Hamburger Pauluskirche einen auf 3 Wochen befristeten Hungerstreik, um gemeinsam gegen die Hetzkampagne gegen Ausländer und Asylsuchende und für die ungeschränkte Wahrung des Grundrechts auf Asyl einzutreten.

Kurzinformationen

Südafrika

Am 7. Oktober d.J. haben die Vereinigte Demokratische Front (UDF), der Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) und das Nationale Komitee zur Bildungskrise (NECC) eine gemeinsame Kampagne für „Nationale Einheit gegen Apartheid und den Ausnahmezustand“ gestartet.

Der gemeinsame Aufruf, der die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Freilassung Nelson Mandelas und andere demokratische Rechte verlangt, stellt nach Angaben des Öffentlichkeitssekretärs der UDF, Murphy Morobe, eine „Reorganisation und eine Belebung unserer Kräfte dar“. Aktionen im Rahmen dieser Kampagne sollen vor allem auf lokaler Ebene organisiert werden.

Um die Aktionsfähigkeit der Apartheidgegner zu schwächen, hat das Botha-Regime jetzt der UDF untersagt, ausländische Spenden anzunehmen. Dennoch finden weiterhin Massenaaktionen, vor allem seitens der COSATU-Gewerkschaften statt. Am 1.10.1986 waren 80% aller Bergarbeiter aus Protest gegen ein Grubenunglück, das im September d.J. 117 Tote gefordert hatte, in den Streik getreten. 30.000 Goldminenarbeiter streikten am 26./27.10.1986 für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Ob der am 11./12.10.1986 erfolgte Zusammenschluß des Rates der Gewerkschaften Südafrikas (CUSA) und der Azanischen Gewerkschaftskonföderation (AZACTU), die sich an der Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins orientieren, eine Stärkung der Massenaaktionen gegen das Regime bewirken wird, bleibt abzuwarten. Obwohl der neue Dachverband, der weiße Mitglieder in der Führung ablehnt, nach eigenen Angaben 420.156 Mitglieder – 2/3 der Stärke der anderen Zentralgewerkschaft COSATU – umfaßt, waren die Streikaktivitäten seiner 23 Mitgliedsorganisationen in den ersten 7 Monaten d.J. 22 mal geringer als die der COSATU.

Unterdessen hat sich der systemkonforme Rat der Gewerkschaften Südafrikas (TUCSA), dem auch farbige und schwarze Gewerkschaften angehören, am 20. Oktober aufgelöst, nachdem seine Mitgliedszahl von 500.000 im Jahr 1983 durch Austritte und Übertritte zur COSATU auf 150.000 1986 gesunken war.

Friedensnobelpreis

Im Dezember d.J. wird in Oslo der jüdische Schriftsteller und Professor Elie Wiesel (58) mit dem Friedensnobelpreis 1986 ausgezeichnet. Der in Siebenbürgen geborene und in den USA lebende Preisträger, dessen Familie in den KZs Auschwitz und Buchenwald umgebracht wurde, fungiert als Vorsitzender eines von Präsident Carter eingesetzten Komitees zur Errichtung einer Holocaust-Gedenkstätte in Washington. Im Frühjahr 1985 machte er von sich reden, als er Präsident Reagan im Weißen Haus davon abzuhalten suchte, seine geplante Totenehrung an SS-Gräbern in Bitburg zu veranstalten.

Die Preisbegründung seitens des Nobelpreis-Komitees des norwegischen Parlaments ist jedoch äußerst fragwürdig: E. Wiesel stehe für die Erinnerung der Welt an das Leiden der Juden unter den Nazis und er habe sich für alle unterdrückten Völker und Rassen engagiert. Die linksliberalen Kritiker der Preisverleihung Uri Avneri oder Prof. Kenneth Lewan bezeichneten diese als Flucht vor den Gegenwartsauf-

gaben bzw. als unhaltbar angesichts der kritiklosen Identifikation Wiesels mit Israel, mit dessen Libanonkrieg 1982 und Unterdrückungspraktiken in den besetzten palästinensischen Gebieten. „Es klingt wie ein Hohn“, so K. Lewan, „wenn ein Friedenspreis verliehen wird, wo jemand im Sinne seines eigenen Nationalismus für die Unterdrückter Partei nimmt.“

U. Avneri meldet in einem Brief an den Nobelpreisträger so Widerspruch an:

„Ich weiß, Sie haben hier und da gegen die Verfolgung von Indianern in Nicaragua, von Anhängern der Bahai-Religion im Iran und besonders von Juden in Syrien und in der UdSSR gesprochen. Ich erinnere mich an Ihr bemerkenswertes Buch über die 'Juden der Stille' hinter dem Eisernen Vorhang. Aber, lieber Elie Wiesel, sind Sie nicht selbst ein erstaunlich 'stiller Jude', wenn es etwa um die Tragödie der Palästinenser geht? Würde es einer Person wie Ihnen, dem Inbegriff jüdischer Moralität und jüdischen Gewissens, nicht gut stehen, gegen die Politik der Regierung Israels zu sprechen...?“

Wir hätten gerne, daß Sie nach Israel kämen und hier bleiben, um bei Protestmärschen der Frieden-Jetzt-Bewegung in den ersten Reihen dabeizusein, um mit uns der neuen Art von jüdischen Faschisten entgegenzutreten, die alles verderben, wofür Israel einmal einstand... Und ehrlich gesagt, ich hätte gedacht, daß der Friedensnobelpreis einem Mann oder einer Frau gebührt, der oder die das meiste für den Triumph von Frieden und Gerechtigkeit heute getan hat.

Mir fallen Nelson Mandela und seine ungewöhnliche Frau Winnie ein, die ihre Freiheit opfern und ihr Leben riskieren, um ein Regime zu bekämpfen, dessen Ideologen zur Zeit von Auschwitz eingesperrt wurden, weil sie offene Bewunderer und Gefolgsleute Hitlers waren. Ich denke an eine ganze Anzahl von Friedenskämpfern in Israel und unter den Palästinensern, an die Leute von Greenpeace und Kämpfer, welche die Welt vor dem nuklearen Holocaust retten wollen.“

Philippinen

Unter Führung von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile haben die Rechtskräfte in Regierung und Armee im Oktober und November d.J. ihre Kampagne gegen die Präsidentin „Cory“ Aquino verstärkt.

Kaum ein Tag vergeht, ohne daß Enrile, der sein Amt bereits unter Diktator Marcos beklei-

„Cory“ Aquino und ihr rechter Gegenspieler, Verteidigungsminister Enrile (r.)



Die Hungerstreikenden, die in ihren Heimatländern oft jahrelang in Zuchthäusern und Gefängnissen inhaftiert oder zum Kriegsdienst gezwungen waren, haben vielfältige Solidarität erfahren, u.a. vom Hamburger Landesbischof Krusche, vom Liedermacher Udo Lindenberg und von der Spitzenkandidatin der Grün-Alternativen Liste (GAL) zur Hamburger Bürgerschaftswahl, Christina Kukielka. Die GAL, die DKP, das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis, die FIDEF, das Komitee gegen den Golfkrieg, der Verband deutscher Schriftsteller, die VVN/BdA, die Werkstatt schreibender Arbeitsloser und zahlreiche Friedensinitiativen unterstützen die Protestaktion, die bewußt in die Zeit vor die Hamburger Bürgerschaftswahl gelegt wurde.

Am 12. Tag des Hungerstreiks, dem 2. November 1986, lud das Komitee der Hungerstreikenden zusammen mit der Kirchengemeinde der Pauluskirche zu einem Tag der Offenen Tür ein. Nach einem Friedensgottesdienst las der Schriftsteller Peter Schütt für die Hungerstreikenden und eine große Solidaritätsgemeinde Flüchtlingsgedichte und rief zusammen mit Pastor Stauffer und Christina Kukielka dazu auf, Hamburg zur „freien Flüchtlingsstadt“ zu erklären.

Buchtips: US-Außenpolitik



Analysen zur US-Außenpolitik enthalten die beiden kürzlich erschienenen Bücher:

Jochen Hippler, Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien für die Dritte Welt. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, 177 S., DM 12,80.

Bernd Greiner, Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg. Distel Verlag, Heilbronn 1986, 163 S., DM 19,80.

Hippler stellt historische und aktuelle Grundlinien der US-Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency) in der Dritten Welt dar. Dabei weist er überzeugend den engen Zusammenhang und das Zusammenspiel von sowohl militärischen (Sondereinsatzkommandos, Militärhilfe), geheimdienstlichen (CIA), wirtschaftspolitischen, humanitären (Nahrungsmittelhilfe) als auch zivilen Faktoren bei der Aufstandsbekämpfung am Beispiel El Salvadors und Guetamalas nach. Als weitere Elemente der US-Außenpolitik untersucht er die Politik der Subversion am Beispiel Afghanistans und der verdeckten Kriegführung in Nicaragua.

Greiner analysiert die Weltpolitik der USA im Kalten Krieg 1947-61. Er konnte sich bei der Darstellung auf freigegebene ehemals geheime Akten des US-Außenministeriums, des Nationalen Sicherheitsrates und der Vereinigten Stabschefs stützen. Schwerpunkte Greiners sind militär- und nuklearstrategische Überlegungen der USA und ihre Eindämmungs-(Containment) und Roll-back-Strategie gegen sozialistische Staaten am Beispiel der Korea- und Kubakrise. In der Reagan-Ära der globalen Konfrontation erhalten die Erkenntnisse dieser Studie neue Aktualität.

dete, gegen die Regierungsverhandlungen mit der Nationalen Demokratischen Front (NDF) polemisiert, die am 1.11.1987 den Plan für einen 100tägigen Waffenstillstand unterbreitet hat, und ein härteres Vorgehen gegen die Guerilleros der Neuen Volksarmee (NPA) verlangt. Zudem forderte er wiederholt die Entlassung von acht liberalen und progressiven Ministern. Er ist sich dabei der Unterstützung von Marcos und dessen Anhängern sicher, die ihn am 26. Oktober d.J. auf einer Großkundgebung als Redner feierten.

Er und Vizepräsident Salvador Laurel wollen noch vor der Volksabstimmung über die Verfassung am 2. Februar 1987 und den für den 11. Mai 1987 anberaumten Parlamentswahlen eine Machtverschiebung erreichen. Diesem Zweck dient auch die Aufdeckung eines angeblichen Putschplans von Teilen des Offizierskorps Anfang November d.J., die durch einen „chirurgischen Eingriff“ noch vor dem Referendum den linken Flügel der Regierung ausschalten wollten.

Da Enrile und Laurel die Präsidentin als ein wichtiges Hindernis für ihre Pläne betrachten und die Verfassung eine sechsjährige Präsidentschaft vorsieht, wollen sie zudem sofortige Neuwahlen durchsetzen, um sich selbst in dieses Amt wählen zu lassen.

Südkorea

„Die Politik des Anti-Kommunismus gegen Nordkorea durch eine Politik der Wiedervereinigung“ zu ersetzen – dies forderte der Abgeordnete Yoo Sung Hwan von der oppositionellen, aber ansonsten strikt antikommunistischen Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKDP) in einer Parlamentsrede Mitte Oktober d.J. Hiermit rüttelte er an den Grundfesten der offiziellen Ideologie.

Die Reaktion des Regimes ließ nicht auf sich warten. Unter Aussperrung der Oppositionsabgeordneten hob die Regierungspartei die Immunität von Yoo auf und ließ ihn verhaften. Die Regierung Chun Doo Hwan steht derzeit unter dem starken Druck der Demokratisierungskampagne der Opposition, die insbesondere auf die Direktwahl des nächsten Präsidenten hin mobilisiert. Das Regime greift auf das bewährte Mittel der Repression zurück. So kündigte es am 20. Oktober d.J. Ermittlungen gegen etwa 30 oppositionelle Organisationen und ca. 10.000 Regierungsgegner an.

Am 31. Oktober stürmten 8.000 Polizisten bei den schwersten politischen Auseinandersetzungen seit 1980 die von oppositionellen Studenten besetzte Universität in Seoul. Insgesamt 1.274 Studenten sollen vor Gericht gestellt werden. Bei ihrer Auftaktkundgebung am 28. Oktober hatten die Studenten die Ablösung des „Diktators Chun Doo Hwan“, der von den USA abhängig sei, gefordert und Puppen des US-Botschafters und von Japans Premier Nakasone verbrannt.

Syrien

Großbritannien brach am 24.10.1986 die diplomatischen Beziehungen zu Syrien ab, nachdem zuvor der Jordanier Nesar Hindawi im Zusammenhang mit dem vereitelten Anschlag auf ein israelisches Passagierflugzeug vom 17. April d.J. zu 45 Jahren Haft verurteilt worden war. Begründet wurde der Schritt mit „schlüssigen Beweisen“, die London habe, daß Syrien hinter diesem und anderen terroristischen Anschlägen bzw. Versuchen steckt.

Hinter die Entscheidung der Regierung Thatcher stellten sich die USA und Kanada, die ebenfalls ihre Botschafter abzogen. US-Außenminister Shultz erklärte, eine Beteiligung Syriens am Terrorismus sei „klar und eindeutig“. Er kündigte „Vergeltungsmaßnahmen gegen Damaskus“ an, dessen militärische Stärke und politischer Einfluß in der Region ein Haupthindernis für die aggressive Politik der USA und Israels ist.

Der Versuch gegen Syrien den Boden auch für militärische Angriffe wie im April d.J. gegen Libyen (siehe AIB 6/1986) zu bereiten, scheint jedoch vorerst gescheitert.

Alle EG-Partner Londons halten die diplomatischen Beziehungen weiterhin aufrecht. Darüber hinaus sind für Frankreichs Innenminister Pasqua die „Beweise“ keineswegs stichhaltig genug. Im Gegenteil, seine Sicherheitsbehörden arbeiten mit Syrien zusammen, um weitere Terroranschläge in Frankreich zu verhindern.

Haiti

Am 19. Oktober d.J. fanden in Haiti Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung statt, an denen sich lediglich 5% der Wahlberechtigten beteiligten. Binnen 90 Tagen soll sie eine neue Verfassung erarbeiten, die die seit dem 7. Februar d.J. ausgesetzte dualistische Verfassung ersetzen soll.

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung sollen nach dem Willen des Nationalen Regierenden Rates (CNG) unter General Namphy den Auftakt zu einer Reihe von Wahlen und Abstimmungen bilden, die im November 1987 in Präsidentschaftswahlen gipfeln sollen. Dieses Verfahren war im Juni d.J. angekündigt worden, nachdem es zu wiederholten Streiks und Demonstrationen gegen die Politik des CNG gekommen war.

Die Bevölkerung und die Parteien boykottierten diese Wahlen aus mehreren Gründen. Dazu gehört, daß 20 der 61 Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung vom CNG ernannt werden und kaum Zeit für Wahlvorbereitungen war. Der wichtigste Grund ist aber, daß der CNG keine Schritte zur Lösung der wichtigsten Probleme des Landes unternimmt, und weder Parteien noch gesellschaftliche Organisationen bei seinen Entscheidungen konsultiert. Deshalb fordern auch die meisten Parteien seine sofortige Ablösung.

Argentinien

Am 29. Oktober d.J. verkündete die britische Regierung, sie werde ab dem 1. Februar 1987 eine 200-Meilen-Wirtschaftszone und eine 150-Meilen-Fischereizone um die von Großbritannien besetzt gehaltenen Malwinen-Inseln (Falkland) beanspruchen.

Die Regierung Thatcher beschloß diese einseitige Maßnahme, nachdem Argentinien mit mehreren Ländern Fischereiabkommen abgeschlossen hatte, die diesen auch den Fischfang in der Zone um die Malwinen erlaubt. Die argentinische Regierung Alfonsin beschuldigte Großbritannien, sein „Kolonialreich um neue Gebiete und Ressourcen“ erweitern zu wollen. Und sie bekräftigte, sie werde „ihre legitimen Rechte“ in der Zone geltend machen.

Argentinien hat unterdessen eine diplomatische Offensive gegen die britische Maßnahme und für die Rückgabe der Inseln gestartet. Die Außenminister Argentinien, Brasiliens und

Uruguays bekräftigten die Forderung der UNO von 1982 nach direkten Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien. Die Condadora-Gruppe und ihre Unterstützer-Gruppe versicherten ihre Unterstützung für den argentinischen Souveränitätsanspruch auf die Malwinen.

Neben fast allen lateinamerikanischen Ländern kritisierten der UN-Generalsekretär, Spanien und die UdSSR das britische Vorgehen. Nach Ansicht der britischen Labour-Opposition ist der Schritt der Regierung Thatcher durch wahltaktische Gründe motiviert.

blätter des IZ3W

informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:



Nr. 137 · November 1986

Schuldenkrise und Verelendung
in Lateinamerika

Interview mit Fidel Castro

Südkorea — Musterknabe unter den
Schuldnerländern?

Zahlen oder nicht zahlen? Lösungsansätze
aus der Sicht der Dritten Welt

US-Geldpolitik und internationale
Kapitalstrategie

Schuldenmanagement —
Neue Wege in die Abhängigkeit

Folgen der IWF-Politik auf die tdh-Partner

Diskussionspapier: Grüne Wege aus der
Verschuldung

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

